



Plenarprotokoll

5. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 7. Juni 2000

Aktuelle Stunde	235	Schleswig-Holstein	
		(Standardöffnungsgesetz - StöffG S-H).	253
„Der Benzinpreis ist noch zu niedrig“ - Interview des Kieler Umweltministers Klaus Müller in den „Lübecker Nachrichten“ vom 25. Mai 2000 zu den neuen Forderungen nach Aussetzung der Öko-Steuer	235	Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.	
Antrag der Fraktion der CDU		Drucksache 15/123	
Thomas Stritzl [CDU]	236, 252	Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	253, 264
Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	237, 251	Klaus-Peter Puls [SPD]	254
Günter Neugebauer [SPD].....	238	Klaus Schlie [CDU].....	256
Dr. Heiner Garg [F.D.P.].....	240	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	257, 263
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	242	Anke Spoorendonk [SSW].....	259, 263
Lars Harms [SSW]	243	Günther Hildebrand [F.D.P.].....	260
Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]...	245	Klaus Buß, Innenminister	261
Bernd Schröder [SPD].....	246	Manfred Ritzek [CDU].....	263
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	247	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss.....	265
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	249	Aussetzung der Ökosteuer	265
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	250	Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU	
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Öffnung von Standards für öffentlich-rechtliche Körperschaften in		Drucksache 15/155	
		Thomas Stritzl [CDU]	265
		Holger Astrup [SPD].....	266
		Beschluss: Dringlichkeit verneint.....	266

Zivildienst in Schleswig-Holstein	266	Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	285
Antrag der Fraktion der CDU		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	286
Drucksache 15/129 (neu)		Lars Harms [SSW]	288
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Konrad Nabel [SPD]	290
Drucksache 15/153		Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	292
Torsten Geerds [CDU]	266	Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss, den Bildungsausschuss, den Agrarausschuss und den Umweltausschuss	293
Wolfgang Baasch [SPD].....	267, 271	Absentismus/Fernbleiben vom Unterricht	293
Dr. Heiner Garg [F.D.P.].....	269	Antrag der Fraktion der CDU	
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	270	Drucksache 15/126	
Silke Hinrichsen [SSW].....	271	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	272	Drucksache 15/151 (neu)	
Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 15/129 (neu) mit Änderungen.	273	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.	
Wahl der Mitglieder des Landtages für den Richterwahlausschuss	273	Drucksache 15/158	
Wahlvorschlag der Fraktion der F.D.P.		Jost de Jager [CDU]	293
Drucksache 15/12 (neu)		Dr. Henning Höppner [SPD]	296
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU		Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.].....	297
Drucksache 15/44		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	298
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD		Anke Spoorendonk [SSW]	299
Drucksache 15/77		Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	300
Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD und CDU		Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 15/158.....	302
Drucksache 15/152		Saatgutverunreinigung mit gentechnisch manipuliertem Rapssaatgut	302
Beschluss: Annahme	273	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Bericht der Landesregierung zum Justizvollzug in Schleswig-Holstein	273	Drucksache 15/130	
Antrag der Fraktion der F.D.P.		Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	302
Drucksache 15/120		Jutta Scheicht [CDU].....	304
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	274, 279	Friedrich-Carl Wodarz [SPD]	305
Klaus-Peter Puls [SPD]	275	Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]..	306, 313
Thorsten Geißler [CDU].....	275, 281	Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	308
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	277	Lars Harms [SSW]	309
Silke Hinrichsen [SSW].....	278	Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	310
Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	280	Konrad Nabel [SPD]	311
Beschluss: Annahme	282		
Förderung der Biotechnologie	282		
Antrag der Fraktion der F.D.P.			
Drucksache 15/119			
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]..	282, 289		
Jürgen Weber [SPD].....	283		

Peter Jensen-Nissen [CDU].....	312
Beschluss: Beratung abgeschlossen.....	313
Fünfter Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	314
Drucksache 15/100	
Wolfgang Baasch [SPD].....	314
Torsten Geerds [CDU]	315
Dr. Heiner Garg [F.D.P.].....	316
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	317
Silke Hinrichsen [SSW].....	318
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	319
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung	320

* * * *

Regierungsbank:

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 3. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist Herr Abgeordneter Wiegard, dem ich von dieser Stelle aus und in Ihrem Namen alles Gute wünsche.

(Beifall)

Beurlaubt sind Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke und Herr Abgeordneter Jahner für den Vormittag. Wegen dienstlicher Verpflichtungen sind Frau Ministerpräsidentin Simonis und Herr Minister Möller abwesend.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermitteln. Der Ältestenrat hat sich dahin verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 4, 6 bis 8 und 25 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung sollen die Punkte 18 und 23 abgesetzt werden. Die Tagesordnungspunkte 21 - Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten - und 5 - Änderung des Kindertagesstättengesetzes - sollen ausgetauscht werden. Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 3. Tagung.

Unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause werden wir jeweils längstens bis 18:00 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht. - Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

„Der Benzinpreis ist noch zu niedrig“ - Interview des Kieler Umweltministers Klaus Müller in den „Lübecker Nachrichten“ vom 25. Mai 2000 zu den neuen Forderungen nach Aussetzung der Öko-Steuer

Antrag der Fraktion der CDU

Ich erteile Herrn Abgeordneten Stritzl das Wort.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die **Benzinpreise** sind im Bundesschnitt mittlerweile über 2 DM. Das bedeutet einen Anstieg von über 30 % in den letzten 15 Monaten. Dass die Menschen darüber sauer sind, ist - so glaube ich - verständlich, insbesondere, wenn man bedenkt, dass 70 % des Preises **Staatsanteil** sind. Die Menschen hoffen und schauen, dass es Hilfe aus der Politik gibt.

(Vereinzelte Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Doch wenn Sie nach **Berlin** schauen, erleben Sie einen vermeintlichen Autokanzler, der sich abwendet, der noch im Wahlkampf gesagt hat, mit ihm seien nicht mehr als 6 Pfennig Ökosteuer möglich, und der dann doch heimlich 35 % akzeptierte und nun sein Heil in der Flucht sucht, indem er sagt: „Haltet den Dieb!“ und ausschließlich auf die Ölkonzerne verweist - so als ob es keine Euro-Schwäche oder keine Erhöhung der Rohölmarktpreise in Rotterdam gebe.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen empfiehlt seinen Kollegen öffentlich, vom Antireflex gegenüber dem Auto endlich einmal Abstand zu nehmen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Aber das ist dann auch alles. Denn außer dieser verbalen Abrüstung hat er nichts zu bieten. Er will an der Preissteigerung festhalten. Also im Ergebnis: Die Grünen wollen die Kriegshandlung gegen die Autofahrer weiterführen.

(Beifall bei der CDU - Lothar Hay [SPD]:
Oh, oh!)

Wo die Berliner Regierungskoalition offensichtlich völlig bewegungsunfähig geworden ist - der Kanzler, weil er vor den Linken und vor einem Bruch der Koalition Angst hat; die Grünen, weil sie nach dem Kosovo-Krieg und dem windelweichen Ausstiegskurs aus der Kernenergie ihre Identität nur noch im Festhalten an der Ökosteuer finden -, muss die Bewegung von den **Ländern** kommen. Und dort gibt es ja Bewegung - bei den CDU/CSU-geführten Regierungen ohnehin, aber es gibt ja auch verständige Ministerpräsidenten der SPD, ob es nun Herr Beck, Herr Gabriel oder Herr Stolpe ist. Allerdings möchte ich mich nicht auf Erörterungen zur Finanzierungsentlastung einlassen, weil dafür die Zeit zu kurz ist.

Nur eines fällt auf: Ein Mann wie Kurt Beck, der ein Land mit hoher Pendlerquote repräsentiert, sagt: Staatsanteil senken! Ein Mann wie Herr Gabriel, der um die Arbeitsplätze bei VW fürchtet, sagt: Staatsanteil senken! Und selbst ein Mann wie Herr Stolpe sagt: Staatsanteil senken! Nur in Berlin gilt offensichtlich immer noch die Devise: Augen zu und durch!

Nun interessiert allerdings die Menschen in unserem Lande, ob man von unserer Landesregierung Hilfe erwarten kann, um die bedrückende Steuerlast zu senken. Da hätte man ja ein Wort der Ministerpräsidentin erwartet, die eigentlich alles kommentiert - bis hin zur Leibesfüllen von Bundeskanzlern -

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

die sich in diesem Fall jedoch völlig in Schweigen hüllt. Der einzige, der öffentlich auftritt und Flagge zeigt, ist der Herr **Umweltminister**, allerdings mit einer Botschaft, die ich zunächst auch nicht glauben wollte, bis ich sie gelesen hatte.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Alles zur Freude der SPD-Wähler!)

Da stand in den „Lübecker Nachrichten“ vom 26. Mai 2000: „Der Benzinpreis ist noch zu niedrig.“

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Herr Minister, ich verstehe ja, dass Sie persönliche Betroffenheit nicht nachempfinden können, weil Sie ehrlicherweise zugeben, dass Sie gar kein Auto haben. Aber ich sage Ihnen: Diejenigen, die ein Auto haben, sind betroffen.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Insofern ist Ihre Argumentation wirklich mehr als fragwürdig.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Sie reden von ökologisch ehrlichen Preisen, die Sie haben wollen. Herr Minister, ich frage: Warum nennen Sie die Preise nicht, wenn Sie sie kennen? Denn im Interview sind Sie ausgewichen und haben nur gesagt, weitere Erhöhung tue Not. Also nennen Sie die ökologisch ehrlichen Preise, wenn Sie sie kennen. Sind das die 5 DM von Herrn Steenblock, Herr Müller, oder wollen Sie noch weiter gehen?

Sie reden davon, dass die **Ökosteuer** das einzig richtige Instrument sei. Dabei wissen Sie genau, dass die Ökosteuer in all ihren angestrebten Effekten versagt hat. Der **Lenkungseffekt** ist nicht da. Es ist eine einseitige Belastung von Berufspendlern. Sie wissen oder müssten wissen, dass Schleswig-Holstein bundesweit betrachtet das Land mit der höchsten Auspendlerquote ist. 19,6 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind bei uns Auspendler. Das ist eine Situation, in der Sie eine Sonderlast auf die Berufspendler legen. Diejenigen, die das Auto brauchen, um von der Wohnstätte zur Arbeit zu fahren,

(Thomas Stritzl)

belasten Sie zusätzlich. Oder wollen Sie ernsthaft, dass alle umziehen, dass vielleicht alle aus dem Land wegziehen? Das dürfte den Finanzminister nicht freuen, denn dann müsste er auf die Lohn- und Einkommensteuer hier im Lande verzichten. Also sagen Sie mir: Wo soll die Lösung liegen? Oder wollen Sie die ländlichen Räume ausdünnen? Auch das können Sie ja sagen. Da haben Sie aber im Koalitionsvertrag gesagt, dass Sie das nicht wollen.

(Beifall bei der CDU)

Die Ökosteuer ist willkürlich, weil sie die Autofahrer einseitig und ohne näheren Grund zur Finanzierung der Rentenversicherung heranzieht. Dafür gibt es keinen systematischen Grund. Die Ökosteuer ist darüber hinaus sozial ungerecht, weil sie Rentner, Studenten, Arbeitslose, Beamte zur Finanzierung eines Systems heranzieht, von dem sie keine Entlastung haben.

Nein, Herr Umweltminister, das, was Sie hier tun, ist pure Ideologie. Es geht zulasten des Speditionsgewerbes im Lande,

(Glocke des Präsidenten)

es schädigt die Wirtschaft und führt im Ergebnis dazu, dass die Menschen aussteigen, indem sie sagen: Diesen Kurs fahren wir nicht mehr mit! Ich kann nur sagen: Die Menschen haben Recht! Zeigen Sie endlich, dass Sie Politik so verstehen, dass Sie im Interesse der Menschen handeln und nehmen Sie die ungerechtfertigte Steuererhöhung zurück!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Müller.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Stritzl! Ich habe ja darauf gewartet zu erfahren, in welcher Tonlage Sie diese heutige Debatte eröffnen werden. Ich habe gedacht, dass wir vielleicht ernsthaft über Probleme vom Klimaschutz, über Probleme von Mobilität, vielleicht auch über Probleme der Rentenkasse reden.

Aber nein, wir haben - wie vor der Landtagswahl, als die CDU das schon einmal versucht hat - erlebt, dass Sie mit Benzinpreishysterie Politik machen, dass Sie versuchen, Menschen durch ihre Politik zu verunsichern,

(Widerspruch bei der CDU)

und dass Sie zu einer sachlichen Diskussion nicht in der Lage sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Nach dem moralischen Bankrott der CDU durch die Spendenaffäre und die Green-Card-Kampagne Ihres Spitzenkandidaten in Nordrhein-Westfalen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Wir sind hier nicht im Bundestag! Kommen Sie von Ihrer Polemik wieder herunter! - Weitere Zurufe von der CDU)

bei der selbst die Kollegen von der F.D.P. darauf hinwiesen, dass dies wirtschaftsfeindlich und ausländerfeindlich ist, sind Sie jetzt auch noch beim politischen Bankrott angelangt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU)

Sie wollen die Ökosteuer aussetzen oder senken. Sie wollen den Spitzensteuersatz immer weiter senken. Das sagt etwas über ihre soziale Politik aus. Und Sie wollen bei der Rente obendrauf satteln.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wollen Sie aber auch!)

Diese drei Punkte zeigen, dass die CDU nicht in der Lage ist, mit Geld umzugehen. Sie geben jeden Pfennig dreimal aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU)

Hätte mir der verehrte Präsident erlaubt, ein wunderschönes Transparent zu entrollen, was ich für die Medien nachher draußen tun werde,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

hätte ich Ihnen wunderbar zeigen können, wie sich der **Benzinpreis** entwickelt.

(Klaus Schlie [CDU]: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Dann würden wir in der heutigen Debatte etwas mehr Sachlichkeit und etwas mehr Nüchternheit erleben.

(Zurufe von der CDU)

Die Ökosteuer führt zu einer Erhöhung des gegenwärtigen Benzinpreises um 12 Pfennig. Das ist genau der richtige Weg.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Um 14 Pfennige! Wer kann denn hier nicht rechnen?)

(Minister Klaus Müller)

- Lassen Sie mich doch ausreden! - Die Kollegen von der F.D.P. wissen, dass sie in der Zeit von 1969 bis 1983 die Ökosteuer -

(Lachen bei der F.D.P.)

nein, die **Mineralölsteuer**, um 16 Pfennig erhöht haben. In der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung von 1983 bis 1998 - mit Verlaub: das waren die „glorreichen 16 Jahre“ - ist es zu einer Mineralsteuererhöhung um 47 Pfennig gekommen. Das sind fast 50 Pfennig!

(Reinhard Sager [CDU]: Die Wiedervereinigung haben Sie verschlafen! - Weitere Zurufe von der CDU und von der F.D.P.)

- Diese Zahlen scheinen Sie erheblich zu beunruhigen.
- Was haben Sie mit diesen 47 Pfennig gemacht? Sie haben sie nicht den Menschen zurückgegeben, Sie haben sie nicht - wie Rot-Grün dies tut - zur Senkung der Rentenbeiträge zurückgegeben, sondern in den allgemeinen Haushalt eingestellt. Das ist weder ökologisch noch besonders sozial.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

Am bestürzendsten an dieser Debatte finde ich Ihr kurzes Gedächtnis. Noch 1994/95 haben Ihre Vordenker, die - mit Verlaub - nicht hier, sondern in Berlin sitzen - ich nenne Herrn Schäuble, Herrn Repnik; damals sogar noch Herr Merz, der sich heute nicht mehr daran erinnern kann -, samt und sonders die **ökologisch-soziale Steuerreform** unterstützt, begrüßt und eingefordert.

(Zurufe von der CDU)

Ich kann Ihnen Zitate nennen - „Energie muss teurer werden“, „die Arbeit muss billiger werden“ -, die belegen, dass auch die damalige CDU die Ökosteuer bis zum Machtwort des damaligen Kanzlers Helmut Kohl unterstützt hat, und zwar sogar im nationalen Alleingang. Wenn ich Sie daran erinnern darf - jetzt sind Sie netterweise ruhig, das freut mich -: Dies gehört zu einer redlichen Debatte.

(Zurufe von der CDU)

Auch das CDU-Grundsatzprogramm von 1994 möchte ich an dieser Stelle gern zitieren. Darin wird gefordert, dass sich die Kosten in ökologisch ehrlichen Preisen niederschlagen. Lesen Sie es doch einmal nach!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zu Beginn dieser Debatte, die uns sicherlich noch länger beschäftigen wird, nur noch einige Fakten nennen.

Zunächst zum europäischen Vergleich! Schauen Sie sich einmal an, wie es anderen europäischen Ländern

geht. Um gleich dem Scheinargument, Deutschland würde vorpreschen, vorzugreifen: In der EU liegen wir auf Platz 9, in Europa auf Platz 12.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn Sie die Kraftfahrzeugsteuer mit anrechnen, liegen wir vorn! Was haben Sie bloß gedacht? - Klaus Schlie [CDU]: Gar nichts!)

Frankreich, Niederlande, Dänemark, Italien, Norwegen, Großbritannien - wichtige europäische Partner - liegen beim Benzinpreis höher.

(Thomas Stritzl [CDU]: Sie vergleichen doch Äpfel mit Birnen!)

Schauen wir uns - dies sei mir als letztes Argument gegönnt - an, wie sich der Benzinpreis seit 1950 entwickelt hat. Dabei war eine Steigerung um 166 % zu verzeichnen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Ich komme zum Schluss. - Der Bahnpreis hat sich in dieser Zeit um das Siebenfache erhöht. In dieser Hinsicht hätte ich mir Ihren Protest gewünscht. In dieser Hinsicht bin ich bereit, mit Ihnen über soziale Politik zu diskutieren, über das Los der Pendler. Ich denke, dies wäre der richtige Maßstab, diese Debatte auch zum Wohle Schleswig-Holsteins zu beginnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Neugebauer das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn ich mit dem Kollegen Müller in der Sache einig bin, sollten wir künftig die parlamentarischen Gepflogenheiten einhalten, nach denen erst das Parlament und dann die Regierung zu Wort kommt.

(Lachen bei der CDU)

Kollege Stritzl, nach Ihrem Beitrag drängt sich der Eindruck auf: Sie haben keine anderen Angriffspunkte gegenüber dieser Regierung, da Sie wieder zu einem Thema greifen, das Sie bereits Anfang dieses Jahres wiederholt im Landtag aufgegriffen haben.

(Günter Neugebauer)

Beide Male sind Sie mit Ihrer Kampagne gescheitert und ich prognostiziere Ihnen jetzt schon: Sie werden auch mit Ihrer jetzigen **Kampagne** gegen die **Öko-steuer** scheitern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir einmal!)

Niemand nimmt Ihnen ab, dass Sie plötzlich das Herz der kleinen Leute entdeckt haben!

(Beifall bei der SPD)

Der Opportunismus, mit dem Sie diese Kampagne betreiben, ist unübersehbar. Die Triebkraft Ihres Handelns ist in der Tat nicht das Portemonnaie des kleinen Mannes, Sie verfolgen diese Taktik wider Ihre bessere Einsicht und auch gegen die Politik, wie Sie sie bis vor zwei Jahren in Deutschland betrieben haben. Insofern verraten Sie sich selbst und stellen Ihre eigenen politisch-programmatischen Pläne, die noch vor zwei Jahren zur Bundestagswahl Gültigkeit hatten, ins Abseits.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Können wir nicht noch einmal wählen? Ganz mutig!)

Nun vertrauen Sie - Herr Müller hat das schon gesagt - auf das schlechte Gedächtnis der Bürger. Aber wir wollen noch einmal in Erinnerung rufen: Von 1989 bis 1993 haben Sie die Mineralölsteuer um insgesamt 50 Pfennig erhöht und Sie haben die Mehrwertsteuer von 13 % auf 16 % erhöht. Sie haben das nicht getan, um die Bürger zu entlasten oder die Lohnnebenkosten zu senken, sondern Sie haben dieses Geld zum Stopfen von **Haushaltslöchern** benötigt.

(Caroline Schwarz [CDU] und Thomas Stritzl [CDU]: Deutsche Einheit!)

- Weil Sie nicht so mutig waren, die Kosten der deutschen Einheit aus anderen Kassen, zum Beispiel durch die Solidaritätsabgabe, zu bezahlen! Dazu hatten Sie nicht den Mut, sondern Sie haben in die Rentenkasse gegriffen und die deutsche Einheit damit finanziert.

(Beifall bei der SPD - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das reichte doch nicht!)

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie hoffen, dass alle Menschen ein so schlechtes Gedächtnis haben wie Ihre Vertreter im Untersuchungsausschuss in Berlin, will ich doch in Erinnerung rufen, was Ihre damaliger Fraktionsvorsitzender Schäuble noch vor zwei Jahren festgestellt hat. Er sagte, der Einsatz des Faktors Arbeit müsse durch die Senkung der Lohnzusatzkosten relativ verbilligt werden.

(Thomas Stritzl [CDU]: Richtig!)

Der Energie- und Rohstoffverbrauch müsse - hören Sie gut zu - durch eine schrittweise Anpassung der Energiepreise relativ verteuert werden.

(Thomas Stritzl [CDU]: Weiterlesen!)

Beides müsse zu einer aufkommensneutralen Lösung intelligent verbunden werden.

(Lachen bei der CDU - Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich verstehe Ihr Lachen nicht. Ihr Lachen ist ein Beweis dafür, dass Sie sich mit der Thematik nicht ordentlich beschäftigt haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Aufkommen wird, wie Sie wissen, ausschließlich zur Senkung der **Rentenversicherungsbeiträge** von 20,3 % auf 19,5 % verwendet.

(Zurufe von der CDU: Das stimmt doch nicht!)

Herr Schäuble hat über die Senkung der Lohnnebenkosten geredet. Wir haben sie gesenkt, und davon profitieren alle Arbeitnehmer und alle Arbeitgeber, die sich jetzt im Verein mit der „Bild“-Zeitung vor den Karren Ihrer Kampagne spannen lassen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Kollege Stritzl, wer jetzt die Mineralölsteuer senken oder die Kilometerpauschale erhöhen will, der muss auch sagen, wie er das finanzieren will. Wollen Sie, dass die Rentenversicherungsbeiträge wieder steigen? Sagen Sie hier und heute klipp und klar, was Sie wirklich wollen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen Sie doch nie!)

Aber was wir bei Ihnen erleben, ist das Schweigen nicht der Lämmer, sondern der Männer, und damit wollen wir uns hier nicht abfinden. Sie wissen genau, dass das, was Sie hier im hohen Hause kritisieren und was täglich an der Tankstelle stattfindet, nicht vorwiegend das Ergebnis der Erhöhung der Ökosteuer oder der Mineralölsteuer ist, sondern zu 75 % das Ergebnis des OPEC-Kartells und der Überbewertung des Dollars darstellt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wenn die Kartoffelpreise oder die Milchpreise steigen, dann wollen Sie doch auch nicht gleich die Mehrwertsteuer senken. Was ist das für eine Politik?

(Günter Neugebauer)

Mit welchem Atem versuchen Sie eigentlich, Politik zu machen?

(Lothar Hay [SPD]: Das nennt man Marktwirtschaft! - Weitere Zurufe von der SPD)

Das, was Sie hier vortragen, überzeugt nicht. Natürlich fehlt es uns nicht an Verständnis insbesondere für die Pendler, die auf ihr Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen. Das kann hier niemand bestreiten. Aber wir sagen diesen Menschen auch: Schaut euch um, wie es in den Nachbarländern aussieht. Sie haben ja vom Auswandern geredet. Die meisten würden sich verschlechtern, wenn sie das Land Schleswig-Holstein verlassen würden.

(Beifall bei der SPD - Lothar Hay [SPD]:
Gehen Sie nur mal nach Dänemark!)

Wir sagen den Menschen auch: Ihr profitiert von der Senkung der Lohnnebenkosten.

(Glocke des Präsidenten)

Wir sagen darüber hinaus: Ihr Arbeitnehmer müsst heute für Benzin weniger arbeiten als noch vor zehn Jahren.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Sie wollen dieses Geld den Leuten aus der Tasche ziehen!)

Lassen Sie mich also zum Schluss Folgendes feststellen: Ihre Kampagne ist nicht verstand-, sondern bauchgesteuert. Sie ist umweltfeindlich, sie ist populistisch und

(Heinz Maurus [CDU]: Sie ist gerecht!)

sie ist keine Alternative zur Senkung der Lohnnebenkosten.

(Glocke des Präsidenten)

Sie versuchen, die Hoheit über die Stammtische zu erkämpfen; wir sichern den Beschäftigungs- und Umweltstandort Deutschland.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Neugebauer, was die Worterteilung betrifft, möchte ich Sie auf die Geschäftsordnung verweisen. Sie sollten sich einmal § 52 Abs. 3 zu Gemüte führen. Da ist sehr klug geregelt, wer hier in welcher Reihenfolge das Wort erteilt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, lasen Sie mich nun eine Begrüßung vornehmen. Ich begrüße auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer des Gymnasiums Altenholz, der Hauptschule Munkbrarup und des Martinstiftes Flensburg. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ebenfalls begrüße ich in der Loge unsere ehemaligen Kollegen Herrn Wiebe, Herrn Johna und Herrn Dr. Hinz.

(Beifall)

Jetzt sind wir wieder in der normalen Reihenfolge. Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Müller, Sie haben eine sachliche Debatte gefordert. Was an Ihrem Beitrag in dieser Debatte bisher sachlich war, ist mir allerdings verborgen geblieben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Da definieren die Grünen jetzt ihr neues, beinahe erotisches Verhältnis zum Auto.

(Zuruf von der CDU: Ei, ei! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Sachlich bleiben!)

Sie wollen die emissionsfreien Antriebe nach vorn bringen und wollen in die Entwicklung emissionsfreier Antriebe investieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Endlich!)

- Herzlichen Glückwunsch, Herr Hentschel! Aber dann müssen Sie auch Ihr merkwürdiges Verhältnis zum Straßenbau revidieren. Denn sonst stehen Ihre emissionsfreien Fahrzeuge in zehn Jahren auch im Stau und davon haben Sie dann herzlich wenig.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann sagt der Umweltminister - ich fand das richtig putzig und kam mir vor wie zu Karl Mays Zeiten -, die Ölscheichs seien schuld daran, dass die **Benzinpreise** so hoch sind.

Herr Minister, eines verstehe ich nicht. Eigentlich müssten Sie denen doch dankbar sein; denn Sie wollen doch gerade das Benzin verteuern, weil Sie den Leuten beibringen wollen, weniger Auto zu fahren.

(Dr. Heiner Garg)

Das Benzin muss ja teurer werden, damit die Leute ihr Auto öfter zu Hause stehen lassen.

(Lothar Hay [SPD]: Wie sind Sie denn heute morgen hier hergekommen?)

Damit nicht nur die böse rot-grüne Bundesregierung die Benzinpreise erhöht, wirtschaften Ihre Ölscheichs, wie Sie sie nennen, kräftig mit. Denen müssten Sie im Grunde - wie gesagt - richtig dankbar dafür sein.

Nun lassen Sie uns über den **Lenkungseffekt** reden, den Sie hier angesprochen haben. Mir ist bislang der Zusammenhang zwischen Ihrer so genannten **Ökosteuer** - was nichts anderes als eine Benzinpreiserhöhung ist - und der Rentenversicherung völlig verborgen geblieben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mir auch! - Günter Neugebauer [SPD]: Ach! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen sich mit dem Thema beschäftigen, bevor Sie reden!)

Im Übrigen konnte mir bisher auch noch kein einziger grüner Bundestags- oder Landtagsabgeordneter diesen Bezug erklären.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie nicht zum Thema, bevor Sie Bescheid wissen!)

- Lieber Herr Kollege Hentschel, in der Tat ist es nämlich so: Wenn Ihre so genannte Ökosteuer tatsächlich einen Lenkungseffekt hätte, würde weniger Sprit verbraucht werden,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

was automatisch zu einem geringeren Gesamtaufkommen bei der Ökosteuer führte. Nun haben wir aber in der Rentenversicherung das Problem, dass aufgrund der demographischen Entwicklung unserer Bevölkerung der Bedarf ständig steigt. Nun erklären Sie hier vorn doch einmal, wie Sie einen steigenden Finanzierungsbedarf in der Rentenversicherung mit einem ständig abnehmenden Aufkommen in der Ökosteuer in Zukunft finanzieren wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU - Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu habe ich bis heute von Ihnen noch keine einzige vernünftige Antwort bekommen. Also, machen Sie eine vernünftige Rentenreform, dann können Sie sich Ihre Benzinpreiserhöhung unter dem Pseudonym „Ökosteuer“ sparen.

(Zurufe und Unruhe - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben sich nie mit der Ökosteuer beschäftigt!)

Jetzt will ich Ihnen, lieber Herr Umweltminister und liebe Kolleginnen und Kollegen, einmal einen konstruktiven Vorschlag machen, wie Sie unter Beweis stellen können, dass Sie es mit der ökologischen Lenkung ernst meinen. Ich danke seit zwei oder drei Wochen diesen so genannten schwefelarmen beziehungsweise **schwefelfreien Kraftstoff**.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Dieser soll auf zweierlei Art dazu beitragen, die Emissionen zu reduzieren. Erstens werden durch diesen Kraftstoff die Schwefelemissionen vermindert beziehungsweise ausgeschlossen und zweitens hat er wesentlich bessere Verbrennungseigenschaften. Warum, wenn Sie etwas jetzt und nicht erst in zehn Jahren für die **Umwelt** tun wollen, nehmen Sie nicht wenigstens diesen Kraftstoff - ähnlich wie wir es damals bei der Einführung des bleifreien Benzins getan haben - von der Ökosteuer aus?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Damit hätten wir einen Kraftstoff, der nicht 12, sondern in Wahrheit sogar 14 Pfennig billiger wäre.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Denn auf die zweimal 6 Pfennig Ökosteuer, wie Sie sie nennen, kommt ja noch zweimal 1 Pfennig Mehrwertsteuer drauf. So ist der Sprit insgesamt durch diese Bundesregierung um 14 Pfennige teuer geworden.

(Zurufe und Unruhe)

Wenn Sie es also ernst meinen, möchte ich heute und hier von Ihnen hören, warum Sie diesen Weg nicht gehen. Natürlich wäre es uns am liebsten, Sie würden die ganze so genannte Ökosteuer wieder einkassieren. Aber Sie können zumindest doch ein klares Signal an die Menschen in diesem Lande senden, denen diese Problematik wirklich so auf den Nägeln brennt, dass wir uns damit beschäftigen müssen. Herr Kollege Neugebauer, das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass uns nichts anderes einfiel. Sie werden in den kommenden zwei Tagen schon noch sehen, was uns alles einfällt, um Sie zum Jagen zu tragen.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Zuruf von der CDU: Ja!)

Ich erwarten also von Ihnen heute ein ganz klares Signal, ob Sie diesen Vorschlag grundsätzlich ablehnen oder ob Sie ihn als vernünftigen Diskussionsbei-

(Dr. Heiner Garg)

trag annehmen, den Sie ja von uns erwarten. In diesem Sinne bedanke ich mich ganz herzlich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt kommt der Pragmatiker!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schade, Herr Garg, dass Sie sich mit der **Konstruktion der Ökosteuer** nicht inhaltlich beschäftigt haben,

(Zuruf von der F.D.P.: Oh Mann!)

sonst wüssten Sie nämlich, dass der zurückgehende Benzinverbrauch bei den Einnahmen berücksichtigt und mit berechnet worden ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist völliger Unsinn! - Martin Kayenburg [CDU]: So ein Blödsinn! - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

Das, was Sie vorgetragen haben, ist nämlich genau Bestandteil des Konzeptes.

(Anhaltende Zurufe von CDU und F.D.P.)

Aber wenn man sich mit einem Thema nicht beschäftigt, kann man dazu auch nichts sagen, und wenn man es trotzdem tut, dann fällt man auf die Nase, Herr Garg!

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es bei Ihnen, Herr Hentschel!)

Nach der letzten Ökosteuerdebatte hatte ich die Hoffnung, dass die Opposition - nachdem wir reihenweise Politiker aus Ihren eigenen Reihen zitieren konnten, die unsere Auffassung bestätigen - genug davon hätte. Anerkennung, Sie sind mutig und versuchen es noch einmal. Deshalb kann ich Sie nicht davor bewahren, die wesentlichen Argumente noch einmal zu ertragen.

Die **alte Bundesregierung** hat die Steuerlast der Bevölkerung - auch die Mineralölsteuer - Jahr für Jahr angehoben.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Müssen!)

Die **neue Bundesregierung** senkt die Steuer- und Abgabenlast innerhalb von vier Jahren um 42,5 Milliarden DM, und zwar vor allem für Familien und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 2005!)

- Herr Kubicki, hören Sie mal auf, ständig dazwischenzureden!

(Heiterkeit)

Die alte Bundesregierung hat keine steuerlichen Entlastungen für Kinder zustande gebracht. Die neue Bundesregierung hat das Kindergeld 1999 um 30 DM und im Jahre 2000 um 20 DM erhöht. Die alte Regierung hat die Rentenbeiträge unaufhörlich hochgetrieben. Die neue Regierung hat - durch die Ökosteuererinnahmen - die Rentenbeiträge zum ersten Mal gesenkt. Die alte Regierung hat mit ihrer Politik erreicht, daß die Arbeitslosigkeit Jahr für Jahr gestiegen ist. Die neue Regierung trägt durch die Senkung der Belastungen der unteren Einkommen dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit sinkt. Das Schöne an dieser neuen Politik ist, dass sie zu einer deutlichen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger geführt hat.

Nehmen wir eine durchschnittliche Familie und kommen wir zu den Fakten! Einer Familie mit Eltern, zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 60.000 DM, das dem Durchschnitt entspricht, werden im Jahre 2000 im Vergleich zum letzten „Kohl-Jahr“ alles zusammengerechnet 2050 DM mehr im Geldbeutel verbleiben. Dabei ist die Ökosteuer für 25.000 km im Jahr eingerechnet.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wie viel wäre das denn ohne Ökosteuer?)

Man könnte fast glauben, daß die CDU/CSU-Opposition wütend darüber ist, dass Rot-Grün gelungen ist, was sich die CDU/CSU/F.D.P.-Regierung nicht getraut hat, nämlich den Stillstand in dieser Republik zu durchbrechen und die notwendigen Reformen endlich anzupacken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Zu dieser Politik gehört auch, dass die **Belastungen der Umwelt** reduziert und die notwendigen international vereinbarten CO₂-Reduzierungen erreicht werden, die unter anderem auch von Ihrer Regierung vor vier Jahren mit unterschrieben worden sind. Ich erinnere mich noch sehr gut an die zahlreichen Aussagen von führenden Unionspolitikern zur Ökosteuer in den Jahren 1995/96, also noch im sicheren Abstand zur Bundestagswahl. Damals priesen Sie mit Herrn Schäuble - und auch Herrn Merz - an der Spitze die Ökosteuer als das marktwirtschaftliche Instrument der Umweltpolitik im Gegensatz zum bösen Ordnungsrecht.

(Karl-Martin Hentschel)

Heute machen Sie wieder einmal auf „Populismus pur“ und erzählen genau das Gegenteil, weil es Ihnen gerade passt. Wenn die Politik so vorgeht und stets nur das nachplappert, was die „Bild“-Zeitung gerade vorgibt, dann werden wir in dieser Republik keine Probleme lösen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die neue Regierung hatte sich vorgenommen, die Probleme anzupacken. Auf diesem Wege werden wir fortschreiten.

Die einzige Kritik, die ich ernst nehme, ist die, dass die **Wirkungsweise der Ökosteuer** noch nicht optimal ist.

(Lachen bei der CDU)

Man kann die Wirkungsweise sicherlich noch verbessern und es macht durchaus Sinn, sich darüber Gedanken zu machen, wie - zusätzlich zur Verteuerung des Benzins - die Einführung von 3-Liter- und Null-Emissions-Autos gefördert werden kann, zum Beispiel mit einem Quotenmodell, wie es in Kalifornien ab 2004 beschlossen worden ist. Alle Hersteller müssen dann einen bestimmten Prozentsatz der Autos als Null-Emissions-Autos verkaufen. Über eine Unterstützung eines solchen Quotenmodells von Ihrer Seite würde ich mich freuen. Ich vermute aber, dass - wenn es dazu kommt - bei Ihnen wieder „Populismus pur“ siegen wird und Sie wieder gegen alle Veränderung sein werden.

Mit der Steuerpolitik der neuen Bundesregierung können letztlich alle zufrieden sein.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Die Mehrbelastung beim Autofahren wird durch die Steuer- und Abgabensenkungen mehr als ausgeglichen. Die Menschen haben mehr Geld in der Hand, die Arbeitslosigkeit geht zurück und die Wirtschaft kommt in Gang.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Nur die Opposition startet mal wieder eine verlogene Leitkampagne und versucht, die Preissteigerungen der Mineralölkonzerne dazu zu nutzen, die erfolgreiche Politik schlecht zu machen.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Auch Ihnen wird die Lust noch vergehen. So leicht lassen die Menschen sich nicht für blöd verkaufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, wir sollten es durchaus mit ein bisschen Sachlichkeit versuchen. Die Beantwortung der Frage, ob der **Benzinpreis** zu hoch oder zu niedrig sei, sehen wir sicherlich - je nachdem, welchen Blickwinkel wir haben - in einer anderen Art und Weise.

(Reinhard Sager [CDU]: Welchen haben Sie denn?)

- Meine Meinung - und das ist nicht nur meine Meinung - wird gleich kommen. Ein Autofahrer wird natürlich sagen, der Preis sei viel zu hoch. Wir haben vorhin von Herrn Umweltminister Müller als Umweltschützer gehört, dass der Preis viel zu niedrig sei. Jeder hat gute Argumente dafür, warum er diese oder jene Meinung hat. Wir müssen jedoch versuchen, abzuwägen und die Diskussion zu versachlichen. Nachher möchte ich dazu noch einen konkreten Vorschlag machen.

Warum ist der Preis so hoch? - Erstens: Er setzt sich unter anderem aus dem Verdienst der ölfördernden Länder zusammen, die teilweise ein Monopol haben. Hier sei die OPEC genannt. Dass die dieses Monopol weltweit zu nutzen weiß, ist klar.

Zweitens: Auch die Mineralölgesellschaften verdienen daran. Ich persönlich glaube nicht, dass sich alle Tankstellen dieser Welt halten lassen, obwohl sie alle nichts mehr am Betrieb verdienen. Das glaubt den Jungs kein Mensch. Ein weiterer Bestandteil ist die Mehrwertsteuer, die wirklich auf alle Benzinpreiserhöhungen steuerlicher Art irgendwann einmal aufgeschlagen wurde, auch auf die, die vor 1998 vollzogen wurden.

Zum dritten Punkt möchte ich die Ursprungsmineralölsteuer vor 1983 nennen, die - vorhin wurde es genannt - um 16 Pfennig stieg. Danach gab es bis 1998 eine Steigerung um 47 Pfennig plus Mehrwertsteuer. Sie sagen, das sei auch der deutschen Einheit zuzuschreiben. Da gebe ich Ihnen Recht. Ich sage aber auch, dass diese Erhöhung auch verfrühstückt wurde und dass die Steigerungen, die danach kamen und die wir jetzt erleben, natürlich auch der deutschen Einheit zuzurechnen sind. Ich begrüße das, obwohl es auch ein Grund dafür ist, dass wir - dadurch, dass, wir dieses Instrument angewandt haben - Probleme in den

(Lars Harms)

Rentenkassen haben. Da muss man ehrlich mit sich selber sein.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Es stellt sich nun die Frage, wie ich das Problem lösen kann, einerseits die Renten zu finanzieren und andererseits den Leuten nicht wehzutun. Das wird sehr schwierig sein. Wir sind alle Politiker, um diese Probleme zu lösen und ab und zu auch einen Schlag aushalten zu können. Die Lösung, die gefunden wurde, ist gar nicht so schlecht, weil sie auch marktwirtschaftlichen Prinzipien entspricht.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Senkungen für den Produktionsfaktor Arbeit sind nicht nur eine Entlastung für Arbeitnehmer, sondern auch für Unternehmen, die Arbeitgeber, die ihren Anteil für diesen Bereich auch nicht zu zahlen haben. Darüber bin ich persönlich sehr glücklich, weil dadurch unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöht wird.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis: Wenn wir die **Öko-steuer** zurücknehmen und **Renten** wieder aus der Portokasse oder aus der Kasse der Unternehmen finanzieren, dann müssen Sie das den Unternehmen bitte auch erzählen. Erklären Sie ihnen, wie Sie diese Milliardenbeträge von den Unternehmen aufgebracht haben wollen.

(Beifall beim SSW - Lothar Hay [SPD]: Das setzt aber wirtschaftliche Kenntnisse bei der Opposition voraus!)

- Da gebe ich Ihnen Recht.

Eine weitere Frage ist, wie die öffentlichen Haushalte dies finanzieren sollen. Sollen wir weiter endlos Kredite aufnehmen? Auch in diesem Hause wird es Beratungen geben, in denen es sehr viele Streichungsvorschläge geben wird. Ich bitte dann darum, die Streichungsvorschläge auch auf Bundesebene zu nennen, die notwendig sein werden, um eine Gegenfinanzierung zu schaffen. Das ist ganz wichtig.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zusammen ergeben die Faktoren einen Preis von 2 DM für bleifreies Superbenzin. Meine Vorredner haben noch nicht bemerkt, dass es in einigen Ländern kein Normalbenzin gibt. Wenn man Normalbenzin als Vergleichsgröße einbezieht, liegt Deutschland sogar noch am unteren Ende der Benzinpreisskala. Auch das müssen wir bedenken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das liegt daran, dass in anderen Ländern keine Kfz-Steuern vorhanden sind!)

- So ist es.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Das glaube ich nicht. Ich vergleiche den Preis, den ich an der Zapfsäule zu zahlen habe, denn das ist auch der Vorschlag der CDU, den Sie ja so gern mittragen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Es geht nur um den direkten Preis an der Zapfsäule. Der wird kritisiert und den vergleiche ich.

Der liegt in England bei 2,90 DM und der liegt auch im Nachbarland Dänemark wesentlich höher. Das sind die Vergleichsgrößen, die ich dann auch zugrunde legen muss.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Folgen für die Berufspendler kann man in der Tat dadurch abfedern, dass man die Kilometerpauschale im Einkommensteuerrecht erhöht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie wollen den Teufel mit dem Beelzebub austreiben!)

Dafür ist auch der SSW. Nur, wenn wir erhöhen, dann muss das natürlich in ein neues Einkommensteuernkonzept eingebaut werden. Auch das wird wieder zur Folge haben, dass manche Privilegien, über die wir uns alle noch freuen, dann eben eingestampft werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich, das werde ich tun. - Folgender Schlusssatz: Ich denke, es wird Zeit, an zukünftige Generationen zu denken, sowohl in ökonomischer als auch in ökologischer Hinsicht. Das soll eigentlich Ziel einer Steuer sein: „Steuer“ bedeutet nämlich „steuern“, nicht nur Autos steuern, sondern auch unsere Gesellschaft steuern.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ja, gut! - Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Graf Kerksenbrock das Wort.

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]:

Schönen Dank, dass Sie alle so aufmerksam sind! - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Müller, eigentlich müssten wir Ihnen dankbar sein, dankbar für die Offenheit, mit der Sie endlich eingeräumt haben, welchen Wählerbetrug Sie tatsächlich vorhaben.

(Beifall bei der CDU)

Erinnern wir uns einmal: Ihr Möchtegern-Autokanzler - er ist ja auch Ihr Kanzler; Sie haben ihn gewählt - hat im Wahlkampf 1998 gesagt: Einmalig eine Mineralölsteuererhöhung von 6 Pfennig! Zuvor hatten die Grünen auf ihrem Bundesparteitag in Magdeburg gesagt: 5 DM **Benzinpreis!** Dazu würden wir im Übrigen gern auch von Ihnen heute eine ganz konkrete Äußerung hören.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In zehn Jahren!)

Das haben Sie dann aus Angst vor dem Wählerzorn wieder einkassiert. Dann sind Sie doch in die Regierung mit dem Möchtegern-Autokanzler gegangen; Sie sind dort als Umwelttiger gestartet und als machtvessener Bettvorleger schließlich gelandet.

Auch den Rentnern haben Sie damals versprochen: Es wird keine Einbußen geben; alles wird besser werden. Es wird keine Einschränkungen geben. Die Rentenreform der alten Regierung - das brauchen wir alles nicht! Die haben Sie dann ja auch gleich aufgehoben. Dann haben Sie die Wahl gewonnen und als erstes haben Sie die alte Rentenreform der Bundesregierung gekippt.

Dann haben Sie Abschied von der beitragsbezogenen Rente genommen und haben stattdessen eine **Rente** nach Kassenlage eingeführt. Die Kassenlage ist ja bekanntlich schlecht. Deshalb - und keineswegs aus irgendeinem ökologischen Motiv - haben Sie dann eine sogenannte Ökosteuer eingeführt, an der nur der Begriff „Steuer“ richtig ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Seien wir ehrlich: Sie wollen abkassieren und tun das auch eifrig. Das hat auch der Kollege Garg eben schon ausgeführt. „Öko“ ist dabei eine für Sie typische Falschmünzerei.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie und Ihr Finanzminister, der „schmale Hans“ in Berlin, haben es offen gesagt: Sie haben keinerlei Interesse daran, dass die Deutschen wirklich weniger Auto fahren, denn Sie brauchen doch das Geld der Autofahrer für die von Ihnen selbst zu verantwortenden Löcher in der Haushaltskasse.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im Übrigen zweigen Sie ja auch im Gesamthaushalt von der Ökosteuer kräftig etwas ab. Sie brauchen das Geld der Rentner, die von Beitragssenkungen überhaupt nichts haben, und Sie brauchen das Geld der Pendler, die netto tüchtig zahlen müssen. Dies alles brauchen Sie. Sie haben kein Interesse an irgendeinem Lenkungseffekt. Ihre angeblichen sozialen Wohltaten sind tiefender Hohn und Ihr Problem ist: Die Rentner und die Pendler haben das inzwischen gemerkt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie sollten einmal lesen, was der Landrat von Nordfriesland gerade heute zu diesem Thema hat öffentlich verlauten lassen.

(Lachen und Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Kollegen,

(Zuruf von der CDU: Von 70 % hat er gesprochen!)

wenn Sie sich über die früheren Mineralölsteuererhöhungen der alten Regierung verbreiten - Herr Müller hat das ja getan -, dann frage ich: Haben Sie denn das Geld aus diesen früheren Steuererhöhungen zurückgegeben? Haben Sie die Steuern gesenkt?

(Hermann Benker [SPD]: Das ist doch ein Schmarren!)

Ihre Empörung ist doch pure Heuchelei.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Sie betreiben weder eine seriöse Umwelt- und Energiepolitik, noch haben Sie überhaupt ihren Frieden mit der sozialen Marktwirtschaft wirklich geschlossen.

(Lachen und Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lars Harms [SSW]: Das ist wirklich das Allerstärkste!)

Tun Sie doch nicht so, als hätten Sie mit dem schwachen Euro nichts zu tun. Es ist die schwache Wirtschaftspolitik dieser Regierung, mangelndes Vertrau-

(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)

en der Wirtschaft in die Reformfähigkeit dieser Regierung, die zum schwachen Euro geführt hat,

(Widerspruch und Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall bei CDU und F.D.P.)

was selbstverständlich vorhersehbar war.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie mixen auch jeden Unsinn zusammen, der Ihnen einfällt!)

Wann immer Ihnen das Geld für Ihre vermeintlichen Wohltaten fehlt, greifen Sie zur Steuerschraube und ziehen Sie fester an. Sie schützen hehre Motive wie Umwelt und Ähnliches vor. Das machen Sie demnächst ja bei der Oberflächenwasserentnahme-Abgabe genauso; da wird wieder ein kalkulierter Ritt am Rande des Verfassungsbruchs geprobt werden.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Energiepolitik - Sie wollten ja die Energiepolitik diskutieren - wollen Sie trotz liberalisierten europäischen Energiemarktes den untauglichen dirigistischen Versuch unternehmen, Schleswig-Holstein zum Energie-Hochpreisland zu machen. Wissen Sie, Prohibition hat schon in den dreißiger Jahren in den USA nicht funktioniert; sie wird auch in der Energiepolitik nicht funktionieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Spendenaffäre ist beendet. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Lothar Hay [SPD]: Was?)

Die Betäubung, in der sich die öffentliche Meinung befunden hat, ist vorbei. Ihr Handeln steht endlich wieder auf dem Prüfstand.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! - Die Bürger nehmen das Ausmaß des Wahlbetruges von 1998 endlich wieder wahr. Herr Minister Müller hat hierzu einen wunderschönen Beitrag geleistet. Halten Sie ein mit Ihrer verfehlten Politik!

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ein schwerer Gang!)

Bernd Schröder [SPD]:

Das ist keineswegs ein schwerer Gang! - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die Wortbeiträge der Kollegen eingehen, die vor mir gesprochen haben.

Herr Stritzl, wenn Sie - auf Rot-Grün bezogen - sagen, dass das pure ideologische Auswirkungen seien, dann kann ich nur sagen: Ihr Beitrag war wirklich ein Stück purer Populismus, den Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Dr. Garg dem Umweltminister zynisch sagt, er müsse doch froh darüber sein, dass die **Ölmultis** die **Preisschraube** so angezogen haben, dann wird dabei doch einfach vergessen: Das Geld, das durch das Anziehen der Preisschraube durch die Ölmultis erzielt wird, geht ins Ausland. Das Geld, das durch die **Öko-steuer** hereinkommt, kommt direkt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hier in Deutschland zu gute.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lothar Hay [SPD]: So ist es! - Widerspruch bei der CDU)

Sie sollten sich einmal Folgendes anhören:

„Unser Steuer- und Abgabensystem macht gerade das besonders teuer, wovon wir gegenwärtig im Überfluss haben: Arbeit. Dagegen ist das, woran wir sparen müssen, eher zu billig zu haben: Energie und Rohstoffeinsatz. Dieses Ungleichgewicht müssen wir wieder stärker ins Lot bringen, wenn wir unseren beiden Hauptzielen, mehr Beschäftigung und weniger Umweltbelastung, näher kommen wollen.“

Dies stammt keineswegs aus dem Wahlprogramm der Grünen oder der SPD; es ist ein Zitat aus dem so genannten Zukunftsprogramm der CDU für die Bundestagswahl 1998. Dann frage ich Sie, Graf Kerssenbrock: Wo liegt denn da der Wahlbetrug? Ist das nur Makulatur, was Sie in das Programm eingebracht haben, oder welche Bedeutung hat es?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist hier schon ausgeführt worden, was Ihr ehemaliger Fraktionsvorsitzender, Herr Schäuble, zu diesem Thema gesagt hat. In seinem Buch „Und sie bewegt sich doch“ - meinte er da die Erde, oder muss man heutzutage fragen, ob er nur noch seine ehemalige Partei meinte, die sich in der Frage der Ökosteuerpolitik nur noch um ihre eigene Achse dreht?

(Bernd Schröder)

Wenn man dann einmal liest, was Frau Merkel gesagt hat - das kann man alles wunderbar nachlesen -, stellt man fest, dass sie als frühere Bundesumweltministerin höhere Benzinpreise für erforderlich gehalten hat. Sie hat erklärt, eine jährliche Anhebung um 5 Pfennig sei angemessen.

Wo bleibt denn diese Stimme heute? Sie hat sich für die Besteuerung von Flugbenzin eingesetzt und die Aussagen von Herrn Merz, Ihrem neuen Hoffnungsträger, sind ja ebenfalls schon erwähnt worden.

(Thomas Stritzl [CDU]: Sagen Sie einmal etwas zu dem Gesamtsteuersystem, das dahinter steht!)

Seit der verlorenen Bundestagswahl - das muss man Ihnen immer wieder vor Augen führen -, die Sie einfach noch nicht weggesteckt haben, versuchen Sie, nur durch das Schüren von Ängsten der Menschen in diesem Lande wieder zu Stimmen zu kommen. Mehr ist das nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auch wenn das hier schon gesagt worden ist, ist es mir wichtig, das noch einmal anzusprechen: Das sind **Kampagnen** wie gegen den Doppelpass in Hessen oder „Kinder statt Inder“ in Nordrhein-Westfalen und, weil Sie nichts Neues haben, jetzt die Diskussion über die Ökosteuer.

(Lothar Hay [SPD]: Die Milchpreise kommen auch noch!)

Ich vermisste dabei Ihre Verantwortung aus den Jahren 1982 bis 1998. In Ihrer Zeit sind die Lohnnebenkosten von 34 % auf 42 % gestiegen. In Ihrer Zeit ist die Mineralölsteuer um 50 Pf gestiegen. In Ihrer Zeit ist der Beitrag zur Rentenversicherung von 17,5 % auf 20,3 % gestiegen. Kommen Sie nicht immer mit dem Argument, dass diese Kostensteigerungen ausschließlich durch die deutsche Einheit bedingt sind! Dahinter können Sie nicht alles verstecken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Wir haben im Flächenland Schleswig-Holstein eine besondere Verantwortung. Das steht außer Frage.

(Frauke Tengler [CDU]: Eben!)

Die Ängste der Menschen in unserem Flächenland, gerade auch an der Westküste, kann ich voll verstehen. Wir werden über die **Entfernungspauschale** diskutieren müssen, aber es kann nicht so sein, wie Sie eben Ihren CDU-Landrat von der Westküste zitieren, der jetzt damit droht, dass ganze Landstriche leer gefegt

werden und alle Menschen in die Ballungsräume ziehen. Das ist doch völliger Blödsinn!

Welche Diskussion haben wir denn hier geführt, als es um die Polizisten im Hamburger Rand ging? Warum sind die denn darauf angewiesen, dass Sie wieder in die ländlichen Räume zurückfahren? - Weil die Lebenshaltungskosten in den Ballungsräumen so hoch sind, dass wir etwas dafür tun müssen, dass die Menschen dort, wo sie arbeiten, auch wohnen können. Sie wollen jetzt argumentativ in den Raum stellen, dass die 6 oder 12 Pfennig Ökosteuer dazu führen, dass die hohen Lebenshaltungskosten in den Ballungszentren ausgeglichen und noch übertroffen werden, dass die Menschen aus den Regionen in die Ballungsräume ziehen. Das ist doch völliger Blödsinn und unterstreicht, welchen Populismus Sie mit dieser Kampagne fahren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in Schleswig-Holstein in Sachen **ÖPNV** und **SPNV** im Wettbewerb Erhebliches geleistet und wir haben das Umsteigepotential positiv beeinflusst. Das sind die Wege, die wir gehen müssen. Wir müssen uns auch mit den Busunternehmern zusammensetzen und darüber sprechen, welche Erkenntnisse wir aus dem ÖPNV-Tag, dem ÖPNV-Forum gewinnen, um auch ihre Sorgen zu berücksichtigen und sie bei einer Lösung zu unterstützen.

(Glocke des Präsidenten - Heinz Maurus [CDU]: Gehen Sie doch mal raus!)

Zusammengefasst richte ich den Appell an die CDU: Kehren Sie zur Sacharbeit zurück und übernehmen Sie auch Verantwortung für die Zukunft! Das erwarte ich von Ihnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Heinz Maurus [CDU]: Reden Sie mit den Leuten! - Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Kubicki.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Kubicki, fahr Bus oder Bahn!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin von der neuen Sachlichkeit des Umweltministers anlässlich der Debatte unglaublich beeindruckt. Herr

(Wolfgang Kubicki)

Steenblock - sehen Sie es mir nach -, mittlerweile sehne ich mich wirklich nach Ihnen zurück.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich habe in der Vita des Umweltministers gelesen, dass er ausgebildeter Volkswirt sein soll. Schade, dass wir in den Fünf-Minuten-Beiträgen der Aktuellen Stunde nicht ausreichend Zeit haben, uns wirklich einmal mit den Problemen zu beschäftigen, vor denen eine hoch industrialisierte Volkswirtschaft steht.

Ich habe heute gelernt, dass die Rentenkonsensgespräche abgesagt werden können, die Herr Riester führt, weil die **Rente** wegen der Einführung der so genannten **Ökosteuer** jetzt sicher sei.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Warum unterhalten wir uns eigentlich weiter über die Rentenversicherung, wenn doch die Ökosteuer die Probleme der Beitragssatzstabilität bei wachsender Inanspruchnahme der Rentenversicherung künftig gelöst hat?

Ich habe gelernt, dass CDU und F.D.P. in den letzten Jahren - das war mir völlig neu, aber ich nehme das gern auf - die wirklich besseren Ökologen gewesen sind; denn sie haben - das sagen Sie ja immer wieder - die Mineralölsteuer stärker erhöht, als Sie das gerade tun. Da das ja den ökologischen Lenkungseffekt ausmacht, müssen wir die besseren Ökologen gewesen sein als Sie.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und ich habe gelernt - auch das empfehle ich zur Weiterverwendung -, dass die Ministerpräsidenten Gabriel, Beck und Stolpe, die ja der Sozialdemokratie angehören, pure Populisten sind,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

weil sie sich ernsthaft mit der Frage beschäftigen, was in ihren **Flächenländern** eigentlich passiert bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die auspendeln müssen, die Arbeitsplätze nachgewiesen bekommen. Wir verlangen heute von Arbeitnehmern, die arbeitslos sind, dass sie **Arbeitsstellen** bis zu einer Entfernung von 100 km annehmen. Die Herren - das sind Sozialdemokraten! - erklären überall, dass es in ihren Ländern Probleme gibt. Jetzt habe ich gehört: Sie folgen nur der „Bild“-Zeitung, die Probleme sind gar nicht da, die Menschen haben gar keine Probleme, das wird Ihnen von der bösen Opposition nur eingeredet. Wahrscheinlich sind die schon alle Mitglied der CDU oder F.D.P. und haben das nur noch nicht bekannt gegeben.

Herr Umweltminister, wenn man sich ernsthaft mit dem Thema beschäftigen würde, würde man sich einige Bemerkungen wie die von Herrn Hentschel sparen.

Herr Hentschel, in der Ökonomie gibt es die Theorie der relativen Preise. Wenn Sie marktwirtschaftliche **Lenkungsfunktionen** ausüben wollen, müssen Sie den Menschen die Möglichkeit geben, bei einer Nachfrage, die Sie nicht ändern können, auf Produkte auszuweichen, die preiswerter sind als andere, weil sie umweltverträglicher sind als andere. Aber die Menschen müssen ausweichen können. Wenn Sie nicht ausweichen können, hat dieses System keinen Sinn für die Menschen. Das versuchen Sie dadurch zu erklären, dass Sie sagen: Wir müssen mehr für den ÖPNV tun, wir müssen möglicherweise neue Antriebssysteme entwickeln, wir müssen das Drei-Liter-Auto produzieren, wie auch immer. Das finde ich alles ganz gut; nur momentan können die Leute nicht ausweichen, das heißt, Sie belasten die Menschen gegenwärtig, ohne dass sie - außer sie verzichten aufs Fahren - ausweichen können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das ist das erste Problem.

Das zweite Problem ist, dass Sie strukturelle Verwerfungen bekommen. Es sind nicht nur die **Preise** für den **Sprit**, die die Autofahrer belasten, es sind auch die Preise für den Sprit, die die Busunternehmen belasten, die ihrerseits auch die Preise erhöhen müssen. Sie verteuern auf diese Weise wiederum den öffentlichen Personennahverkehr,

(Beifall bei der F.D.P.)

was zu einem Problem bei der Frage der alternativen Nachfrage führt.

Dadurch erhöhen sich die Produktionskosten. Wir werden das demnächst beim schleswig-holsteinischen Landeshaushalt erleben. Die Fahrtkosten für die PKWs unserer Polizeibeamten werden steigen. Das müssen wir aus dem Landeshaushalt alimentieren, ohne dass wir eine Ausweichmöglichkeit haben, während der Bundesfinanzminister die Einnahmen aus der Ökosteuer- oder Mineralölsteuererhöhung für sich allein einzieht.

Ich frage mich - darüber werden wir noch debattieren, Kollege Hay -, durch welche Einsparmaßnahmen in welchen Bereichen Sie allein die Mehrbelastung durch die vielen tausend Fahrzeuge, die in Schleswig-Holstein sinnvoll für die Landesregierung durch die Gegend fahren - die fahren ja nicht unsinnig durch die Gegend und schränken das nicht ein -, auffangen werden. Wenn Sie das leisten, müssen Sie den Leuten, die auf dem Lande wohnen, erklären, dass sie im Zweifel entweder nicht fahren und verzichten oder umsteigen sollen, ohne dass sie wissen, worauf.

(Wolfgang Kubicki)

Herr Präsident, erlauben Sie mir zum Abschluss ein Zitat, weil das wirklich tugendhaft ist. Herr Müller, auch bei den Grünen gibt es Diskussionen über verschiedene neue Varianten. Ich habe von Ihren Finanzexperten gehört, dass die den **Spitzensteuersatz** deutlich weiter absenken wollen, als es die Sozialdemokraten gegenwärtig vorhaben. Ich höre da etwas von 35 %, von Frau Scheel, von Herrn Metzger. Das sind doch Leute aus Ihrer Fraktion.

(Konrad Nabel [SPD]: Quatsch!)

- Da müssen Sie nicht den Kopf schütteln. Vielleicht lesen Sie das einfach einmal nach. Ich empfehle die Website Ihrer grünen Bundestagsfraktion auch für Sie, damit Sie auf dem neuesten Stand sind.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Ich möchte zitieren, was Rezzo Schlauch, der immerhin Fraktionsvorsitzender der Grünen im Deutschen Bundestag ist, geschrieben hat - auch über www.grüne-fraktion.de abzurufen -:

„Das Auto garantiert individuelle Mobilität. Das Auto ist heute das Verkehrsmittel Nummer 1. Es ist für viele Transportbedürfnisse unverzichtbar. Mobilität ist insbesondere auf dem Land ohne PKW oft nicht möglich. Für viele Menschen ist das Auto gleichbedeutend mit der Freiheit, jederzeit spontan entscheiden zu können, wohin man will... Für Frauen bedeutet das Auto Sicherheit auf nächtlichen Straßen und die einzige Möglichkeit, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Für alte Menschen und Behinderte ist das Auto ein Synonym für unabhängige Bewegungsfreiheit.“

(Glocke des Präsidenten)

Diese Form der Mobilität und Freiheit erschweren Sie durch Ihre Mineralölsteuererhöhung.

Als Letztes sage ich Ihnen: Herr Müller, das neue Verhältnis zum Auto, das Sie jetzt gerade entwickeln, legen Ihnen die Leute als Populismus aus, weil sie nicht mehr verstehen, in welcher Systematik die Grünen gegenwärtig Politik betreiben, weil sie nur noch PR-Sprüche hören und nicht mehr sehen, welche Konzepte wirklich dahinter stehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Schmitz-Hübsch das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute viel gelernt. Wir haben vor allen Dingen gelernt: Nicht überall, wo Ökosteuer draufsteht, ist auch Ökosteuer drin.

(Konrad Nabel [SPD]: Dummes Zeug, das stimmt überhaupt nicht!)

Und über die jetzige so genannte **Ökosteuer** - das ist heute wohl klar geworden - haben wir gelernt, dass sie so viel mit Öko zu tun hat, wie Gustav mit Gasthof. Sie ist eine reine Geldbeschaffungsmaßnahme der rot-grünen Regierung, um das Versprechen einhalten zu können: Wir senken die Beiträge zur Rentenversicherung. Dafür haben Sie alle Reformvorhaben der alten Regierung und auch alle Reformgesetze wieder inkassiert, die dazu gedient haben, wirklich Reformen durchzuführen, um die **Sozialversicherungssysteme** auf Dauer bezahlbar zu machen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Aber das war Ihnen egal. Sie nötigen der Bevölkerung höhere Abgaben ab, um Ihre rot-grünen Projekte durchzuziehen.

(Beifall bei der CDU)

Das Ergebnis haben wir jetzt: Die Bevölkerung steht angesichts dieser hohen Preise an den Tankstellen Kopf.

Herr Minister Müller, ich möchte Ihnen auch noch sagen: Wer in der Politik tätig ist, sollte das Ende seiner Taten und die Folgen seiner Maßnahmen auch wirklich bedenken.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Einen **Lenkungseffekt** haben Sie angeblich auslösen wollen, das hat eben schon Herr Kubicki dargestellt. Die Leute, die auf einen Bus umsteigen wollen, finden sich jetzt mit erhöhten Preisen konfrontiert. In Flensburg sollen sie bald um 6 % erhöht werden, woanders wird es auch so sein.

(Zuruf von der CDU)

Das bedeutet doch, dass das Umsteigen auch nichts bringt. Und die erhöhten Buspreise werden sich auch in den öffentlich-rechtlichen Haushalten niederschlagen, denn damit steigen auch wieder die Schülerbeförderungskosten. Das heißt, wer mutwillig in die Volkswirtschaft eingreift und mit politischen Auflagen und weiteren Abgaben die Preise erhöht, der findet das in einem inflationären Effekt in den eigenen Haushalten wieder. Das bringt nichts. Das Einzi-

(Brita Schmitz-Hübsch)

ge, was etwas bringt, sind vernünftige Reformen, die Zukunftsaufgaben lösen und die Abgabenlast insgesamt senken, wie es die Regierung Kohl gewollt hat

(Zurufe von der SPD)

und woran sie von Ihnen gehindert worden ist, als Sie die Steuerreform niedergestimmt haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

Hinzu kommt noch, dass Sie dem **ÖPNV**, den Busunternehmen, zwar nur die halbe Ökosteuer auflegen, aber sobald Ausflugsreisen oder mehrtägige Busfahrten von ihnen angeboten werden, müssen sie die volle Ökosteuer bezahlen. Was soll das denn wieder? - Wenn Sie Leute dazu bringen wollen, ihr Auto stehen zu lassen und stattdessen eine Busreise zu machen - was ökologisch auch vernünftiger ist -, dann tun Sie damit der Umwelt keinen Gefallen und auch preislich kommen Sie ihnen nicht entgegen, denn sie müssen den vollen Steuersatz bezahlen.

Das Ergebnis ist, dass jetzt ganze Branchen gefährdet sind. Die Busunternehmen klagen zu Recht und noch mehr klagt die Speditionswirtschaft, das gesamte **Transportgewerbe**, das sich ohnehin in einer schwierigen Situation befunden hat, eine Umsatzrendite von 1 % und mit jeder Anhebung - jetzt um 6 plus 1 Pfennig Mehrwertsteuer - eine Mehrkostenbelastung von 1 % hat. Wir reden in Schleswig-Holstein über 1300 Unternehmen mit 40.000 Beschäftigten. Das ist ein mittelständischer Zweig. In all Ihren Sonntagsreden kommt die Pflege des Mittelstandes vor. Ich bitte Sie wirklich, diese Betriebe auch einmal in Ihre Artenschutzgedanken mit einzubeziehen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Darum habe ich Ihnen vorhin auch dieses Plakat überreicht: „Vom Aussterben bedroht - Transporteure, Spediteure“. Wir fordern Artenschutz für diese mittelständischen Betriebe in Schleswig-Holstein, für 40.000 Arbeitsplätze.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schmitz-Hübsch, da Sie noch immer, nach mehrfacher Diskussion hier, die **Ökosteuer** als reine Geldbeschaffungsmaßnahme bezeichnen, empfehle ich Ihnen, an Ihren Fraktionsvorsitzenden mit der Bitte heranzutreten, er möge doch schnell das Thema noch einmal in

den Landtag bringen, damit wir erneut die Chance haben zu versuchen, Ihnen zu erklären, worum es eigentlich geht.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Lothar Hay [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Aber, Sie sind ja nicht die Einzige, die das nicht verstanden hat oder nicht verstehen will. Wenn ich Ihnen noch einmal einen Unterschied erklären darf, dann ist das der, dass Sie - als CDU damals - die Mineralölsteuer erhöht haben, um das Geld allgemein in den Haushalt einzuspeisen, und dass wir

(Zurufe von der CDU)

die Benzinpreise erhöhen, um dieses Geld über die **Rentenkassen** an die Bevölkerung zurückzugeben. Diese Kombination hat selbst der Mittelstand in Schleswig-Holstein verstanden. Da gibt es nämlich inzwischen eine Reihe von kleinen und mittleren Unternehmen, die es sehr wohl zu schätzen wissen, dass die Lohnnebenkosten sinken -

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben die doch wieder erhöht! Sie haben das Kündigungsrecht geändert! Sie haben die Befristung abgeschafft!)

gerade dann, wenn sie deutlich höhere Ausgaben für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, als sie höhere Ausgaben für Energie haben. So ist es. Also, reisen Sie durch Schleswig-Holstein, informieren Sie sich vor Ort!

(Martin Kayenburg [CDU]: Reden Sie mal mit dem Mittelstand! - Weitere Zurufe von der CDU)

Aber noch ein Letztes zur CDU, die ja sehr willkürlich ist: Mal will sie die Ökosteuer, und wenn wir sie denn durchführen, will sie sie nicht mehr.

(Zuruf von der CDU)

So ist es ja auch mit der **Entfernungspauschale**. Auch da war die CDU hier heute sehr zurückhaltend. In dem Steuerkonzept der CDU ist ja als eine Möglichkeit der Gegenfinanzierung aufgeführt, dass Sie eine Entfernungspauschale von 50 Pfennig wollen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Irgendwo müssen wir Ihren Schwachsinn ja kompensieren!)

Das heißt, die Kilometerpauschale von 70 Pfennig für die Bürgerinnen und Bürger im Land, die zur Arbeit fahren, soll auf 50 Pfennig in Form einer Entfernungspauschale, unabhängig von den Verkehrsmitteln

(Monika Heinold)

teln, runtergehen. Das unterstützen wir. Aber in dem Moment - das sage ich jetzt, und man merkte das an ersten Stimmen aus Ihrer Partei -, wo dies Realität werden wird, werden Sie wie immer vehement dagegen wettern und dagegen sein und Sie werden uns vorwerfen, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern wieder in die Tasche greifen. Ich bitte die CDU an dieser Stelle, ihre eigenen Konzepte auch ernst zu nehmen und zu vertreten, wenn sie umgesetzt werden.

(Zuruf von der CDU)

Wenn Sie das nicht tun, dann setzen wir sie eben um. Dann bekennen Sie sich aber auch dazu!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Müller.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte hat ja in der Emotionalität eben zum Schluss zum Glück erheblich nachgelassen. Insofern will ich nur zwei kurze Punkte aufgreifen.

Das Erste: Damit es hier keine Legendenbildung gibt und für die Leute, die sich mit dem Thema noch nicht so lange beschäftigen, möchte ich gern nachfragen, dass die Bundesregierung in Berlin bereits beschlossen hat, bereits zum 1. November im Jahre 2001 - drei Jahre, bevor die EU dieses verlangt - eine **EU-Regelung** umzusetzen, nämlich die zur **Steuerprivilegierung** schwefelarmer **Kraftstoffe**. Das hat Rot-Grün in Berlin bereits beschlossen, das ist bereits Realität. Ich glaube, das kann man einem Debattenbeitrag von vorhin nachtragen.

Das Zweite: Ich habe heute Morgen „Die Welt“ gelesen. In der „Welt“ lässt sich die CDU-Vorsitzende ausführlich über das Thema Ökosteuer aus. Sie wird dort mit Aussagen konfrontiert, die sie in der Vergangenheit zu diesem Thema getätigt hat. Und zum Schluss fasst sie zusammen, dass - ich zitiere, und zwar komplett - „nur in einem europäischen Rahmen und eingebettet in eine generelle Steuerentlastung der Bürger der Verbrauch von Ressourcen stärker besteuert werden kann“.

(Klaus Schlie [CDU]: Wenn Sie das beachten würden, wären Sie gut davor!)

Herr Schlie, was sagt uns dieser Satz? - Wir sind momentan dabei - wir haben Ihnen das zitiert -, dass in **Europa** bis auf ein einziges Land - Spanien - alle Länder dabei sind und im ECOFIN-Rat zugestimmt

haben, die **Ökosteuern** in ihrem Land zu erhöhen und ansteigen zu lassen. Dass wir in Europa und auch in der EU mit Abstand nicht an der Spitze, nicht im obersten Drittel, nicht einmal auf der Hälfte liegen, sondern in einem sehr, sehr guten Mittelmaß, was die Realität unserer Preise betrifft - -

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki!

(Martin Kayenburg [CDU]: Das können Sie nun weiß Gott nicht aus diesem Zitat heraus lesen!)

Zum Schluss: Wir wissen, dass wir im Rahmen der Steuerreform momentan dabei sind - und Herr Möller ist ja deshalb auch gerade in Berlin unterwegs -, eine sehr umfassende **Steuerentlastung** zu beschließen. Herr Hentschel hat vorhin bereits zitiert, dass zum 1. Januar dieses Jahres - wenn sie beide Ökosteuer-schritte zusammenfassen, wenn sie die bisherige Steuerentlastung, die Rot-Grün bereits durch den Bundesrat durchgebracht hat, damals noch mit eigener Mehrheit, wenn sie die Kindergelderhöhung hinzu betrachten - Familien mit Kindern insgesamt durch Rot-Grün entlastet werden, im Netto insgesamt entlastet werden, also mehr Geld in der Tasche haben.

Das heißt - ich subsumiere -: Die CDU-Vorsitzende, die ich sehr schätze, sagt: Wenn wir europäisch vernünftig im Rahmen liegen - das tun wir mit der Bundesrepublik -, wenn wir insgesamt die Menschen entlasten - das hat Rot-Grün bereits getan und ist gerade dabei, es weiter zu tun -,

(Zuruf von der CDU)

dann ist eine höhere **Besteuerung von Ressourcen** akzeptabel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das heißt für mich, dass auch die Union - wenn wir diese beiden Schritte vollzogen haben - der ökologisch-sozialen Steuerreform zustimmen wird, dass wir diese Scheindebatten dann nicht mehr erleben werden. Ich glaube, das trägt allgemein zur Versachlichung bei.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Als letzten Redner rufe ich Herrn Abgeordneten Stritzl auf.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Umweltminister, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie offensichtlich ein großes Bemühen an den Tag legen, auf der einen Seite darzustellen, einen Politikwechsel vollzogen zu haben, um auf der anderen Seite darstellen zu müssen, dass Sie eigentlich nichts anderes gemacht haben als die CDU/CSU/F.D.P.-Regierung vor Ihnen. Ich muss ganz offen sagen: Es erstaunt mich, dass Sie als Zeugen für Ihre Politik die heutige Opposition anführen.

Wenn Sie schon meinen, dass wir damals richtiger gelegen haben als Sie heute - darin will ich Ihnen ja nicht widersprechen -, und wenn Sie das den Menschen darstellen, sagen Sie ihnen doch, bitte schön, die volle Wahrheit. Sie stellen sich heute hin und sagen, die CDU/CSU oder die F.D.P. sei immer für die Ökosteuer von Rot-Grün gewesen, weil auch wir darüber nachgedacht haben, ob man direkte Lasten in indirekte Lasten umwandeln kann. Sie müssen doch zugeben, dass für diese Konzeption ein vollkommen anderes **Steuermodell** vorhanden war. Wir haben gesagt: Zuerst die direkten Belastungen senken und dann im zweiten Schritt darüber nachdenken, ob man die indirekten Lasten erhöhen kann. Aber erst muss die direkte Belastung der Menschen herabgesetzt werden, bevor eine zweite Belastung oben drauf gepackt wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie kehren die Schrittfolge um, belasten die Menschen stärker und wundern sich dann darüber, dass die Menschen darunter leiden. Das ist der eine Punkt.

(Jürgen Weber [SPD]: So ein Quatsch!)

Der zweite Punkt betrifft das **Rentenmodell**. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Mich wundert, mit welcher Chuzpe Sie hier herkommen und fragen, welche Alternative wir als CDU eigentlich hätten.

(Jürgen Weber [SPD]: Ja?)

Es gab ein beschlossenes Rentenreformkonzept der CDU/CSU/F.D.P.-Bundesregierung mit dem demographischen Faktor. Den haben Sie als Rot-Grün außer Kraft gesetzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Jetzt scheitern Sie mit Ihrem neuen Modell und nun soll wieder die CDU eine Alternative zu Ihrem gescheiterten Modell vorlegen.

Ich muss Ihnen ganz offen sagen: Erst ein funktionierendes Modell abschaffen, dann den eigenen Karren an die Wand fahren und dann mit dem Finger auf die Opposition zeigen nach dem Motto, „Haltet den Dieb“ - so geht es meines Erachtens nicht, Herr Müller!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Ökosteuer mit dem Kindergeld zu vermischen - ich glaube, das ist Ihnen nur aus Versehen passiert. Sie selber wissen, dass es Berechnungen Ihres Bundesfinanzministeriums gibt, die besagen: Eine vierköpfige Familie mit einem Bruttojahreseinkommen von 70.000 DM wird durch die Ökosteuer im Jahr zusätzlich mit 300 DM belastet, aber nur um 82 DM entlastet. Das heißt, allein bezogen auf die **Ökosteuer** haben Sie eine weitere **Belastung** für die Menschen im Land und keine Entlastung.

Legen Sie die Berechnungen des ADAC zugrunde, werden Sie feststellen, dass in den nächsten Jahren die Belastung um weitere 1.000 DM für die Bürger steigen wird. Das ist das, was aus unserer Sicht nicht akzeptabel ist.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie verschweigen doch die Senkung der Lohnnebenkosten!)

- Das ist nicht akzeptabel, Herr Kollege Neugebauer!

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie verschweigen doch die Senkung der Lohnnebenkosten!)

- Herr Kollege Neugebauer, Sie setzen doch nach dem Beschluss der rot-grünen Bundesregierung eine Preisspirale von um und bei 35 Pfennig bis zum Jahr 2003 in Gang. Wir haben allein in den letzten 15 Monaten 30 % Steigerung. Glauben Sie, dass dem eine entsprechende Senkung der Lohnnebenkosten gegenübersteht? Das können Sie doch nicht ernsthaft behaupten.

Sie fassen den Leuten, die dringend auf das Auto angewiesen sind, unsystematisch, willkürlich und ohne ökologischen Nutzeffekt zusätzlich in die Tasche. Das ist das, was wir Ihnen sagen müssen. Dieser Weg ist falsch.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie wissen das im Ergebnis auch. Das Problem aber ist die rot-grüne Denkungsart, die am besten an einem Appell des verkehrspolitischen Sprechers der Grünen, Schmidt, an Sie selbst deutlich wird. Der Grünen-Sprecher sagte öffentlich, Autos seien keine rollenden Atomkraftwerke, die man abschalten müsste.

Ich habe mich lange gefragt: Wen hat er wohl gemeint? Wer denkt so verquer? - Herr Minister, nach Ihrem heutigen Redebeitrag war ich mir nicht ganz

(Thomas Stritzl)

sicher, ob er nicht auch Sie im Blick gehabt hat, als er diese Mahnung aussprach.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Öffnung von Standards für öffentlich-rechtliche Körperschaften in Schleswig-Holstein (Standardöffnungsgesetz - StöffG S-H)

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/123

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Dann erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Schlagabtausch über die Frage der Sinnhaftigkeit der Ökosteuer habe ich große Zweifel, dass es uns in diesem Haus ansatzweise gelingen kann, mit den Fragestellungen konkret umzugehen, über die wir unter der großen Überschrift „finanzpolitische Misere“ seit Jahren nicht nur hier im Landeshaus, sondern auch woanders diskutieren und darüber, welche strukturellen Maßnahmen ergriffen werden können und müssen sowie um dem Land und den ihm nachgeordneten Körperschaften und Kommunen, öffentlichen Einrichtungen die Hilfestellung zu gewähren, mit weiteren Einschnitten der finanziellen Basis fertig zu werden.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Idee für den Gesetzentwurf der F.D.P. zur **Öffnung von Standards für öffentlich-rechtliche Körperschaften** ist nicht neu. Ich bin sehr dankbar - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren, wenige Abgeordnete müssen weniger Lärm machen. Halten wir uns an diese Logik.

(Heiterkeit)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident, das ist immer so, dass die Aufmerksamkeit bei wirklich sehr spannenden Fragen nachlässt.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Das liegt am Redner!)

- Herr Puls, wir können das ganz einfach - wer auch immer das aus den Reihen der Sozialdemokratischen Fraktion war - machen. Machen Sie all diese Schritte, die Sie jetzt zur **strukturellen Reform des Haushalts** machen müssen, allein. Erklären Sie den Kommunen, wie Sie mit ihnen umgehen wollen. Diese haben zu uns gesagt - dazu stehen wir -: Das machen wir nicht noch einmal mit, dass man uns als erstes Geld wegnimmt mit dem Versprechen, anschließend die Standards zu verändern, sodass wir die 15 Millionen DM wieder einsparen können;

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

diesmal muss es anders herum passieren.

Machen Sie das alles allein und erklären Sie den Offenbarungseid Ihrer Politik.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das wird grausamer werden, als Sie sich das bisher vorstellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir tragen Verantwortung für dieses Land genauso wie Sie, aber wir sind nicht Ihr Watschenmann,

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

sodass Sie sich nur hinstellen und sagen können, Sie seien die besseren Menschen, Sie wüssten alles besser als die anderen. Frau Kähler, Sie können das alles allein machen - bis zur nächsten Wahl.

Ich sage Ihnen Folgendes. Sie merken ja jetzt auch schon bei den bundesweiten Umfragen, mit welcher Begeisterung die Sozialdemokraten von den Menschen gewählt und gewünscht werden - ähnlich, wie es den Grünen geht. Ich sehe die Massen, die draußen, an den Tankstellen und überall sonst, demonstrieren, weil sie Rot-Grün so nett finden.

Diese Form der Debatte mit Ihnen, Frau Kähler, und anderen kann ich mir wirklich sparen. Wenn wir nur polemische Redebeiträge austauschen wollten, könnten wir das schriftlich erledigen oder via Internet; dafür brauchen wir nicht den Plenarsaal. Das können wir auch woanders machen.

Dann lassen Sie aber diese ständigen Aufforderungen an die Opposition, doch einmal mit Vorschlägen zu kommen, wenn Sie anschließend immer wieder in die pawlowschen Reflexe der Polemik zurückfallen, dass wir die Bösen seien und Sie die Guten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Von allen Fraktionen dieses Hauses wird beschworen - -

(Zuruf von der SPD)

- Sie müssen demnächst den Verbänden und Vereinen erklären, dass Sie kürzen wollen, nicht ich. Sie müssen das machen.

(Holger Astrup [SPD]: Das machen wir! Keine Sorge! - Zuruf von der SPD: Seien Sie nicht so empfindlich!)

- Das machen Sie dann auch!

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Sie müssen den **Kommunen** erklären, wie Sie rechtfertigen wollen, dass Sie ihnen 100 Millionen DM pro Jahr wegnehmen wollen. Das können Sie alles machen mit einer parlamentarischen Farce, die gar nicht mehr darauf ausgerichtet ist, dass man Informationen miteinander austauscht, die gar nicht mehr darauf ausgerichtet ist, dass man nach einem besten Weg sucht. Sie haben ihn doch bereits im Kopf - den besten Weg. Dann legen Sie ihn hier auf den Tisch. Dann können wir uns darüber unterhalten und dann war es das.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dann mache ich es mir ganz einfach und beantrage die Überweisung unseres Antrags an den Sonderausschuss und an den Finanzausschuss. Da wollen wir sehen, wie Sie dazu stehen. Da erwarte ich Ihre Vorschläge.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Holger Astrup [SPD]: Gute Begründung!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, Schülerinnen und Schüler der Grund- und Hauptschule Hamdorf, der Gewerbeschule 1 Lübeck sowie die Mitglieder der Kreishandwerkerschaft Dithmarschen-Nord. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir fahren in der Beratung fort. Das Wort hat Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, ich kann diese Empfindlichkeit nicht nachvollziehen.

(Beifall des Abgeordneten Andreas Beran [SPD] - Klaus Schlie [CDU]: Was heißt Empfindlichkeit? - Martin Kayenburg

[CDU]: Herr Puls! - Weitere Zurufe von der CDU)

Sie zeichnen sich bei jeder Debatte dadurch aus, dass Sie fortwährend Zwischenrufe leisten,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zu jedem Wortbeitrag - egal, von wem er kommt, egal, welchen Inhalts er ist. Sie begleiten ihn mit Ihren ständigen - ich sage nicht „Geschwätz“ - manchmal intellektuellen Zwischenrufen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie zur Sache.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Wenn jetzt einmal so ein lustiger Ruf aus unserer Ecke kommt, brechen Sie Ihren sachlichen Vortrag ab und unterhalten sich in diesem Haus nur noch darüber, dass Sie offenbar in Ihrer Eitelkeit gekränkt sind.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Herr Kubicki, einer hat gesagt,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

die Unruhe liege möglicherweise am Redner;

(Holger Astrup [SPD]: Das war der entscheidende Satz!)

das veranlasst Sie zu so einem Wortbeitrag.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Ich begrüße den Gesetzentwurf der F.D.P. ausdrücklich, Ihren Gesetzentwurf, Herr Kubicki, den in der Sache einzubringen Sie sich nicht in der Lage gesehen haben. Wir sind mit Ihnen im Grundsatz der Auffassung, dass ein Übermaß staatlicher Standardvorgaben **kommunale Kompetenz** diskreditiert. Wir sind mit Ihnen der Auffassung, dass es für eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung auch „landesfürstlicher“ Enthaltksamkeit bedarf, unserer Enthaltksamkeit bedarf, dass wir der kommunalen Selbstverwaltung die Möglichkeit überlassen, in eigener Verantwortung das zu entscheiden, was die Ak-

(Klaus-Peter Puls)

teure vor Ort in den Kreishäusern und in den Rathäusern entscheiden können.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wir haben in die Sach- und Fachkompetenz der kommunalen Akteure Vertrauen. Die können das selbst, meine Damen und Herren!

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Unruhe bei der CDU)

Die können vieles selbst, was wir ihnen von Landesseite vom grünen Tisch oder vom rot-grünen Tisch oder auch vom schwarz-gelben Tisch vorschreiben wollen, was wir regeln, manchmal überregulieren wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Insofern sind wir mit dem Grundsatzansatz Ihres Gesetzentwurfs einig, Herr Kubicki!

(Beifall der Abgeordneten Andreas Beran [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Was die Schrift, die Sie uns vorgelegt haben, im Einzelnen angeht, so ist sie allerdings - so meine ich - so gestaltet, dass noch erheblicher Beratungsbedarf besteht. Sie haben ja Überweisung an den Sonderausschuss beantragt. Wir sind dafür, dass wir auch die Enquetekommission mit diesem Thema befassen. An diese beiden Sondergremien sollten wir also den Gesetzentwurf überweisen.

Nun einige Anmerkungen zum Inhalt Ihres Gesetzentwurfs! Das ist ja im Wesentlichen von Mecklenburg-Vorpommern beschrieben. Dort wird ja zur Zeit auch solch ein Standardöffnungsgesetz beraten. Zum Teil ist es falsch beschrieben worden. Aber das ist dann vielleicht auch ein Büroversehen. Gleich in Absatz 1 des § 1, Herr Kubicki, in dem Sie Personalstandards nur mit Vorgaben für die Qualität des einzusetzenden Personals definieren, muss es wohl auch heißen - das ist in Mecklenburg-Vorpommern auch so -, dass auch die Quantität des einzusetzenden Personals erfasst wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da sehen Sie, dass wir nicht beschrieben haben!)

Insofern haben Sie es nicht korrekt beschrieben, wollten es vielleicht auch nicht. Das können Sie ja dann in den Einzelberatungen begründen.

Die Aufzählung einzelner **Standards**, die für die Befreiung in Betracht kommen, mag möglicherweise auch noch nicht ganz auf Schleswig-Holstein zugeschnitten sein. Dasselbe trifft für die Aufzählung der **Landesge-**

setze zu, von deren Vorgaben Sie Befreiung für möglich halten. Hier sollten wir gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden **Kataloge** erarbeiten, zunächst vielleicht zweistufig eine systematische Standardbestandsaufnahme machen, eine Aufnahme all dessen, was von unseren schleswig-holsteinischen Landesvorschriften an Standards in Richtung Kommunen gesetzt wird, um dann zu beraten, wo wir Standardöffnung für möglich halten, wo wir Standardöffnung auch befürworten können, wo eine landeseinheitliche Vorgabe nicht unbedingt erforderlich ist. Das müsste ja wohl der Maßstab sein.

Es gibt sicherlich auch Standards, bei denen eine landeseinheitliche Vorgabe erforderlich ist, damit wir landeseinheitliche Regelungen auch in den einzelnen Kommunen erwarten können. Aber in längst nicht allen Fällen ist das so und in vielen Fällen können wir den Kommunen wirklich die Entscheidung überlassen.

Zu dem vorgeschlagenen **Antragsverfahren**, Herr Kubicki, möchte ich sagen, dass das unserer Auffassung nach auch ein wenig umständlich ist. Wenn Sie in § 2 Abs. 4 formulieren, „das Innenministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nähere Bestimmungen über das Genehmigungsverfahren zur Befreiung von Standards zu treffen“, dann heißt das schon wieder einmal für das Verfahren eine neue Rechtsverordnung, ein neues Verfahren. Der Regulierung soll sozusagen durch Neuregulierung versucht werden. Das ist vielleicht doch ein bisschen zu umständlich.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier sollte ein einfacheres Verfahren gefunden werden, das sich dann auch nicht nur auf Einzelanträge einzelner Kommunen bezieht, sondern es uns gegebenenfalls eröffnet, landesweit allen Kommunen dort, wo wir es für richtig halten, auch die eigene Entscheidung zu ermöglichen. Das müssten wir in den weiteren Beratungen erörtern.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluß.

Wir sollten also gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden in den zuständigen Gremien die Möglichkeiten einer Standardöffnung näher erörtern und vielleicht sogar - da bin ich Ihrer Auffassung, Herr Kubicki - eine interfraktionelle Lösung erarbeiten. Wir jedenfalls streben sie an.

(Klaus-Peter Puls)

Wir bitten um Überweisung an den Sonderausschuss und an die Enquetekommission.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Schlie das Wort.

Klaus Schlie [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen uneingeschränkt die Initiative der F.D.P. zu einem **Standardöffnungsgesetz**. Bereits beim letzten Griff in die Kassen der Kommunen durch Rot-Grün im Jahr 1998 hatte die CDU-Landtagsfraktion, Herr Kollege Puls, einen Antrag im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsbegleitgesetz 1999 vorgelegt, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, entsprechende Gesetzentwürfe zur notwendigen Deregulierung und Standardabsenkung vorzulegen. Sie erinnern sich vielleicht noch schwach daran, dass der damalige Eingriff damit begründet wurde, dass man aus Ihrer Sicht die Gegenfinanzierung durchführen wollte, indem man Standards absenkt. Damals ist das also schnöde abgelehnt worden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Umso erfreuter bin ich natürlich über die jetzige Situation. Das ist ja offensichtlich auch Ihre tragende Aufgabe, Herr Kollege Puls: Der Innenminister und das Kabinett reiten vor und sagen, 100.000 DM gehen weg, und Sie sind dann derjenige, der das kommunalfreundlich vor Ort alles wieder einzusammeln hat. In den Beratungen wird sich zeigen, wie mit dem vorgelegten Gesetzentwurf tatsächlich umgegangen werden wird. Hier sollen nämlich tatsächlich Gemeinden, Ämter, Städte, Kreise und auch Zweckverbände befreit werden. Ich denke, es ist nötig, dass Sie von diesen ständigen Vorgaben befreit werden, die ihnen vom Land immer und immer wieder gemacht werden. Wir halten das wirklich für einen wichtigen Beitrag weg von einer zentralistischen Staatsverwaltung hin zu einer **Stärkung** der Bürgerschaft in **Selbstverwaltung**.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Das hohe Maß gesetzlicher Mindeststandards mit zum Teil erheblichen Kosten für die Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie öffentlich-rechtliche Anstalten und Stiftungen auf Landesebene wird von der CDU-Landtagsfraktion und von den Verantwortlichen im kommunalen Bereich schon seit mehreren Jahren kritisiert.

In unserem Positionspapier „Weniger Staat in Schleswig-Holstein“ - immerhin aus dem Jahr 1996 - sind viele der jetzt auch im F.D.P.-Gesetzentwurf angesprochenen notwendigen Standardöffnungen bereits gefordert worden. Beispielhaft nenne ich hier Erleichterungen im Bereich des Brandschutzes, des Denkmalschutzes, der Gleichstellung und von Planungsvorgaben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Der Plausch in der Loge könnte vielleicht einmal eingestellt werden!

Klaus Schlie [CDU]:

Es scheint uns deshalb auch notwendig zu sein, dass wir in die weiteren Ausschussberatungen auch den CDU-Antrag Drucksache 14/1789 einbeziehen, der ja in Teilbereichen noch weitergehende Deregulierung und Standardabsenkung vorsieht.

Anträge auf Standardöffnungen müssen nach dem Gesetzentwurf der F.D.P. an den Innenminister gestellt werden, der mit der jeweils fachlich zuständigen obersten Landesbehörde die Genehmigung zu erteilen hat, wenn - ich zitiere! - „eine den Zwecken der Vorschrift ausreichende Erfüllung der Aufgaben durch den Aufgabenträger sichergestellt ist“. Ich halte dies für eine wirksame Klausel, um einer theoretisch denkbaren Willkür der Aufgabenträger in diesem Bereich entgegenzuwirken. Ich sage das extra, um den Kritikern dieser Vorschrift - ich habe das ja auch schon zu den vorweg genommenen Diskussionen in den Zeitungen zu dieser Plenardebatte gelesen - gleich zu sagen, dass wir tatsächlich denen vor Ort ein Stückchen mehr Vertrauen entgegenbringen sollten.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Joachim Behm [F.D.P.]

Interessant ist, dass der F.D.P.-Gesetzentwurf vorsieht, dass bei einer Ablehnung - außer bei den unter § 2 Abs. 2 genannten Gründen - das Land dem Antragsteller die aus der Beibehaltung des Standards entstehenden Mehrkosten zu erstatten hat. Ich halte dies für einen sehr konsequenten Gedankengang, den wir auch tatsächlich umsetzen sollten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist bereits angedeutet worden, dass sich der F.D.P.-Gesetzentwurf an einen aus einer CDU-Initiative in Mecklenburg-Vorpommern entstandenen Gesetzentwurf anlehnt. Ich halte das übrigens überhaupt nicht für kritikwürdig, Herr Kollege Puls! Das

(Klaus Schlie)

ist doch logisch, dass man sich in allen Bundesländern Gedanken darüber macht, wie man davon weg kommt, den Kommunen diese Standardvorgaben immer als Landesgesetzgeber vorzuschreiben.

Die jetzige Initiative der F.D.P. ist auch ein Maßstab dafür, ob im Rahmen der Beratungen in der Enquete-Kommission „Kommunales“ und in dem Sonderausschuss der Landtag - und hier vor allem die Mehrheitsfraktionen - bereit ist, die Beziehungen zwischen dem **Land** und den **Kommunen** tatsächlich nachhaltig neu zu ordnen und nicht nur Kommunalmittel für den maroden Landeshaushalt umbuchen zu wollen.

Dazu gehört dann selbstverständlich auch, dass das Land - das Parlament ebenso wie die Regierung - nicht ständig neue Standards und Regulierungen vorgibt, die die Kommunen dann bezahlen müssen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Damit aber kein Missverständnis auftritt, will ich an dieser Stelle sehr deutlich Folgendes sagen. Wir sind nicht für das Standardöffnungsgesetz, damit Rot-Grün dann anschließend den vom Innenminister und offensichtlich auch vom Kabinett vorgesehenen Griff in die kommunalen Kassen von 400 Millionen DM rechtfertigen kann.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir halten dieses Standardöffnungsgesetz für einen wichtigen und notwendigen Bestandteil zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Es hat seinen Zweck an sich und ist nicht im Zusammenhang mit der von Ihnen geplanten Eingriffsverwaltung in die Kassen der Kommunen, die Sie durchführen wollen, zu rechtfertigen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Wir halten es deswegen für kontraproduktiv, wenn in diesem Diskussionsprozess bereits jetzt wieder Tabubereiche aufgebaut werden. Wenn Herr Kollege Hentschel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass der Kindertagesstättenbereich ein absoluter Tabubereich sei, werden die Dinge nach meiner Meinung von vornherein belastet. Ich kann mir vorstellen, dass dann auch die Gleichstellungspolitik ein Tabubereich sein soll. Ich könnte Ihnen noch ein Dutzend anderer Tabubereiche aufzählen. So werden wir keine vernünftige Verantwortungs- und Aufgabenverlagerung vom Land auf die Kommunen durchführen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD] - Glocke des Präsidenten)

Vertrauen Sie doch etwas mehr dem Verantwortungsbewusstsein der Kommunalpolitiker. Landtagsabgeordnete sind nicht klüger als Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordnete.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Brauchen wir landesweit festgesetzte Standards oder brauchen wir sie nicht? Diese Diskussion führen wir immer wieder miteinander. Während die F.D.P.-Fraktion möglichst alle Standards aufheben will, sagen wir als Grüne sehr bewusst, gerade im ökologischen und sozialen Bereich gibt es Standards, die wir landesweit aufrechterhalten wollen.

Aber die F.D.P.-Fraktion übertrifft sich aus meiner Sicht mit ihrem Antrag heute selbst. Vom Schulgesetz bis zum Hochschulgesetz, von der Preisgestaltung für den öffentlichen Personennahverkehr bis zur Schadstoffbelastung bei Abwasserbeseitigungsanlagen sollen diese **landesweit festgelegten Standards** von jetzt an fallen.

Aber so ganz geheuer ist der F.D.P. ihr eigener Antrag wohl auch nicht. Denn sie möchte, dass das Innenministerium im Benehmen mit der jeweils fachlich zuständigen obersten Landesbehörde nach Eingang der erforderlichen Antragsunterlagen jede einzelne Befreiung prüft und genehmigt. Da wird dann entschieden, ob Kleinkummerfeld auch ohne Feuerlöscher auskommt, ob die Schulklassengröße in Bordesholm 35 Kinder betragen darf oder ob die Organisation des Rettungsdienstes in Nordfriesland eine Gefahr für Leib und Leben ist. Denn das ist ja sozusagen Ihr Maßstab.

Eine **Vereinheitlichung von Standards** führt auch dazu, dass es keine Einzelfallprüfung geben muss. Herr Schlie sprach von einer zentralistischen Staatsverwaltung.

(Klaus Schlie [CDU]: Ja, natürlich!)

Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass zu dieser zentralistischen Staatsverwaltung - wie Sie sie bezeichnet haben - die Grünen - wenn überhaupt - 1 % beigetragen haben. Das, was wir in den letzten vier Jahren mit unseren Stimmen an neuen Standards aufgelegt haben, müssen Sie mir benennen. Das meiste sind Gesetze, die sich über Jahrzehnte mit den Stimmen von CDU, F.D.P. und SPD ergeben haben. Stattdessen soll es jetzt wieder zu Einzelentscheidungen

(Monika Heinold)

kommen. So verstehe ich zumindest Ihren Antrag. Schade, Herr Kubicki, dass Sie dies nicht weiter ausgeführt haben. Wir hätten dann ein Stück mehr in der Sache reden können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können Sie nachlesen, Frau Heinold, wenn Sie lesen können!)

Natürlich kann und muss man sich immer wieder die Frage stellen - das haben wir oft genug betont -, welche Gesetze, Vorschriften und Richtlinien noch sinnvoll und zeitgemäß sind und welche **Aufgaben** die **Kommunen** in Eigenverantwortung selbst regeln können.

Mit dieser Fragestellung werden sich der Sonderausschuss und die Enquetekommission beschäftigen. In diese Richtung geht auch dieser Antrag, hoffe ich auf jeden Fall.

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion nennt 15 **Landesgesetze**, er benennt aber nur wenige Dinge konkret. Was soll das Land in Zukunft im Schulgesetz oder gar im Hochschulgesetz nicht mehr regeln? Da hätte ich gern ein Beispiel. Ist es die Qualifikation der Lehrerinnen und Lehrer oder der Professoren? Ist es die Klassengröße in den Schulen? Welcher Paragraph des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr soll fallen? Beispielhaft sprechen Sie beim ÖPNV die Vorgaben für die Preisgestaltung an. Aber das entsprechende Gesetz sieht diese Preisgestaltung gar nicht vor, sondern fordert nur einen regionalen Nahverkehrsplan, welcher in Kreisen und kreisfreien Städten Aussagen zur Tarifstruktur macht. Ich hätte von Ihnen dazu natürlich gern eine Differenzierung gehört. Ich gehe nicht davon aus, dass Sie die Nahverkehrspläne grundsätzlich abschaffen wollen. Sonst sagen Sie dies. Also: Bitte etwas Butter bei die Fische, damit ich mich mit den Vorschlägen auseinandersetzen kann.

Die F.D.P.-Fraktion nennt eindeutig das Kindertagesstättengesetz. Das wurde ja hier auch schon einmal benannt. Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Die Diskussion über die Standards im Kindertagesstättengesetz wird von Ihnen immer nur so betrieben, dass Sie sagen: Standards auflösen, weil das zu Einsparungen führt. Diese Diskussion mache ich nicht mit. Auch die Kindertagesstätten haben einen Bildungsauftrag. Gerade die F.D.P., die sich als neue Bildungspartei profilieren möchte, sollte dies zur Kenntnis nehmen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieser Bildungsauftrag ist nicht mehr gewährleistet, wenn wir größere Gruppengrößen zulassen als die, die wir jetzt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Natürlich kann man darüber reden, ob es Vorgaben für die räumliche Ausstattung von Standesämtern geben muss. Dass es diese Vorgaben für die Standesämter überhaupt gibt, fällt wahrscheinlich nur „Mehrfachtätern“ wie Außenminister Fischer oder Bundeskanzler Schröder auf. Sie wundern sich spätestens beim vierten Mal, dass sie sich im Standesamt immer gleich wie zu Hause fühlen.

(Heiterkeit der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Aber schon beim Brandschutz habe ich Bedenken. Und beim Hochschulgesetz weiß ich gar nicht, was Sie meinen. Mehr als nur Bedenken hat meine Fraktion bei der Forderung, Höchstwerte für Schadstoffbelastungen freizugeben. Woran soll sich der Innenminister bei der jeweiligen Einzelfallprüfung der Schadstoffe orientieren? Doch wohl auch an der wissenschaftlichen Einstufung hinsichtlich der Gefahr für Leib und Leben -, ein Maßstab, der auch jetzt die Höchstwerte festlegt. Sie wollen wieder zur Einzelfallprüfung kommen. Wir sollten darüber diskutieren, ob das tatsächlich eine Vereinfachung ist und für die Menschen mehr Sicherheit darstellt. Schon aus diesem Grund kann ich - da unterscheide ich mich von Herrn Puls - diesen Gesetzesentwurf nicht freiweg begrüßen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Ich sage sehr deutlich, wir werden uns mit Ihrer Argumentation und mit Ihren konkreten Vorschlägen beschäftigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie werden selbst welche machen müssen!)

Dass wir bereit sind, auch im Bereich von Standards Veränderungen herbeizuführen oder Dinge an die Kommunen zurückzugeben, haben wir nun gerade beim Kindertagesstättengesetz bewiesen. Es ist Ihnen vielleicht nicht aufgefallen, aber bei der Änderung im letzten Jahr haben wir die baulichen Standards herausgenommen. Aussagen über das dadurch entstan-

(Monika Heinold)

dene Einsparpotential werden uns die Kommunen mit Sicherheit relativ bald mitteilen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf muss natürlich vor dem Hintergrund eines drohenden Eingriffs des Landes in die Finanzen der kommunalen Gebietskörperschaften gesehen werden. In den Redebeiträgen sind bereits alle darauf eingegangen. Dabei hat die F.D.P. die Möglichkeit genutzt, einen entsprechenden Gesetzentwurf der SPD/PDS-Regierung in Mecklenburg-Vorpommern fast wortgleich in Schleswig-Holstein einzubringen.

(Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Der Gedanke ist sicherlich: Wenn Rot-Rot ein solches Gesetz beschließen kann, kann Rot-Grün doch nicht Nein sagen. Die öffentliche Diskussion läuft ja schon etwas länger in dieselbe Richtung. Den **Kommunen** soll als Gegenleistung für **Eingriffe in die kommunalen Finanzen** sozusagen ein **geldwerter Vorteil** verschafft werden, indem man ihnen in einigen Bereichen die Möglichkeit gibt, vom Land vorgegebene Standards künftig selbst zu bestimmen.

(Klaus Schlie [CDU]: Wer will das?)

Schon mit dieser Diskussion hat der SSW große Probleme gehabt - Kollege Schlie, Sie wissen das -, da wir die Auffassung vertreten, dass die so genannte Schicksalsgemeinschaft zwischen Land und Kommunen nicht durch einseitige Eingriffe des Landes in die kommunalen Finanzen infrage gestellt werden darf.

Allerdings hat die F.D.P. mit diesem Gesetzentwurf nun wirklich den Vogel abgeschossen. Darum sage ich ganz deutlich: Der SSW hat große Bedenken gegen ein solches allgemeines Standardöffnungsgesetz, wobei ich ehrlicherweise einräumen muss, dass diese Initiative ganz schön vigeliensch gemacht ist. Denn als Nebeneffekt bietet sie sozusagen auch eine schöne Steilvorlage zu dem „kleinen“ Oppositionsführer, der mit diesem Gesetzentwurf, den er vor sich hertragen kann, zu Recht behaupten kann, die F.D.P. sei nicht nur die Modernisiererin mit supergroßem M, sondern auch die Freundin der Kommunen. - Gut gemacht!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In Dänemark ist das doch Standard, oder nicht?)

- Ich komme noch darauf zu sprechen. Ich habe aber nicht so viel Redezeit.

Wir befürchten, dass ein solches Gesetz zu einem **pauschalen Absenken der Standard** in den Kommunen führen würde. Dabei geht es nicht darum - das möchte ich noch einmal deutlich machen -, dass wir kein Vertrauen in das Verantwortungsbewusstsein der kommunalen Selbstverwaltung haben.

(Martin Kayenburg [CDU] und Klaus Schlie [CDU]: Aber natürlich! - Martin Kayenburg [CDU]: Wie ist das denn in Dänemark?)

- Darauf komme ich noch zurück. Ich muss Ihnen in diesem Zusammenhang Nachhilfeunterricht erteilen, habe aber nicht so viel Redezeit zur Verfügung. -

(Klaus Schlie [CDU]: Trotzdem besteht ein Befremden darüber!)

Es ist ein großes Problem, wenn man eine Öffnung von Standards in den kommunalen Gebietskörperschaften vor dem Hintergrund massive **finanzieller Einschnitte** diskutiert.

(Klaus Schlie [CDU]: Wir wollen keine machen!)

Der SSW vertritt daher die Auffassung, dass das Kriterium der Qualität in der Debatte um die Standardabsenkung wirklich entscheidend mit berücksichtigt werden muss. Dass es bei dem Standardöffnungsgesetz nicht um Qualität geht, sondern einfach nur darum, Geld zu sparen, zeigen die Bestimmungen des § 2 Abs. 2 und 3 des Gesetzentwurfes. Zum einen wird in Absatz 2 vorgeschrieben, dass Anträge auf Befreiung von Standards nur „bei Gefahr für Leib und Leben“ abzulehnen seien. Da fragt man sich natürlich, wie das genau definiert ist.

(Beifall von Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hinzu kommt die Bestimmung in § 2 Abs. 3, der zufolge das Land bei Ablehnung aus anderen als in Absatz 2 genannten Gründen die aus der Beibehaltung des Standards entstehenden Mehrkosten an die Kommunen zu erstatten hat.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Wer dann noch öffentlich sagt, es sei nicht sicher, dass die Kommunen die Standards senken würden, wenn man ihnen die Möglichkeit dazu gäbe, dem

(Anke Spoorendonk)

kann man meiner Meinung nach nur schwer Glauben schenken.

(Beifall beim SSW - Klaus Schlie [CDU]:
Also doch misstrauisch!)

Es mag natürlich Bereiche geben, in denen eine Standardöffnung sinnvoll ist. Deswegen ist der SSW auch bereit, diesen Gesetzentwurf im Ausschuss konstruktiv mit zu diskutieren. Aber so, wie der Entwurf heute aussieht, werden wir ihn auf keinen Fall unterstützen.

(Klaus Schlie [CDU]: Was ist nun mit Dänemark?)

Aus unserer Sicht gibt es einfach **Kernbereiche** wie die Betreuung von Kindern oder die Bereiche der Sozialschwachen und der Älteren, bei denen man keine Abstriche in der Qualität zulassen darf.

(Beifall beim SSW)

Dies gilt insbesondere auch für die Kindertagesstätten. Hier müssen die geltenden Mindeststandards unbedingt erhalten bleiben. Denn meines Wissens lässt bereits die geltende Verordnung eine Gruppengröße zwischen 18 und 28 Kindern zu.

(Klaus Schlie [CDU]: Was?)

Man muss sich die Verordnung einmal genau ansehen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich komme zum Schluss. - Das heißt: Wann immer der Kindertagesstättenbereich genannt wird, ist dies eine Symboldiskussion.

Letzte Bemerkung, Herr Präsident! Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass die in dem Gesetzentwurf genannten Gesetze allesamt vom Landtag beschlossen worden sind. Wir als Gesetzgeber können unsere eigenen Gesetze jederzeit wieder ändern. Allerdings haben wir uns bei diesen Gesetzen etwas gedacht. Zumindest nehme ich das für den SSW in Anspruch.

Lieber Kollege Schlie, zu Dänemark komme ich gleich noch einmal in einem anderen Beitrag.

(Beifall beim SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Zur Sache wollen wir etwas hören!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Abgeordneten Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich möchte, da eine andere Meinung in den Saal hineingerufen wurde, für die F.D.P.-Fraktion betonen, dass es uns in erster Linie darauf ankommt, dass wir die **Entscheidungen** auf die **kommunale Ebene** verlagern,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

weil wir der Meinung sind, dass im Zweifel über diese Standards im Einzelnen wirklich vor Ort besser und verantwortungsvoller entschieden werden kann, und dass nicht alles über einen Kamm geschoren werden darf.

Wir müssen weiterhin berücksichtigen, dass die kommunalen Landesverbände damit rechnen, durch die Steuerreform 300 Millionen DM bis 400 Millionen DM weniger für ihre kommunalen Haushalte zur Verfügung zu haben. Dieser Summe muss man insofern Rechnung tragen, als Möglichkeiten geschaffen werden, den Haushalt letztlich noch auszugleichen.

Vorhin ist von Herrn Schlie bereits gesagt worden, dass dies von uns nicht gedacht ist, um einen Ausgleich für die 100 Millionen DM zu schaffen, die die rot-grüne Koalition den Kommunen praktisch entziehen will.

Herr Puls, Sie haben gesagt, dass Sie den F.D.P.-Antrag grundsätzlich unterstützen, natürlich von einzelnen Punkten abgesehen. Darüber werden wir uns im Ausschuss sicherlich unterhalten. Nur, eine Frage muss in diesem Zusammenhang gestattet sein. Wer hat denn diese **Standards** in den letzten zwölf Jahren beschlossen? Wenn Sie in den letzten zwölf Jahren hier in diesem Hause in einigen Bereichen nicht so erbarmungslos zugeschlagen hätten, brauchten wir diese Diskussion jetzt nicht zu führen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD)

Aber, Herr Puls, wir nehmen ausdrücklich Ihr Angebot an, wenn Sie sagen, Sie seien bereit, über diese Standards zu diskutieren.

Ich habe aus der Distanz natürlich sehr wohl verfolgt, wie beispielsweise in der letzten Legislaturperiode Frau Sozialministerin Moser versucht hat, den Gegenstand der Ausstattungsverordnung hinsichtlich der Kindergärten auf die Kommunen zu verlagern. Nur, wir mussten sehen, dass sie damals von der Regierungskoalition noch erbarmungslos zurückgepiffen wurde. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde seinerzeit einkassiert. Herr Puls, wenn Sie ein wenig früher zu den Erkenntnissen gekommen wären, die

(Günther Hildebrand)

Sie uns heute mitgeteilt haben, hätte Ihre Sozialministerin seinerzeit nicht im Regen gestanden. Das muss man auch sagen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Standards, wie sie jetzt festgelegt werden sollen. Wir sind nur dagegen, dass sie von diesem Hause aus den Kommunen im Lande vorgeschrieben werden. Das ist der Punkt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es gibt hier im Lande einfach zu viel unterschiedliche Situationen, als dass man mit **Generalrichtlinien** alles festlegen könnte. Wir wollen, dass die **Kommunen** vor Ort im **Einzelfall** prüfen, welcher Standard wirklich erforderlich ist. Ich bin der Meinung, durch die Standards, wie sie jetzt festgelegt werden, wird sehr viel verhindert, weil die Kommunen bestimmte Dinge von vornherein so nicht finanzieren wollen.

Wenn wir uns in den beiden Ausschüssen, im Sonderausschuss und auch in der Enquetekommission, nunmehr mit diesem Thema befassen, kann ich nur hoffen, dass wir wirklich ernsthaft und ohne Tabus darüber sprechen. Aber nach dem, was ich heute in dieser Debatte teilweise gehört habe, sind wahrscheinlich schon wieder sehr viele Dinge ausgeschlossen, so dass ich befürchte, dass es vielleicht ausgeht wie das Hornberger Schießen. Genau diese Erfahrung haben wir bisher mit dem Sonderausschuss gemacht. Zumindest die Ausschusssitzung, die ich vorgestern miterleben durfte, war nicht unbedingt ein Hinweis darauf, dass wir wirklich allesamt bemüht sind, zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen. Vielleicht ändert sich das in der Zukunft ja noch.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Buß das Wort.

Klaus Buß, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung dankt für die Anregung, sich erneut mit der Frage zu befassen, in welcher Form Befreiungen von der Einhaltung von Standards vor allem im kommunalen Bereich geregelt werden können.

Die Inhalte des Gesetzentwurfes sind im Wesentlichen bereits in der letzten Legislaturperiode diskutiert worden. Ergebnis der Erörterung war, dass der von einigen Bundesländern beschrittene und hier vorgeschlagene Weg eines **Standardöffnungsgesetzes** jedenfalls für Schleswig-Holstein nicht die vorzugswürdigste Lösung ist.

Herr Hildebrand, Sie sagen aus meiner Sicht zu Recht: Die kommunale Ebene soll mehr entscheiden dürfen. Mir erschließt sich allerdings nicht, warum das Land dann im Einzelfall wieder entsprechende Anträge entscheiden soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ein Ablenkungsmanöver, Herr Buß! Unsinn!)

Seit Herbst 1998 war die Projektorganisation Funktionalreform im Auftrag der Landesregierung auch mit der Überprüfung von Regulierungen und Standards befasst.

(Klaus Schlie [CDU]: Und was hat das gebracht? - Gegenruf von Martin Kayenburg [CDU]: Nichts!)

Zunächst war erwogen worden, sich an dem nordrhein-westfälischen Kommunalisierungs-Modernisierungsgesetz zu orientieren. Dieses Gesetz greift, ähnlich wie der vorliegende Entwurf, eine Reihe von Landesvorschriften auf, von denen auf Antrag für einzelne Gemeinden eine Befreiung ausgesprochen werden kann.

Im Laufe der Diskussion setzte sich jedoch die Auffassung durch, an ein solches Kommunalisierungsgesetz könne nur nachrangig gedacht werden. In erster Linie müsse es darum gehen, **Regulierungsstandards** landesweit zugunsten **kommunaler Gestaltungsfreiheit** aufzuheben oder zu ändern. Dabei ist der Effekt selbstverständlich um ein Vielfaches höher als bei Freigabe nur für einzelne Gemeinden.

Auch die Vermutung, dass die an der Aufrechterhaltung von Regelungen Interessierten einem der Deregulierungsvorschlag für einige Gemeinden eher zustimmen könnten als einer landesweiten Regelung, ist aus meiner Sicht eher trügerisch. Mit der grundsätzlichen Novellierung des kommunalen Verfassungsrechts sind in die Gemeindeordnung, die Kreisordnung und die Amtsordnung die im Gesetzentwurf zitierten so genannten Experimentierklauseln zur Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung bereits eingeführt worden. Dabei geht es in der Praxis weniger um die Erprobung neuer Steuerungsmodelle oder die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Betätigung und der privatrechtlichen Beteiligungen der Gemeinde; es wird vielmehr die Möglichkeit eröffnet, spezifische kommunalrechtliche Lösungen für Sachverhalte zu finden, die bei Anwendung des geltenden Rechts nicht oder nur mit großem rechtlichen Risiko umsetzbar wären.

(Martin Kayenburg [CDU]: Können Sie auch einmal konkret werden?)

(Minister Klaus Buß)

Diese **kommunalen Experimentierklauseln** sind durch eine weitere Klausel im Landesverwaltungs-gesetz ergänzt worden, meine Damen und Herren, die probeweise Aufgabenverlagerungen innerhalb des kommunalen Bereichs ermöglicht. Schon diese in Schleswig-Holstein eingeführten Experimentierklauseln sind im Gesetzgebungsverfahren einiger Kritik aus dem parlamentarischen Raum ausgesetzt gewesen. Ich erinnere lediglich daran, um künftige Diskussions-erlebnisse vielleicht etwas vorbereiten zu helfen.

(Klaus Schlie [CDU]: Sie meinen, koalitionsintern?)

Solche Klauseln mit der Möglichkeit des Abweichens von gesetzlichen Vorschriften sind letztlich auch eine Entmachtung des Gesetzgebers. Unter verfassungsrechtlichen, zumindest aber unter verfassungspolitischen Aspekten könnten bei **weiteren Ausnahmeregelungen** Bedenken aufkommen. Entscheidend ist, dass Öffnungs- und Freistellungsklauseln hinreichend bestimmt sind. Sie müssen aus Gründen der Rechtssicherheit deutlich erkennen lassen, unter welchen Voraussetzungen die öffentliche Verwaltung zu welcher Entscheidung befugt ist. Inhalt, Zweck und Ausmaß einer Freistellung von gesetzlichen Vorgaben müssen sich also aus der jeweiligen Öffnungs- und Freistellungsklausel selbst ergeben.

Gerade vor diesem Hintergrund sollte eine Lösung diskutiert werden, bei der zum Beispiel über den Weg eines Artikelgesetzes Regulierungen und Standards für einen genau bestimmten Zeitraum ausgesetzt werden. Vor Ablauf dieses Zeitraums müssten die Ergebnisse evaluiert werden und müsste entschieden werden, ob die Aussetzungen bestehen bleiben oder auslaufen. Wie auch immer im Einzelnen ausgestaltet, sollten wir alle gemeinsam den Mut zu solchen landesweiten Erprobungen aufbringen. Nach meinen eigenen Erfahrungen als Bürgermeister kann ich eines sagen, meine Damen und Herren: Die Kommunen zeigen in aller Regel großes Verantwortungsbewusstsein bei der Erfüllung ihrer Aufgaben,

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann geben Sie ihnen doch die Chance dazu! Dann binden Sie sie doch nicht so!)

deutlich mehr, als Ihnen von manchen Skeptikern - auch aus Ihren Reihen - zugestanden wird.

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Klaus Schlie [CDU]: Meinen Sie jetzt die Grünen oder Ihre eigenen Leute in der SPD? - Sie eiern doch nur herum! Das ist doch unangenehm!)

- Ach, Herr Schlie! Unangenehm sind nur Ihre Zwischenrufe!

(Martin Kayenburg [CDU]: Das glaube ich! - Klaus Schlie [CDU]: Das war billig!)

Und Ihr Gelächter! - Ich habe doch Ihren Diskussionsbeiträgen ebenfalls mit dem gebotenen Ernst zugehört. Dann erbitte ich, dass Sie das auch bei mir tun. Das kann ich wohl verlangen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt keinen Zweifel, dass im Bereich der **Deregulierung** noch viel zu tun ist. In einigen Bereichen konnte bisher keine Einigung über die Aufhebung erreicht werden. Es sind aber doch auch schon beachtliche Erfolge erzielt worden. So wird sich zum Beispiel durch die Änderung der Landesbauordnung, die am 1. März dieses Jahres in Kraft getreten ist, der Verwaltungsaufwand im bauaufsichtlichen Verfahren bei den unteren Bauaufsichtsbehörden um schätzungsweise 20 bis 40 % reduzieren.

Einspareffekte von einigem Gewicht bei den Kommunen wird es auch durch die kürzlich in Kraft getretene Änderung des Landeswassergesetzes geben.

An einem Konzept zur Verringerung der Zahl der Leitstellen im Rahmen des Rettungsdienstgesetzes wird gearbeitet.

Eine Novellierung des Straßen- und Wegegesetzes unter Einbeziehung von Vorschlägen der kommunalen Landesverbände ist beabsichtigt.

Insgesamt sind bereits 41 Vorschläge positiv votiert worden, die teilweise schon umgesetzt worden sind. Ein anderer Teil wird jetzt in der neuen Legislaturperiode zügig verwirklicht. Damit sind schon etliche der in § 1 Abs. 4 des Gesetzentwurfs aufgezählten Landesgesetze in Angriff genommen worden, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann können wir den Entwurf ja wieder zurückziehen!)

Zum Vermessungs- und Katastergesetz erlauben Sie mir nur den Hinweis, dass die kommunale Ebene in Schleswig-Holstein von Standards in diesem Gesetz nicht betroffen ist.

Unabhängig von der vorliegenden Gesetzesinitiative beabsichtigt die Landesregierung, weitere Anstrengungen im Bereich der Überprüfung von Regulierungen und Standards zu unternehmen. Gemeinsam mit den Kommunen sollen neue Verfahrensregeln entwickelt werden, um schneller als bisher zu Entscheidungen zu kommen, die in landesweite Regelungen

(Minister Klaus Buß)

münden. Das scheint mir jedenfalls ein geeigneter Weg zu sein, um die Deregulierung voranzubringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Wieder nur halbherzig!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung der Frau Abgeordneten Heinold das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte mich nicht noch einmal gemeldet, wenn nicht Herr Hildebrand nach vorn gegangen wäre und etwas gesagt hätte. Ich hatte gehofft, dass er ein Stückchen weiter auf den Vorschlag der F.D.P. eingehen würde.

Nennen Sie mir doch einmal Beispiele des Hochschulgesetzes, des Schulgesetzes, des Vermessungs- und Katastergesetzes oder auch des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr, bei denen Sie sich eine Deregulierung vorstellen können. Beispiele, nur Beispiele, damit ich einfach weiß, worüber wir reden! Begründen Sie mir - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich kann mir vorstellen, in der Stadt Kiel - -!)

- Ich wollte Ihre Meinung gar nicht hören, Kubicki, sondern die Ihres Kollegen Hildebrand.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Begründen Sie mir, Herr Hildebrand - Sie scheinen sich ja mit Ihrem Gesetzesvorschlag beschäftigt zu haben; davon gehe ich aus -, wenn es denn so gut ist, die Dinge zu kommunalisieren oder zu deregulieren, warum das Ganze dann im Jahr 2004 auslaufen soll, und begründen Sie mir, warum - wenn denn die Kommunen im Rahmen bestehender Gesetze Eigenverantwortung haben - der Innenminister dann die Einzelprüfung in Abstimmung mit seinen Behörden vornehmen muss und wie Sie sich das arbeitsmäßig vorstellen.

(Holger Astrup [SPD]: So „ein bisschen schwanger“! - Klaus Schlie [CDU]: Wenn Sie nicht so hochnäsig sind, ist das viel netter!
- Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat zu einem weiteren Kurzbeitrag Herr Abgeordneter Ritzek.

Manfred Ritzek [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich auf die Ausführungen von Frau Spoorendonk direkt eingehen, weil sie sagte, der SSW befasse sich mit dem Gesetzentwurf der F.D.P., aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Kosteneinsparung - das sei ihr zu wenig -, sondern sie werde den Inhalt der Qualität stärker herausfordern. Ich frage Sie: Was verstehen Sie in diesem Zusammenhang unter „Qualität“? Qualität setzt ja eine bestimmte Definition voraus und den Ansprüchen an Qualität unterliegen auch die Kommunen und das Land.

Deshalb meine Frage: Was verstehen Sie unter Qualität? - Qualität beinhaltet als Prozess auch kostenbewusstes Arbeiten, hohen Leistungsstandard, hohe Qualifikation, Verfügbarkeit anderer Ressourcen, beinhaltet also auch das, was Sie eigentlich als zu eng bei der Betrachtung dieses Antrages sehen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat zu einem weiteren Kurzbeitrag Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kneife nicht. Ich werde mich im Ausschuss zu dem Begriff „Qualität“ ausführlich und ausdrücklich äußern. Ich hatte noch einmal um das Wort gebeten, weil ich auch den Kollegen Schlie gern zufrieden stellen möchte.

(Zurufe: Oh, oh! - Klaus Schlie [CDU]: Sehr schön! Das freut mich besonders!)

- So bin ich!

(Holger Astrup [SPD]: Er ist ja mit allem zufrieden!)

Eine Bemerkung vorweg: Der SSW steht zu einer **kommunalen Selbstverwaltung nach dänischem Vorbild**. Das heißt, lieber Kollege Schlie:

(Klaus Schlie [CDU]: Ich höre zu!)

Wir stehen dazu, dass wir so oder so eine Gebietsreform haben müssen.

(Klaus Schlie [CDU]: Eine Gebietsreform? Dann mal los!)

Wir stehen dazu, dass die Kommunen dann - ich hätte fast gesagt, nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“ - auch Steuerhoheit haben müssen, damit für

(Anke Spoorendonk)

die Bürger vor Ort Transparenz hergestellt werden kann.

Wir stehen dazu, dass die kommunale Eigenständigkeit nur dadurch gestärkt werden kann, dass das kommunale Ehrenamt ebenfalls gestärkt wird.

Wir stehen dazu, dass nach liberaler Rechtsauffassung nur das verboten sein sollte, was ausdrücklich verboten ist. Alles andere muss erlaubt sein. Wir stehen aber auch dazu, dass zum Beispiel **Standards von Gruppengrößen** nicht über ein Standardöffnungsgesetz geändert werden, sondern - wie in Dänemark - in Verhandlungen zwischen denjenigen, die diese Berufe ausüben. Das ist nämlich Teil der Tarifverhandlungen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darum gibt es - gerade was Gruppengrößen im Sozialbereich betrifft - keine unterschiedlichen Standards. Die kommunalen Spitzenverbände einigen sich mit den Gewerkschaften auf Gruppengrößen. Auch dazu stehen wir.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin
Kayenburg [CDU])

Der Punkt ist der, dass die Betroffenen selbst direkt am Verhandlungstisch mit sitzen und man sagt: Ohne Geld läuft nichts. Dazu stehen wir. Natürlich stehen wir auch dazu, dass keine Doppelverwaltung geleistet wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Eine fruchtbare Unruhe kann ich nicht feststellen, also sollten wir sie unterlassen.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Transparenz ist wichtig. Wichtig ist auch, dass es **keine Doppelverwaltung**, keine Doppelgenehmigungen und all das, was wir aus unsäglichen Diskussionen - zum Beispiel über Knicks und sonstige Sachen - kennen, gibt. Das machen wir auch nicht mit.

Eine letzte Bemerkung ist mir noch wichtig, weil dieser Punkt in meinem Redebeitrag zu kurz gekommen ist. Ich möchte an das Parlament appellieren, zu seinen eigenen Gesetzen zu stehen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir müssen Mann und Frau genug sein, zu unseren eigenen Gesetzen zu stehen. Wir haben uns doch hoffentlich etwas dabei gedacht.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Bei
Rot-Grün habe ich den Eindruck nicht!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kubicki hat zu einem weiteren Kurzbeitrag das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Reihe von Wortbeiträgen gibt Anlass zum Nachdenken. Anke Spoorendonk, ich gehe davon aus, dass sich der Gesetzgeber jeweils etwas dabei denkt, wenn er Gesetze erläßt. Häufig reformiert er jedoch etwas und auch dabei denkt er sich etwas. Insofern ist die sture Erklärung, wir wollen an dem festhalten, was wir gemacht haben, ein bißchen komisch. Wenn sich die Bedingungen geändert haben, müssen wir eventuell gesetzgeberische Maßnahmen ergreifen, um anzupassen.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Dazu stehe ich
auch!)

Ich habe den Innenminister gehört und denke mit meiner Fraktion bis morgen darüber nach, ob wir den Antrag über den Gesetzentwurf nicht einfach zurückziehen. Das ist alles auf einem guten Weg und in Ordnung. Allerdings bin ich etwas irritiert über die Vorstellung des Kollegen Puls und über die öffentlichen Erklärungen des Fraktionsvorsitzenden der SPD, dass erwartet wird, dass man sich darüber unterhält, mit welchem Maßnahmenkatalog man den kommunalen Freiraum möglichst zügig verbessern kann und mit welchem Maßnahmenkatalog man dazu kommen kann, dass auf allen Ebenen Einsparungen erzielt werden können. So habe ich das jedenfalls verstanden. Möglicherweise stimmt die Kommunikation zwischen Minister und den Fraktionen nicht, wie das auch in der Vergangenheit schon der Fall war. Das würde ich dann da verbessern. Das der Opposition vorzuwerfen, macht mich stutzig.

Frau Kollegin Heinold, Sie waren 1993 noch nicht im Parlament. Da hat die F.D.P. im Rahmen eines **Haushaltsstrukturgesetzes** für fünf Jahre die Dispensierung von bestimmten Gesetzen verlangt. Dahinter stand die Überlegung: Sparst du zurzeit, hast du es in der Not. Denn bereits damals war aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung - der wir Glauben geschenkt haben - absehbar, dass das Land Schleswig-Holstein um die Jahreswende 1999/2000 - und

(Wolfgang Kubicki)

zwar ohne Steuerreform - in einige Probleme kommen würde. Das ist aus guten Gründen abgelehnt worden und so in Ordnung.

1996 haben wir das wiederholt. Da waren Sie im Parlament. Der Antrag für die Dispensierung von Gesetzen für den Zeitraum von fünf Jahren ist mit Ihren Stimmen abgelehnt worden. Jetzt versuchen wir - wiederum für den Zeitraum von fünf Jahren -, etwas zu regeln. Wir tun das übrigens auch, weil wir nach wie vor glauben wollen, was die Ministerpräsidentin und der Finanzminister öffentlich erklären, nämlich dass die Finanzmisere, vor der wir stehen, im Jahre 2005 beendet sein wird. Das hatte die Ministerpräsidentin in der Regierungserklärung - und auch danach - gesagt.

Wenn Sie jetzt sagen, das stimme nicht, dann müssen wir möglicherweise die Phasen, in denen der Gesetzgeber neu nachdenken muss, ob er sich so verhalten sollte, wie er sich nach meiner Auffassung verhalten sollte, aufrechterhalten - oder nicht. Das ist die schlichte Erklärung dafür, warum das Ende für 2004 vorgesehen ist.

Abgesehen davon wird im Jahre 2005 ein neuer Landtag gewählt und der sollte im Zweifel selbst darüber entscheiden, welche Maßnahmen er ergreifen will, um auch nach den zwischenzeitlichen Erfahrungen die **Strukturverbesserung** tatsächlich dauerhaft zu sichern.

Vielleicht lassen Sie sich von Ihrer Justizministerin und von Ihrem Innenminister ein bisschen die Gesetzestechnik erklären. Auch die Öffnungsklausel in der Gemeindeordnung steht unter Genehmigungsvorbehalt. Sie können gar nicht anders vorgehen, als wir es vorgeschlagen haben, auch wenn Sie Verordnungen verändern wollen. Es gibt in unserem Verfassungssystem keine andere Möglichkeit, es sei denn, der Gesetzgeber ändert selbst alle Gesetze und nimmt die Verordnungsermächtigungen, die in den Gesetzen stehen, zurück. Das zu Ihrer Frage, warum wir diesen Weg wählen.

Herr Puls, es führt auch nicht zu mehr Demokratisierung, im Gegenteil, wir brauchen durch eine Verordnung ein Verfahren, das es allen Kommunen und allen öffentlichen Körperschaften ermöglicht, in gleicher Weise die Anträge zu stellen und bescheiden zu lassen. Ein rechtsförmiges Verfahren, das im Zweifel auch rechtlich überprüft werden kann, ist der Grund unseres Vorschlags. Ich bin gern bereit, das den einzelnen Leuten im Ausschuss intensiver zu erklären.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

- Kollege Hay, das mache ich gern, dazu bin ich auch ausgebildet, im Gegensatz zu manch anderen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss federführend zuzuweisen. Müssen wir über Mitberatung abstimmen oder können wir uns darauf verständigen, dass sich die Ausschüsse wegen der vielfachen Betroffenheit im Rahmen des Selbstbefassungsrechts damit befassen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Finanzausschuss, Herr Präsident!)

- Auf jeden Fall an den Finanzausschuss, alle anderen Ausschüsse im Rahmen der Selbstbefassung.

Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich werde als nächstes über die Dringlichkeit eines vorgelegten Antrags befinden lassen und nach dem nächsten Tagesordnungspunkt - noch vor der Mittagspause - den Tagesordnungspunkt 6, Wahl der Mitglieder des Landtages für den Richterwahlausschuss, aufrufen.

Aussetzung der Ökosteuer

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/155

Herr Abgeordneter Stritzl hat das Wort zur Begründung.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Drucksache 15/155 legt die CDU-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag zur Aussetzung der Ökosteuer vor. Im Gegensatz zu ministeriellen Vermutungen hat das nichts mit Populismus zu tun, sondern vielmehr damit, dass wir die Sorgen der Menschen im Lande ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Herr Kollege Astrup, wir stehen in dieser Frage an der Seite des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, der wörtlich gesagt hat, er nehme „die berechtigten Sorgen der Menschen ernst, die mit ihrem Auto fahren müssen, um vom Wohnort zum Arbeitsplatz zu kommen“. Ich hoffe, dass auch Sie sich dieser Überlegung anschließen können.

Die saarländische Landesregierung hat angekündigt, dass sie in der nächsten Bundesratssitzung, die noch

(Thomas Stritzl)

vor der nächsten Landtagstagung stattfinden wird, eine entsprechende Initiative im Bundesrat ergreifen wird. Wir möchten mit unserem Dringlichkeitsantrag die Landesregierung auffordern, die Chance zu nutzen, vom - wie es auch öffentlich beschrieben wird - Etikettenschwindel Abstand zu nehmen, die nächsten Stufen der **Ökosteuerreform** auszusetzen und so eine vernünftige Finanzierung - auch der Rentenversicherungsbeiträge und Renten im Rahmen der Rentenkonsensgespräche - herbeizuführen, also ein Aussetzen der nächsten Stufen der Ökosteuer und eine vernünftige Finanzierung der Renten zu erreichen. Das ist das Ziel, das wir hier verfolgen. Wir bitten Sie also im Sinne der Menschen vor Ort: Stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zur Dringlichkeit hat Herr Abgeordneter Astrup das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ersten Bemühungen dieser Landtagsfraktion der CDU in Schleswig-Holstein, sich mit dem Thema Ökosteuer zu beschäftigen, rühren aus dem Januar dieses Jahres. Wir haben das noch sehr eindrucksvoll in Erinnerung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war die alte Fraktion!)

Von Januar bis heute sind etwa sechs Monate vergangen. Bis zum Antragsschluss zu dieser Landtagstagung am 26. Mai waren es fünfeinhalb Monate. Kollege Stritzl, ich gehe davon aus, dass die Dringlichkeit auch im Juli noch gegeben ist, rege allerdings an, rechtzeitig zum Antragsschluss der Juli-Tagung darüber nachzudenken, ob Sie diesen Antrag wirklich stellen wollen oder nicht. Wir lehnen die Dringlichkeit ab.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der braucht nicht eingebracht zu werden, der ist automatisch eingebracht!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor. Damit lasse ich über die Dringlichkeit abstimmen. Ich verweise darauf, dass nach § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Wer die Dringlichkeit des vorgelegten Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/155, bejahen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht hergestellt.

Meine Damen und Herren, wir haben noch einmal die Reihenfolge der Beratung verändert; das ist einvernehmlich abgesprochen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Zivildienst in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/129 (neu)

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/153

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich erteile Herrn Abgeordneten Geerds das Wort.

Torsten Geerds [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mitglieder der von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker geführten **Kommission zur Wehrstrukturreform** empfehlen unter anderem eine deutliche Reduzierung der Zahl der Wehrpflichtigen. Eine solche Entscheidung würde das Gesicht der Bundeswehr vollkommen verändern.

Aber nicht nur die Bundeswehr wäre massiv betroffen. Die Umsetzung der Reformvorschläge hätte auch dramatische Auswirkungen auf den Zivildienst in unserem Land. Eine entsprechende Kommission wird im Herbst ihre Vorschläge unterbreiten.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Noch vor der parlamentarischen Sommerpause in Berlin will der Bundesminister der Verteidigung sein eigenes Konzept für die künftige Struktur der Bundeswehr vorstellen und im Kabinett beraten lassen. Die Entscheidungen in der Bundeshauptstadt werden also nicht nur die Bundeswehrstandorte in Schleswig-Holstein zu spüren bekommen. Die Sozialarbeit in Schleswig-Holstein wird durch eine damit zusammenhängende **Reduzierung des Zivildienstes** ganz direkt betroffen sein.

Zivildienstleistende sind in vielen sozialen Einrichtungen zu unverzichtbaren Mitarbeitern geworden. Sie nehmen viele Aufgaben wahr, die durch Bundes- und Landesgesetz in der Finanzierung nicht geregelt, aber trotzdem lebensnotwendig für eine große Zahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern geworden sind.

Zivildienstleistende engagieren sich in zahlreichen Alten- und Pflegeeinrichtungen. Sie leisten Aufgaben, die durch die Pflegeversicherung nicht finanziert

(Torsten Geerds)

werden können, weil es sich nicht um pflegerische Aufgaben handelt. Diese jungen Menschen sind für viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu ganz wichtigen Kontaktpersonen geworden.

Aus der Behindertenarbeit sind Zivildienstleistende zurzeit nicht wegzudenken. Insbesondere die Fahrdienste für Menschen mit Behinderungen sind zu begehrten Einsatzstellen von Ersatzdienstleistenden geworden.

Aber auch in Krankenhäusern sind die so genannten Zivis im Einsatz. Insbesondere für Langzeiterkrankte und Gehbehinderte sind Zivildienstleistende zu einer Entlastung geworden. Aber auch Krankenschwestern und Krankenpfleger können auf die Unterstützung der 'Zivis' nicht verzichten.

Weitere Einsatzorte sind zum Beispiel die Kindertagesstätten im Lande. Insbesondere integrative Gruppen benötigen jede helfende Hand. Oft sind die Zivildienstleistenden die einzigen männlichen Mitarbeiter in den Kindertagesstätten. Für Kinder mit einem allein erziehenden Elternteil - das ist in der Tat überwiegend die Mutter - sind die Zivildienstleistenden oft in der Rolle des einzigen männlichen Erziehers.

Die Arbeiterwohlfahrt beschäftigt in Schleswig-Holstein zirka 300 Zivildienstleistende, der Caritas-Verband zwischen 80 und 100 Personen, der Paritätische Wohlfahrtsverband kommt auf 600 Zivis, das Deutsche Rote Kreuz hat 200 Stellen und die Diakonie meldet uns 600 Zivildienstleistende.

Allein im Tätigkeitsbereich der Wohlfahrtsverbände haben ungefähr 1.800 Ersatzdienstleistende ein Tätigkeitsfeld gefunden. Wenn man - so argumentieren die Wohlfahrtsverbände - von einer Drittelerbeitskraft bei einem 'Zivi' ausgeht, dann diskutieren wir ganz konkret 600 Stellen in der Sozialarbeit.

Die CDU-Landtagsfraktion ist der Auffassung, dass wir uns umgehend mit dieser Thematik im Land befassen müssen. Wenn im Sommer dieses Jahres der Bundesminister der Verteidigung und im Herbst die Kommission „Zivildienst“ konkrete Zahlen auf den Tisch legen, müssen wir einen Überblick erhalten, welche Auswirkungen auf Schleswig-Holstein zu erwarten sind. Wir müssen uns ein Bild davon machen, wie sehr die Strukturen unserer **Sozialarbeit** betroffen sein werden. Selbstverständlich können die Auswirkungen erst ermittelt werden, wenn die Zahlen konkret auf dem Tisch liegen. Aber ich denke, wir sollten jetzt in die Vorarbeit - auch im Sozialministerium - eintreten.

Wir möchten von der Landesregierung wissen, welche Schritte sie unternehmen wird, um die bisher von Zivildienstleistenden erbrachten Arbeiten auf andere zu übertragen. Uns interessieren die Auswirkungen auf

den Landeshaushalt, aber auch auf die kommunalen Haushalte beispielsweise für die Träger der Sozialhilfe.

Gibt es aus der Sicht der Landesregierung Alternativen? Sollen die bisher für den Zivildienst zur Verfügung gestellten Mittel - auch das wird diskutiert - für neue Beschäftigungsformen beispielsweise bei den Wohlfahrtsverbänden verwandt werden? Und natürlich interessiert uns die Position der Landesregierung zu dem Vorschlag, der auch aus der Kommission von Herrn von Weizsäcker stammt, nämlich Zivildienststellen umzuwandeln in Stellen innerhalb des Freiwilligen Sozialen Jahres. Daher haben wir als CDU-Fraktion parallel zu diesem Berichtsantrag eine Kleine Anfrage zum Freiwilligen Sozialen Jahr in Schleswig-Holstein gestellt. Richtig ist allerdings, dass es bei diesem Umwandlungsvorschlag große Skepsis gibt, weil das FSJ eben von der Freiwilligkeit lebt. Auch das sollten wir in der Diskussion berücksichtigen.

Wenn der Bericht vorliegt, möchte die CDU-Landtagsfraktion ihn im Sozialausschuss diskutieren, unter anderem mit den Wohlfahrtsverbänden im Land. Dabei sind wir überzeugt, dass das Gesamtthema „Wehrgerechtigkeit“ eine zunehmende Rolle spielen wird.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht in eine andere Richtung. Sie wollen, dass uns der Stand bezüglich der Reduzierung von 13 auf elf Monaten mitgeteilt wird. Wir wollen die Auswirkungen auf das Land Schleswig-Holstein erfahren, die auf uns zukommen, wenn es zur **Reduzierung der Zahl der Zivildienstleistenden** insgesamt kommt. Ich glaube, da sind Sie im Herbst des Jahrs sprachfähig. Deshalb bitten wir um diesen Bericht und wir bitten um Zustimmung zum Berichtsantrag der CDU-Fraktion. Darüber hinaus bitten wir, den Berichtsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt das Wort dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zukunft des Zivildienstes ist mehr als nur eine Diskussion hier und heute. Der Antrag der CDU trägt diesem Rechnung, indem er auf der Grundlage eines

(Wolfgang Baasch)

Berichts eine weitere Diskussion einfordert. Dies ist aber auch schon das einzig Perspektivische im CDU-Antrag. Ich will sagen: Eine erneute Diskussion über die Zukunft des Zivildienstes macht nur Sinn, wenn wir auch die Debatten auf Bundesebene sachgerecht einbeziehen können. Hierzu gilt es auch die Ergebnisse der Kommission „Zukunft des Zivildienstes“, die die Bundesministerin Christine Bergmann eingesetzt hat, abzuwarten.

Eine inhaltliche Diskussion können wir heute über die aktuelle Situation des Zivildienstes führen und wir können Ausblicke wagen und persönliche Erwartungen formulieren, wie wir uns die Aufgaben des Zivildienstes in der Zukunft vorstellen.

Zur aktuellen Situation! Im Jahr 1999 wurde eine Verkürzung des Zivildienstes von 13 auf elf Monate beschlossen, eine **Verkürzung der Zivildienstzeit**, die der Verkürzung der Wehrpflicht folgt und zur grundsätzlichen Gleichbehandlung von Grundwehrdienst und Zivildienst beiträgt und vor allem längst überfällig war. Diese Verkürzung der Zivildienstzeit tritt zum 1. Juli 2000 in Kraft. Hier ist es aus unserer Sicht schon interessant zu hören, wie sich die Träger der Zivildienststellen und wie sich die Zivildienstleistenden mit dieser veränderten Zivildienstzeit eingerichtet haben und wie sie diese Änderungen bewältigen werden, eine Verkürzung der Zivildienstzeit, die allseits als richtige und gute Entscheidung gewürdigt wurde. Gut und richtig war, dass diese Verkürzung mit einem Vorlauf von einem Jahr umgesetzt werden konnte, sodass sich alle Träger und alle am Zivildienst Beteiligten darauf einstellen konnten.

Auch die aktuelle Verringerung der Plätze im Zivildienst ist einen Sachstandsbericht wert. Die Zahl der Zivildienstleistenden ist bundesweit um 15.000 auf 124.000 zurückgefahren worden. Zurzeit sind in den sozialen Diensten etwa 90.000 Zivildienststellen besetzt. Da die Besetzung der Stellen in den sozialen Diensten unberührt geblieben ist beziehungsweise geblieben sein soll und die Verminderung der Stellen in erster Linie die Verminderung der Zivildienstplätze in Büro- und Verwaltungsbereichen sowie im handwerklichen Bereich betreffen sollte, geht der CDU-Antrag auch in dieser Frage erst einmal, was den aktuellen Sachstand und mögliche Auswirkungen anbelangt, ins Leere.

Bevor ich zur Zukunft des Zivildienstes noch einige Sätze sage, will ich an dieser Stelle die Gelegenheit ergreifen, um festzuhalten, dass junge Männer durch den Zivildienst großartige **Leistungen für die Allgemeinheit** erbracht haben und erbringen.

(Beifall im ganzen Hause)

Zivildienstleistende entlasten mit ihrem Einsatz hauptamtliches Fachpersonal in den sozialen Diensten. Sie übernehmen dort Aufgaben, wo es an ehrenamtlichen freiwilligen Helfern und Helferinnen fehlt. Die 'Zivis' leisten einen Dienst für uns alle, für unsere Gesellschaft.

Wenn es der CDU-Fraktion in der Frage „Zivildienst in Schleswig-Holstein“ aber um die Zukunft des Zivildienstes geht, und zwar abgeleitet aus dem Bericht der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“, dann lässt sich für die Zukunft einfach und sehr banal festhalten: Jede Änderung der Wehrpflicht wirkt sich unmittelbar auf den Zivildienst aus. Welche Änderungen uns hier aber bevorstehen, können wir alle noch nicht genau vorhersagen.

Darum lassen Sie mich einen Gedanken aus einer Debatte, die auch in meiner Fraktion noch lange nicht abgeschlossen ist, formulieren. Wer als Alternative zur Wehrpflicht und damit verbunden auch zum Zivildienst die Einführung einer **allgemeinen Dienstpflicht** für junge Männer und Frauen fordert, begibt sich außerhalb des Grundgesetzes.

(Vereinzelter Beifall)

Eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen ist mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar. Sie würde alle Bemühungen, das freiwillige Engagement für den sozialen Bereich zu unterstützen und zu fördern, konterkarieren. Als Alternative kann aus meiner Sicht nur eine Stärkung von Angeboten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr oder dem Freiwilligen Ökologischen Jahr gehören. Gerade in diesem Bereich setzen sich heute schon viele junge Männer und Frauen für das Gemeinwesen ein. Sie setzen sich für unsere Gesellschaft ein und übernehmen dabei soziale und ökologische Verantwortung. Das haben wir in Schleswig-Holstein erkannt, in den Haushaltsberatungen auch ständig gewürdigt und die Zahl der Stellen für das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr beständig erhöht.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für die Zukunft ist anzustreben, **freiwillige Dienste** - nicht Pflichtdienste - weiter zu fördern, zum Beispiel durch die Anerkennung bei der Berufsausbildung oder bei der Studienplatzvergabe.

Dies ist sicherlich nur ein Ausblick auf die Zukunft des Zivildienstes. Wir sollten die Diskussion auf der Grundlage der Berichte, aber auch auf der Grundlage der sich jetzt entwickelnden Diskussion auf Bundes-

(Wolfgang Baasch)

ebene im Herbst fortsetzen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Berichtsantrag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die F.D.P.-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich kann mir eine Bemerkung am Anfang nicht verkneifen: Ich finde es immer wieder überraschend, welche erstaunliche Wendung die Wahrheit im Laufe der Zeit nehmen kann; waren sich manche konservativen Kreise in Deutschland noch weit bis in die achtziger Jahre einig, dass es sich bei Zivildienstleistenden um so genannte Drückeberger handelte, so sehen dieselben konservativen Kreise heute den **Sozialstaat** bedroht, sollte der Zivildienst durch eine Änderung der Wehrpflicht in Dauer und Umfang eingeschränkt werden.

(Lothar Hay [SPD]: Gilt das auch für die Konservativen in Ihrer Partei?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, eines will ich deshalb zu Beginn ganz deutlich sagen: Ich halte die Begründung, mit der sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion derzeit gegen die Reduzierung der Zivildienstdauer von 13 auf elf Monate ausspricht, für - sagen wir es einmal vorsichtig - sehr unzeitgemäß.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Ihre Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag davon sprechen, eine Verkürzung der Zivildienstdauer auf elf Monate böte einen doppelten Anreiz, den Wehrdienst zu verweigern, werden damit einmal mehr alte Vorurteile geschürt, Wehrdienstverweigerer seien nichts anderes als Drückeberger.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich dachte eigentlich, dass wir diese Zeiten hinter uns gelassen hätten.

Für mich stellt im Übrigen die Dauer des Zivildienstes im Verhältnis zum Wehrdienst auch überhaupt keinen Beitrag zur Prüfung der Ernsthaftigkeit der Wehrdienstverweigerung dar. Solche Argumente taugen meiner Ansicht nach heute überhaupt nichts mehr.

(Lothar Hay [SPD]: Richtig!)

Tatsächlich ist es doch vielmehr so, dass aufgrund der gewachsenen Strukturen im Kranken-, Alten- und Pflege- oder im Umweltbereich jede Verkürzung des Zivildienstes bereits in der Vergangenheit zu erheblichen personellen Problemen bei den betroffenen Einrichtungen geführt hat. Viele soziale Leistungen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten waren in der Intensität überhaupt nur möglich, weil es Zivildienstleistende gab.

(Beifall der Abgeordneten Günther Hildebrand [F.D.P.] und Lothar Hay [SPD])

Nicht nur die Zivildienstleistenden selbst wurden immer mehr, sondern auch deren Aufgabengebiete wurden permanent erweitert. Mit jeder Reduzierung der Zivildienstdauer wurde stets die Frage nach der Sicherstellung der Versorgung und ihrer Qualität laut. Heute stehen wir wieder vor demselben Problem, nur möglicherweise könnte es heute eine völlig neue Dimension annehmen. Allein durch die jetzt vorgesehene Reduzierung verringert sich die Zahl der Zivildienstleistenden bundesweit von derzeit 138.000 auf 124.000 pro Jahr. Für Schleswig-Holstein umgerechnet bedeutet dies konkret einen Verlust von 350 Zivildienstleistenden im Jahr. Das Diakonische Werk Württemberg geht in einer Studie davon aus, dass sechs bis sieben Vollzeitmitarbeiter zehn Zivildienstleistende ersetzen könnten. Auf schleswig-holsteinische Verhältnisse übertragen hieße das, zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Versorgungsniveaus müssten zusätzlich 245 Vollzeitkräfte den Ausfall kompensieren. Diese kosten aber nicht nur rund das Doppelte eines Zivildienstleistenden im Monat, sondern die gesamten Personalkosten müssten bei unveränderter Rechtslage vollständig von den jeweiligen Einrichtungen komplett selbst getragen werden.

Gesellschaftspolitisch stehen wir vor dem Problem, wie wir den gegenwärtigen Standard bei der Pflege und Betreuung kranker, pflegebedürftiger, behinderter oder alter Menschen aufrechterhalten; von den auch hier immer wieder diskutierten Verbesserungen will ich in dem Zusammenhang gar nicht sprechen. Wie stellen wir das gegenwärtige Niveau der Kinder- und Jugendarbeit sicher? Wie wollen wir in Zukunft Dienstleistungen für den Tier- und Umweltschutz im bisherigen Umfang gewährleisten? Und natürlich: Wie und wer soll diese Leistungen in Zukunft eigentlich finanzieren?

Die Antwort auf meine Kleine Anfrage „Zivildienst in Schleswig-Holstein“ zeigt zumindest, dass wir von einer umfassenden **Bestandsaufnahme** noch weit entfernt sind. Ich halte aber gerade die Bestandsaufnahme für dringend erforderlich und - lieber Kollege Baasch - auch den Ausblick. Deshalb finden wir, dass

(Dr. Heiner Garg)

Ihr Antrag schlicht zu kurz greift, weil er sich ausschließlich auf die momentan anstehende Reduzierung um zwei Monate bezieht. Ich möchte Sie daher herzlich bitten, sich zu überlegen, ob wir nicht die Teile des Unionsantrages, dem die F.D.P. ansonsten zustimmen wird, mit Ihrem Antrag zu einer gemeinsamen Initiative zusammenbringen können.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Behm [F.D.P.])

Anderenfalls wird die F.D.P.-Fraktion selbstverständlich dem Unionsantrag zustimmen, weil wir das ganze Blickfeld weiter öffnen wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Irene Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute wieder über einen Berichts Antrag, den wir kommentieren sollen. Das finde ich immer ein bisschen misslich. Meiner Meinung nach reicht es, im Plenum dann zu debattieren, wenn der Bericht vorliegt. Aber wir machen das an dieser Stelle wieder einmal so. Es mag ja auch gut sein, wenn man auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag das Augenmerk noch einmal deutlich darauf richtet, was sich in Sachen **Zivildienst**, der ja mit dem **Wehrdienst** direkt zusammenhängt, eigentlich tut und was wir da bedenken müssen.

Mir geht allerdings der CDU-Antrag nicht weit genug. Erstens zählt er nur bestimmte Bereiche auf - Sozialarbeit, Jugendarbeit, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen - und lässt außen vor, dass es Zivildienstleistende auch in Kultureinrichtungen, Naturschutzeinrichtungen und vielen anderen Bereichen mehr gibt. Das ist hier schon angesprochen worden. Das ist aus meiner Sicht eine Verkürzung. Deswegen habe ich damit meine Schwierigkeiten und deswegen haben wir auch einen eigenen Antrag eingebracht.

(Günther Hildebrand [F.D.P.]: Da stehen die aber auch nicht drin!)

Zweitens geht aus dem CDU-Antrag hervor, dass gewissermaßen still, heimlich und leise vorausgesetzt wird, dass Zivildienstleistende praktisch normale Arbeit ersetzen, das heißt, die gebotene arbeitsmarktpolitische Neutralität für die CDU offensichtlich kein Punkt ist. Sie gehen automatisch davon aus, dass an dieser Stelle volle Arbeit geschaffen wird, und zwar

erledigt durch Zivildienstleistende. Das widerspricht aber dem Geist und Charakter des Zivildienstes.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich mittel- bis langfristig dafür ein, dass alle Zwangsdienste abgeschafft werden. Sie sind nach Meinung von Friedensforschern angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage nicht nur nicht mehr zulässig, sondern nach Meinung des Chefs des Hamburgischen Weltwirtschaftsarchivs, Thomas Straubhaar, beispielsweise auch ineffizient, weil sie die Kräfte, die durch die **Freiwilligkeit** entstehen, außen vor lassen und einen Zwang ausüben.

Deswegen setzen wir alles daran, unser Angebot an freiwilligen Diensten für junge Männer und Frauen fortwährend zu erweitern und zu verbessern. Außerdem sprechen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür aus, die Gelder, die jetzt für den Zivildienst ausgegeben werden, umzuschichten, um mit dazu beizutragen, dass die Lasten, die jetzt zu tragen sind, auch getragen werden können. Das wird sicherlich nur in einem kleinen Umfang der Fall sein und ganz sicher wird man auch ein solches Angebot an freiwilligen Diensten weiter brauchen.

Nicht zuletzt weise ich darauf hin, dass uns heute draußen vor der Tür von Schülerinnen und Schülern ein Beispiel präsentiert wird der Initiative „Schüler helfen Leben“, die auf ihren sozialen Tag am 13. Juli aufmerksam machen wollen und uns darum bitten, ihr Material mit nach draußen zu nehmen und zu verteilen, weil sie natürlich wieder einen großen Erfolg erreichen und den Erfolg vom letzten Mal gern noch übertreffen wollen.

Dies ist auch ein Beispiel für Engagement in einem sozialen freiwilligen Dienst, an dem es offensichtlich in der jungen Generation überhaupt keinen Mangel gibt. Ich selbst habe mit genügend Zivildienstleistenden gearbeitet, dass ich sagen kann, der Zivildienst oder auch ein freiwilliger sozialer, ökologischer oder kultureller Dienst kann dazu beitragen, junge Menschen in Aufgaben der Gesellschaft einzuführen, sie mit Fragen von Leben, Sterben, Krankwerden oder anderen existentiellen Belangen zu befassen. Das ist auf jeden Fall auch ein Stück persönlicher Reife.

Ich möchte aber an dieser Stelle nicht nachstehen und sagen, diese Gesellschaft hat ihren Zivildienstleistenden, die von einem Recht Gebrauch machen, das es gab, bevor es einen Wehrdienst in Deutschland gab, nämlich die Möglichkeit in Artikel 4 Grundgesetz, den Wehrdienst aus Gewissensgründen zu verweigern, viel zu verdanken. Von diesem Recht haben sie Gebrauch gemacht und der Gesellschaft damit einen

(Irene Fröhlich)

großen Dienst erwiesen. Dafür können wir auf jeden Fall dankbar sein.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW hat jetzt Frau Abgeordnete Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Haus bereits vielfach unseren Respekt und unsere Dankbarkeit gegenüber der Arbeit der Zivildienstleistenden ausgesprochen. Das konnte ich auch hier aus einigen Wortbeiträgen heraushören.

Der SSW hat aber auch schon früher darauf hingewiesen, dass die zahlenmäßige Ausdehnung des Zivildienstes in den letzten Jahrzehnten erhebliche Fehlentwicklungen mit sich gebracht hat. Daher kann ich heute nur wieder darauf hinweisen, dass das Problem eigentlich ein bisschen hausgemacht ist, dass eine Reduzierung des Wehrdienstes entsprechende Auswirkungen auf den Zivildienst hat.

Der **Zivildienst** ist, obwohl er eigentlich nur als Ergänzung für den sozialen Bereich gedacht war, zu einer tragenden Stütze **sozialer Dienstleistungen** in der Bundesrepublik geworden. Und genau hier liegt meiner Meinung nach der Fehler. Aus finanziellen Gründen hat man es versäumt, qualifizierte Fachkräfte auszubilden und einzusetzen, und hat stattdessen auf die kostengünstigeren Zivildienstleistenden gesetzt. Auch die Sozialverbände warnen schon seit Jahren davor, welche Folgen der derzeitige Einsatz der Zivis mit sich bringen wird. Diese Warnung wurde aber häufig nicht gehört beziehungsweise bewusst überhört.

Die Quittung erfolgt zurzeit. Die Wehrstrukturkommission hat eine Reduzierung der Bundeswehr vorgeschlagen, die selbstverständlich auch Auswirkungen auf den Zivildienst haben wird. Das Bundesfamilienministerium hat jetzt eine Arbeitsgruppe „Zukunft des Zivildienstes“ eingerichtet. Ich denke, wir sollten den Bericht dieser Arbeitsgruppe abwarten, bevor wir uns ein abschließendes Bild über die Zukunft des Zivildienstes in Schleswig-Holstein machen. Eines sei aber jetzt schon angemerkt: Als Alternative zum Zivildienst wird mancherorts und auch in entsprechenden Arbeitsgruppen die Verstärkung der freiwilligen Dienste diskutiert. Ich muss Ihnen sagen, dass ich schwere Bedenken habe, ob das wirklich gelingen wird. Ein Ersatz der Zivildienstleistenden durch **freiwillige Dienste**? - Da hinter setze ich ein großes Fragezeichen.

Die einzige Alternative bleibt deshalb nach unserer Ansicht die Schaffung entsprechender regulärer Arbeitsplätze mit der entsprechenden Bezahlung. Nur dadurch kann eigentlich den berechtigten Erwartungen aller Beteiligten entsprochen werden. Das scheint auch nicht zuletzt angesichts der auf der letzten Landtagstagung thematisierten Qualität der Pflege geboten zu sein. Die Arbeit der Zivildienstleistenden kann nur durch die Einstellung von **Fachpersonal** kompensiert werden. Das bedeutet gegebenenfalls auch eine weitere und höhere Bezuschussung der entsprechenden Einrichtungen und nicht - wie es jetzt als Signal von der Landesregierung gekommen ist -, weitere Mittelkürzungen in diesem Bereich vorzunehmen.

Nachdem der Kollege Dr. Garg bereits die zahlenmäßigen Daten zum Bereich des Zivildienstes in Schleswig-Holstein abgefragt hat, möchte die CDU jetzt wissen, wie sich Änderungen bei der Bundeswehr auf den Zivildienst in Schleswig-Holstein auswirken werden. Daneben steht nunmehr auch der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Nach meiner Ansicht ergänzen sich die beiden Anträge. Aus diesem Grund möchten wir vorschlagen, diese beiden Berichte zusammenzufassen und dann gemeinsam in der 6. Tagung des Landtages dazu den entsprechenden Bericht entgegenzunehmen. Wir sollten die kurzfristigen, aber auch die längerfristigen Auswirkungen sehen. Ich denke, das ist ein Gesamtproblem.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur kurz eine neue Geschäftsgrundlage herstellen. Das ist vielleicht auch für den Redebeitrag der Ministerin hilfreich. Wir haben uns fraktionsübergreifend mit allen Fraktionen des Hauses darauf geeinigt, folgenden Text zur Grundlage zu nehmen und in den Sozialausschuss zu überweisen beziehungsweise hier über ihn als Berichtsantrag abstimmen zu lassen: Wenn man den Text des CDU-Antrages zugrunde legt, der dann zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen des Hauses wird, muss im ersten Absatz die Zahl „5“ in „6“ geändert werden. Der zweite Ab-

(Wolfgang Baasch)

satz des Antrages der CDU muss gestrichen werden. Er wird durch den Absatz des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ergänzt, der heißt:

„Der Bericht soll aufzeigen, in welchen Bereichen Zivildienstleistende in Schleswig-Holstein tätig sind und wie die Träger von Zivildienststellen die zum 1. Juli 2000 in Kraft tretenden Strukturveränderungen umgesetzt haben beziehungsweise umsetzen.“

Dann wieder zurück zum CDU-Antrag. Im dritten Absatz muss der Wortteil „Sozialhilfe“ des Wortes „Sozialhilfeträger“ gestrichen werden. Es bleibt nur das Wort „Träger“ bestehen. Das ist dann der gemeinsame Antrag aller Fraktionen dieses Hauses. Ich glaube, auf dieser Grundlage können wir die Diskussion im Herbst dieses Jahres gut fortsetzen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort hat jetzt Frau Sozialministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung hat mit der **Verkürzung des Zivildienstes** von 13 auf elf Monate mit Wirkung zum 1. Juli 2000 für mehr Gerechtigkeit des Zivildienstes gegenüber dem Wehrdienst gesorgt. Mit diesem Beschluss ist eine Debatte in Gang gekommen, die wir auch hier heute führen, eine Debatte, die wir sehr grundsätzlich führen müssen. Ich glaube, das ist deutlich geworden. Deshalb bedanke ich mich sehr, dass wir die gute Möglichkeit haben werden, alle gemeinsam auf der Grundlage eines umfassenden Berichts an den Fragen, die sich hier stellen, weiter zu arbeiten.

Die Bundesregierung ist damals davon ausgegangen, dass der Bedarf von zirka 90.000 Zivildienstleistenden im sozialen Bereich auch im Rahmen der jetzt erfolgten Reduzierung aufrechterhalten werden könnte. Wir haben bis jetzt 130.000 Zivildienstleistende im Einsatz, in Schleswig-Holstein sind es 3.500. Und uns allen ist klar, wie wichtig und vielfältig insbesondere die sozialen Dienste sind, die sie leisten. Die große Zahl und die vielen Funktionen sowie das persönliche Engagement der Zivildienstleistenden - das auch für viele von uns erlebbar ist - markieren einen beachtlichen gesellschaftlichen Wert und Erfolg des Zivildienstes. Deshalb möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass das nicht ohne erhebliche Vorbehalte aus dem politischen Lager derer, die sich heute über die Zukunft des Zivildienstes Sorgen machen, geschehen ist. Denn noch im letzten Jahr, meine Damen und Her-

ren von der CDU, hat der verteidigungspolitische Sprecher Ihrer Bundestagsfraktion, Herr Breuer, die hohe Zahl von Zivildienstleistenden wörtlich als „Besorgnis erregende Fehlentwicklung“ gebrandmarkt. Herr Dr. Garg hat darauf hingewiesen. Ich glaube, darüber sollten wir hinweg sein, und hoffe, dass die CDU dieses Landes diese Bemerkung von Herrn Breuer nicht oder nicht mehr unterschreibt.

Die Überlegungen um die zukünftige Funktion der Bundeswehr und die Verkürzung der Wehrpflicht dürfen nicht allein die Zukunft sozialer, ziviler Dienste bestimmen. Da würden wir erheblich zu kurz springen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU sowie Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Der Zivildienst - 1961 als Ersatzdienst erstmals angetreten und seit 1973 auf gesetzlicher Grundlage - ist aber bisher leider Anhängsel der Wehrpflicht. Deshalb sage ich sehr deutlich: Aus meiner Sicht darf der Zivildienst ebenso wenig Alibi für die Wehrpflicht sein wie umgekehrt.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Das heißt für mich, wir müssen diese Fragen entkoppeln, sonst kommen wir zu keiner befriedigenden Lösung.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU sowie Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Die Verfügbarkeit von Zivildienstleistenden ist eben nur begrenzt planbar. Ihre Zahl ist abhängig nicht nur von der Zahl der Wehrpflichtigen, sondern auch von der Zahl der Verweigerer. Sie dürfen keine Arbeitsplätze ersetzen, obwohl die Realität - da gebe ich Ihnen Recht - anders aussieht. Sie ist aber wider das Gesetz.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen ist es ein wenig misslich, wenn die Verbände davon sprechen, die Zivildienstleistungen seien in der Arbeit der Wohlfahrtsverbände und im sozialen Versorgungssystem eine feste Größe. Sie beschreiben die Realität und sie beschreiben ein Stück weit die Fehlentwicklung, die die Kollegin vom SSW eben angesprochen hat.

Deshalb können wir die Fragen auch nicht lösen - das klingt in mancher Diskussion und manchem Zei-

(Ministerin Heide Moser)

tungsbericht ein bisschen an -, indem wir das Land oder die öffentliche Hand fragen, wie es oder sie sich in der Lage sieht, sozusagen diesen Aushilfskräftepool „Zivildienst“ zu ersetzen, falls er im Zuge der Reduzierung der Zahl der Wehrdienstleistenden nicht mehr ausreichend Personal enthält.

Aus meiner Sicht stellen sich andere Fragen, nämlich die nach dem Stellenwert und den Bedingungen für freiwilliges soziales Engagement - die Ausweitung des Freiwilligen Sozialen Jahres ist hier schon angesprochen worden - oder andere vergleichbare **Freiwilligendienste**, die selbstverständlich mit der entsprechenden Attraktivität ausgestattet sein müssen. Es muss nicht zwangsläufig nur staatlich finanzierte Formen sozialen Engagements geben, auch nicht in diesem Bereich.

Liebe Kollegin vom SSW, es ist eine andere Qualität, ob ein Zivildienstleistender entlastend arbeitet, sozusagen nicht fachlich, nicht professionell, oder ob zusätzliches professionelles Personal eingestellt wird. Es hat eine andere Qualität. Die würde ich gern erhalten.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Das Anliegen um die gesellschaftliche Funktion, die Qualität und Menschlichkeit in der sozialen Versorgung, das sollte unserer Leitgedanke bei den Beratungen sein. Wir dürfen nicht allein auf Zwangsverpflichtung setzen. Insofern gebe ich Herrn Geerds, der ein bisschen in diese Richtung tendierte, nicht Recht. Wir werden uns zu diesen Grundsatzfragen im Bericht äußern und in den anschließenden Diskussionen - so hoffe ich - Lösungen erarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Bevor wir in die Abstimmung eintreten, sage ich zur Erinnerung: Es handelt sich um einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen, der nicht in schriftlicher Form vorgelegt, sondern in mündlicher Form vorgetragen worden ist. Deswegen wiederhole ich ihn noch einmal. Ausgehend vom Grundantrag, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/129 (neu), lautet er wie folgt:

In der ersten Zeile werden die Wörter „5. Tagung“ durch die Wörter „6. Tagung“ ersetzt. Absatz 2 des Antrags der Fraktion der CDU wird ersetzt durch Absatz 2 des Antrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/153. Im dritten Absatz des Antrags Drucksache 15/129 (neu) wird der Begriff „Sozialhilfeträger“ gestrichen und durch den Begriff „Träger“ ersetzt.

Wer diesem gemeinsamen Antrag in der Sache seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein deutliches Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen und der Tagesordnungspunkt 16 erledigt.

Bevor wir zu Tagesordnungspunkt 6 kommen, will ich noch eine geschäftsleitende Anmerkung machen. Im Foyer hat die Aktion „Schüler helfen Leben“ einen Informationsstand aufgebaut. Sie freut sich über jeden Abgeordneten, der diesen Informationsstand besucht.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 6 auf:

Wahl der Mitglieder des Landtages für den Richterwahlausschuss

Wahlvorschlag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/12 (neu)

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/44

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

Drucksache 15/77

Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD und CDU

Drucksache 15/152

Ich weise darauf hin, nach §§ 12 und 13 des Landesrichtergesetzes für diese Wahlen eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Ich lasse über die Wahlvorschläge insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein deutliches Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit haben die Wahlvorschläge die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht, denn es ist Einstimmigkeit gegeben. Die Wahlvorschläge sind somit angenommen.

(Beifall der Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD] und Thorsten Geißler [CDU])

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 11 auf:

Bericht der Landesregierung zum Justizvollzug in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/120

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und gebe das Wort dem Fraktionsvorsitzenden der F.D.P., dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Zitat:

„Überfüllte und veraltete Gefängnisse, überlastetes Personal und immer mehr schwierigere Häftlinge - die Probleme des Strafvollzugs in Schleswig-Holstein sind gewaltig. Das belegt eine interne Analyse des Kieler Justizministeriums, die den 'LN' vorliegt. Eigentlich müsste sofort gehandelt werden ..."

So war es Anfang des Monats bereits in der Zeitung zu lesen. Offenbar hat die F.D.P.-Fraktion mit ihrem Berichtsantrag vom Mai zum **Justizvollzug** in Schleswig-Holstein schlafende Hunde geweckt. Die Lage scheint desolater zu sein als befürchtet - und die Verantwortlichen scheinen das auch schon zu wissen. Jedenfalls hat die neue grüne Justizministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin bereits bei ihrem Antrittsbesuch in der JVA in Kiel im April laut werden lassen, dass „die Zellen dringend menschenwürdiger“ gemacht werden müssen, so nachzulesen in den „Kieler Nachrichten“ vom 8. April 2000.

„Menschenwürdiger“! - Demnach leben Gefangene in Schleswig-Holstein zurzeit in menschenunwürdigen Anstalten, arbeitet das Personal in einer menschenunwürdigen Umgebung. Kaum vorstellbar - jedenfalls nicht für Ministerpräsidentin Heide Simonis, zu der sich diese Situation noch nicht herumgesprochen zu haben scheint. In ihrer Regierungserklärung von Mitte Mai lobte sie noch munter den modernen Justizvollzug in Schleswig-Holstein. Ich zitiere:

„Unsere liberale und bürgernahe Justizpolitik ist seit Jahren ein Erfolg.“

Dabei ist es ein offenes Geheimnis, dass die meisten Gefängnisse in Schleswig-Holstein allein aufgrund ihrer mittlerweile fast 100-jährigen Bausubstanz dringend modernisiert werden müssen. Bereits Gerd Walter hat die Sanierung des Justizvollzugs stets als Schwerpunktthema definiert und die Mängel beklagt.

Warum also dieses Schönreden der Landeschefin, statt den Fakten ins Auge zu sehen und ihnen wirkungsvoll zu begegnen?

Hier wollen wir, hier will die F.D.P.-Fraktion mit ihrem Berichtsantrag einen Anfang machen. Um wirklich einen modernen Justizvollzug in Schleswig-Holstein durchführen zu können, können wir nicht länger um den heißen Brei herumreden, sondern müssen den Ursachen und Problemschwerpunkten zügig auf den Grund gehen, um zu wirklichkeitsnahen Lösungen kommen zu können - im Interesse aller Be-

troffenen, das heißt der Gefangenen, des Personals, auch der Opfer.

Die angespannte finanzielle Situation des Landes wird uns diese Aufgabe sicherlich nicht erleichtern. Umso wichtiger erscheint es mir für die weitere justizpolitische Debatte, die erforderlichen Informationen möglichst schnell zusammenzubekommen. Auf der Grundlage dieser Informationen - Kollege Geißler - wollen wir dann gern konstruktiv dazu beitragen, die ohne Frage notwendigen Änderungen im Justizvollzug auf den Weg zu bringen, um wieder zu einem „menschwürdigeren“ Justizvollzug in Schleswig-Holstein zurückzukehren.

In unserem Berichtsantrag geht es uns insbesondere um eine Darstellung der Situation der Gefangenen, der baulichen Situation der Justizvollzugsanstalten und der Personalsituation in den Anstalten. Mit Spannung erwarten wir dabei vor allem die Ausführungen der Justizministerin zur **Gefangenenentlohnung**. Bislang ist noch nicht absehbar, wie die Bundesregierung die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vom 1. Juli 1998 umsetzen will, wonach die Stellung der Strafgefangenen dadurch gestärkt und ihre Resozialisierung erleichtert werden soll, dass die von ihnen geleistete Arbeit auch die „angemessene Anerkennung“ - sprich die angemessene Entlohnung - findet.

Ohne Frage werden jedoch die Länder, die für den Strafvollzug zuständig sind, daran ihr Päckchen zu tragen haben, auch Schleswig-Holstein. Ich bin gespannt, welche Position hierzu die grüne Justizministerin einnimmt und wie sie sie gegebenenfalls finanzieren will.

Für die F.D.P.-Fraktion jedenfalls steht außer Frage, dass es zu einem liberalen und humanen Strafvollzug dazugehört, nicht nur die Gesellschaft vor den Straftätern zu schützen, sondern auch den Straftätern bestmöglich ihre gesellschaftliche Wiedereingliederung zu ermöglichen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Einen wesentlichen Beitrag kann der Täter-Opfer-Ausgleich bringen. Er setzt aber geradezu voraus, den abgeurteilten Straftäter auch in die Lage zu versetzen, diesen Ausgleich überhaupt leisten zu können. Ohne eine angemessene Anerkennung der von ihm geleisteten Arbeit - auch in der Gefangenenzzeit - ist dies schlicht nicht möglich.

(Beifall der Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Wolfgang Kubicki)

Moderner **Strafvollzug** setzt darüber hinaus aber auch zumutbare bauliche Bedingungen sowie eine angemessene personelle Situation voraus. Das ist deshalb besonders dringend, weil - ich muss einmal den technischen Begriff gebrauchen - die „Gefangenenpopulation“, die Zusammensetzung der Strafgefangenen in Haftanstalten, immer schwieriger wird und deshalb für das Personal extrem erhöhte Belastungen zu verzeichnen sind. Wir sind uns einig, das „Wegschließen“ heute keine Lösung mehr ist. Umso mehr hoffe ich, dass sich in dem Bericht neben Hinweisen zur Verbesserung der baulichen Situation auch Auskünfte zur Personalplanung finden werden. Schon jahrelang sind die Bediensteten im Justizvollzug die „vergessenen Kinder“ - oder jedenfalls fühlen sie sich so. Personalstrukturmaßnahmen wie etwa die Einführung einer zweigeteilten Laufbahn müssen zumindest auch für den Justizbereich angedacht werden, wenn man den Menschen dort eine berufliche Perspektive geben will.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind wirklich vorbehaltlos gespannt auf den Bericht und völlig vorbehaltlos offen für jede Debatte in diesem Bereich und wir erwarten, Frau Ministerin, den Bericht im Oktober dieses Jahres.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU sowie Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Klaus-Peter Puls das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stimmen dem Berichtsantrag in der Sache zu. Wir teilen die Besorgnisse der antragstellenden Fraktion und wir unterstützen die bereits eingeleiteten und weiter angekündigten Bemühungen unserer Justizministerin für eine Verbesserung der Strafvollzugsbedingungen in Schleswig-Holstein. Wir freuen uns - ich möchte das hier auch ausdrücklich zum Ausdruck bringen -, dass die Ministerin durch ihre Besuche in den Justizvollzugsanstalten des Landes gleich zu Beginn ihrer Amtszeit ein wichtiges und richtiges Signal gesetzt hat.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Sache heute nur so viel - auch im Hinblick auf eine möglicherweise nicht in allen Punkten begeistert

zustimmende Öffentlichkeit -: Erstens: Wir sind als Land verfassungsrechtlich verpflichtet, in unseren **Justizvollzugsanstalten** menschenwürdige Haftbedingungen zu gewährleisten.

Zweitens: Wir sind als Land verpflichtet, durch bauliche Maßnahmen für die Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten und für die Sicherheit nach außen zu sorgen.

Und Drittens, aber keineswegs zuletzt: Wir sind als Land auch finanziell verpflichtet, angemessene Arbeitsbedingungen für unsere Landesbediensteten zu schaffen, die Tag und Nacht in den Justizvollzugsanstalten ihren verantwortungsvollen und immer auch gefährlichen, schweren Dienst leisten.

Der beantragte Bericht sollte hier diskutiert werden, wenn er vorliegt.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Thorsten Geißler das Wort.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion wird dem Antrag der F.D.P.-Fraktion zustimmen. Die Antwort der Landesregierung wird eine willkommene Gelegenheit bieten, über die derzeitige Situation des Strafvollzuges in Schleswig-Holstein zu debattieren. Wir erwarten von der Landesregierung eine ungeschminkte Schilderung der gegenwärtigen, nach unserer Einschätzung Besorgnis erregenden Lage und auch die Vorlage eines klaren Gesamtkonzeptes über die Zukunft des Strafvollzuges in Schleswig-Holstein.

Von der angespannten, explosiven, teilweise desolaten Lage konnten Sie sich, Frau Ministerin, zu Beginn Ihrer Amtszeit bereits persönlich überzeugen. Ich glaube, Sie haben die Lage am Wochenende auch als katastrophal bezeichnet. Darin können wir Ihnen nur Recht geben. - Haben Sie nicht? Das wäre aber richtig gewesen. Das können Sie hier ja vielleicht noch nachholen.

Um es klarzustellen: Die gegenwärtige Situation ist Ihnen, Frau Ministerin, natürlich nicht anzulasten. Es wäre unfair, Sie für Fehler und Versäumnisse in der Vergangenheit verantwortlich zu machen. Diese Fehler und Versäumnisse sind von der alten Landesregierung begangen worden. Auch von der anderen

(Thorsten Geißler)

Seite des Hauses, Herr Kollege Puls, wären außer einem Begrüßen des F.D.P.-Antrages einige kritische Anmerkungen angebracht gewesen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, aber ich sage natürlich genauso deutlich: Wer selbst eine Verbesserung der Vollzugssituation in Schleswig-Holstein verspricht, Frau Ministerin, wer Konzepte ankündigt, der wird dann daran gemessen werden, welche Fortschritte in Schleswig-Holstein auch tatsächlich erzielt werden.

Denn obwohl wir in unserem Bundesland eine niedrige Gefangenepopulation haben -

(Holger Astrup [SPD]: Das sind doch keine Enten, Herr Kollege!)

derzeit etwa 61 Gefangene pro 100.000 Einwohner; der Bundesdurchschnitt liegt bei über 100 -, sind unsere Anstalten überfüllt.

Herr Kollege, was gibt es?

(Holger Astrup [SPD]: Zur „Gefangenepopulation“: Das sind doch keine Enten!)

- Herr Kollege, Sie werfen gelegentlich die Begriffe durcheinander. Das ist uns nicht verborgen geblieben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass es sich um einen Fachterminus handelt. Ich bin gern bereit, Ihnen das nachher im Privatissimum zu erläutern.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Zellen sind überbelegt und den Anforderungen des Strafvollzugsgesetzes - vielleicht haben Sie irgendwann einmal Gelegenheit, Herr Kollege Astrup, sich vor Ort zu informieren -

(Holger Astrup [SPD]: Genau!)

wird nicht Rechnung getragen, teilweise müssen Gemeinschaftseinrichtungen für die Häftlingsunterbringung genutzt werden.

Wir brauchen klare Aussagen der Landesregierung, wie diese auf Dauer nicht hinnehmbaren Zustände beseitigt werden sollen. Wir brauchen auch klare Aussagen darüber, in welchem Umfang neue Haftplätze geschaffen werden sollen.

Dass es große Anstrengungen bedarf, zeigt der Bundesvergleich. Hätten wir auch in Schleswig-Holstein die durchschnittliche - Herr Kollege Astrup! - Gefangenepopulation, so bedürfte es 1.200 neuer Haftplätze und der Einstellung 600 neuer Beamter. Wir wissen alle in diesem Haus, dass dies unrealistisch ist. Die

Alternativen aber, eine weitere Hinnahme der Überbelegung der Anstalten, die nicht zeitgerechte Vollstreckung verhängter Freiheitsstrafen oder aber eine nicht verantwortbare Haftvermeidung sind für uns ebenfalls völlig inakzeptabel.

Die Versäumnisse der Vergangenheit werden deutlich an dem Investitionsstau, den das Ministerium auch zwischenzeitlich öffentlich eingeräumt hat. 110 Millionen DM werden für bauliche Maßnahmen benötigt. Zum Vergleich: In den vergangenen Jahren sind im Durchschnitt etwa 5 Millionen bis 7 Millionen DM pro Jahr an Investitionen getätigt worden. Angesichts einer solchen Situation muss auch über ungewöhnliche Lösungen nachgedacht werden. Wieweit macht es Sinn, Millionen und Abermillionen DM in teilweise völlig veraltete Anstalten aus der Kaiserzeit hineinzupumpen, in denen wahrscheinlich trotz aller Bemühungen ein moderner, sinnvoller Strafvollzug nicht gewährleistet werden kann? Dabei sollten wir den Blick in andere Bundesländer nicht scheuen. Die vom Land Mecklenburg-Vorpommern geleaste Anstalt Rostock-Waldeck könnte meines Erachtens auch für Schleswig-Holstein Modellcharakter haben.

Wir erwarten darüber hinaus klare Aussagen zur zukünftigen Personalentwicklung im Justizvollzug. Der Dienst im allgemeinen Justizvollzugsdienst ist in den vergangenen Jahren ständig schwieriger geworden. Eine veränderte Gefangenestruktur, mehr langstrafige Gefangene, immer mehr Nationalitäten, ein stärkeres Gewaltpotential erschweren den Dienst in unseren **Justizvollzugsanstalten**. Wer in einer solchen Situation an Personalkürzungen denkt, muss dringend gewarnt werden. Denn bei einer sich weiter verschlechternden Personalsituation wird sich nicht nur die Sicherheitslage verschärfen, vielmehr wird auch die Qualität des Vollzuges weiter leiden. Das können wir uns in Schleswig-Holstein nicht weiter leisten. Dem muss entgegengewirkt werden.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und natürlich muss der Justizvollzugsdienst auch Anerkennung erfahren. Wir müssen die Stellenschlüsselung durchleuchten, wir müssen prüfen, ob in angemessenem Umfang dort wirklich der schweren Arbeit in unseren Justizvollzugsanstalten angemessen Rechnung getragen wird.

Ich erkenne dabei durchaus an, dass in den vergangenen Jahren nicht zuletzt auf Druck meiner Fraktion erhebliche Investitionen zur Erhöhung der Sicherheit in den Anstalten getätigt wurden. Dennoch gibt es auch hier ungelöste Probleme. Ein nicht unerheblich

(Thorsten Geißler)

cher Teil der **Gefangenen** in Schleswig-Holstein ist drogenabhängig. Und immer noch scheint es ein Leichtes zu sein, **Drogen** in die Anstalt hineinzuschaffen. Damit aber wird das Resozialisierungsziel natürlich weiter konterkariert. Auch zu diesem Bereich erwarten wir klare Konzepte und Lösungsansätze.

Ebenfalls selbstverständlich werden wir über die **Gefangenenentlohnung** zu sprechen haben. Ich kann das hier nur anreißen. Wir verfolgen natürlich den Konflikt zwischen der Bundesministerin der Justiz und den Justizministerien der Länder mit großem Interesse. Die Debatte über diese Problematik muss der Erörterung in diesem Haus nach Vorlage des Berichts vorbehalten bleiben. Ich sichere Ihnen natürlich zu, dass wir die zahlreichen Einzelprobleme dann auch im Ausschuss sorgfältig erörtern werden.

Ich begrüße den Antrag der F.D.P.-Fraktion. Wir stimmen ihm ausdrücklich zu und wir erwarten von der Landesregierung nicht nur einen ausführlichen Bericht, sondern auch ein klares Konzept über die Zukunft des Strafvollzuges in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Frau Abgeordnete Irene Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Situation in den Justizvollzugsanstalten ist nicht besonders rosig. Das wissen wir schon, bevor der Bericht im Oktober gegeben wird. Aber der im Oktober zu gebende Bericht wird keiner sein, der sich für Schuldzuweisungen und Selbstreinwaschungen eignet. Wir sollten da alle miteinander sehr gut aufpassen. Die schwierige Situation in den JVA's ist seit mindestens 20 Jahren in Insiderkreisen bekannt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Ich weiß das, weil ich mich in Schleswig-Holstein seit mindestens 20 Jahren mit diesem Bereich beschäftige. Aber es braucht offensichtlich den politischen Mut der Grünen und hier besonders den einer kompetenten Fachfrau, das auch auszusprechen. Das ist ja immer der Anfang jeder Veränderung. Den haben wir gemacht und das soll dann auch gut so sein.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist natürlich von der F.D.P.-Fraktion freundlich, uns so moderat auf dieses Thema aufmerksam zu machen. Es ist offensichtlich, dass die F.D.P. Felder sucht, auf denen sie die Grünen ausstechen kann. Natürlich ist es spannend, eine Partei, die sich zum ersten Mal daran macht, den Bereich der Justiz für sich als ein aktives und nicht bloß als ein theoretisches Politikfeld zu entwickeln, unter Zugzwang zu setzen. Ich kann das alles gut nachvollziehen und verstehen. Gleichwohl kann ich mit den Worten des sprichwörtlichen Igels sagen: Ick bin all dor.

Es ist ja nicht so, dass in den letzten Jahren trotz knapper Kassen nicht auch in den Justizvollzug investiert wurde. Es ist für uns jedes Jahr ein Ritual, die Mittel der freien **Straffälligenhilfe** gegen die Forderungen nach radikaler Kürzung von Förderprogrammen und Zuwendungen an Vereine zu verteidigen,

(Zurufe der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Forderungen, die ja bekanntlich besonders laut von den Oppositionsbänken zu hören sind. Ich kenne keine Drucksachenummer, Herr Geißler, die mir etwa den Weg zu einem entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion wiese.

(Weitere Zurufe der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Jetzt lassen Sie mich doch einfach einmal ausreden, sonst müssten wir uns doch nicht über Redezeiten verständigen, wenn sowieso alles durcheinander geht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie müssen nicht so einen Unsinn verbreiten!)

Mit den Mitteln der Straffälligenhilfe werden nicht nur wichtige **soziale Dienste** finanziert, wie beispielsweise die Schuldenberatung, sondern auch Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs und der Ableistung gemeinnütziger Arbeit zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen. Das sind Maßnahmen, die zur Entlastung der Justiz und des Justizvollzugs führen und damit sowohl zu einer Verbesserung der Situation der Gefangenen als auch zu der der Bediensteten im Strafvollzug. Die Dinge hängen insofern sehr wohl zusammen. Sie können mir glauben, dass ich weiß, wovon ich rede. Ich bin seit vier Jahren Beirätin in der Justizvollzugsanstalt Kiel und habe mich intensiv sowohl in Lübeck wie in Kiel mit den Gefangenen auseinander gesetzt, mit Bediensteten gesprochen, sie intensiv begleitet und mich mit ihren Forderungen und Klagen auseinander gesetzt.

Natürlich gehen wir immer von verschiedenen Perspektiven an die jeweiligen Probleme heran, Herr

(Irene Fröhlich)

Kubicki. Aber Sie sollten sich einmal etwas anderes einfallen lassen, als immer nur zu sagen: Sie haben keine Ahnung. Das kann es wohl doch nicht sein.

(Zuruf von der CDU: Aber wenn er Recht hat! - Klaus Schlie [CDU]: Ich befürchte, er hat doch Recht! - Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

- Da hat er einfach nicht Recht! Man kann natürlich an solche Probleme und Themen als ein Studierter herangehen und sich damit theoretisch auseinander setzen. Man kann aber auch vor Ort mit den Leuten sprechen, sich ihre Probleme anhören und Dinge umsetzen. Das kann man auch machen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich bin mit Sicherheit häufiger in JVA's als Sie, Frau Fröhlich!)

Immer nur zu sagen, keine Ahnung, ist zumindest nicht besonders geistvoll.

Wer die Presseberichte der letzten Wochen verfolgt hat, weiß, dass die Justizministerin die Justizvollzugsanstalten sofort nach ihrem Amtsantritt besucht hat - wir haben Sie darin intensiv unterstützt -, fast noch bevor sie ihre Koffer ausgepackt hatte. Nun ist sie bereits vor Ablauf der berühmten 100-Tage-Frist dabei, einen Maßnahmenplan aufzustellen. Hierbei findet sie - wie gesagt - unsere volle Unterstützung.

Ich denke, wir sind uns alle im Grundsatz einig, dass die Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein modernisiert werden müssen, und ich hoffe, dass wir an einem Strang ziehen werden, wenn es an die Haushaltsberatungen geht. Vorher werden wir den Bericht der Justizministerin beraten. Wir dürfen eine spannende Debatte auch über den offenen Vollzug und die elektronische Fußfessel erwarten, die ich jetzt allerdings nicht vorwegnehmen möchte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Silke Hinrichsen vom SSW.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist erfreulich, dass sich die neue Justizministerin - mit tatkräftiger Unterstützung der CDU - gleich nach der Landtagswahl intensiv um die Situation in den Justizvollzugsanstalten des Landes gekümmert hat.

(Zuruf von der CDU: Stimmt!)

Der Antrag der F.D.P. gibt nunmehr auch dem Landtag die Möglichkeit, sich gründlich und konstruktiv - hoffentlich - um dieses Thema zu kümmern. Die im Antrag genannten Einzelpunkte sind alle wichtig. Ich kann sie selbstverständlich in fünf Minuten nicht alle ansprechen. Darüber hinaus kann ich auch nicht so schnell wie Sie, Herr Kubicki, reden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eigentlich schade!)

- Ja, aber ich werde in der Aussprache immer sehr undeutlich, wenn ich so schnell rede.

Vor allem zwei Punkte haben in den öffentlichen Debatten über den Strafvollzug in Schleswig-Holstein eine erhebliche Rolle gespielt: die Modernisierungsbedürftigkeit und die Überfüllung. Diese beiden Punkte möchte ich daher aufgreifen.

Ein zentrales Problem ist - und daher kommen wir auch nicht umhin, den Strafvollzug zu verbessern - der katastrophale **bauliche Zustand** der Haftanstalten. Ein Gefängnis ist zwar kein Hotel, aber der Zustand, der in den Zeitungen bisher beschrieben wurde, lässt mehr als zu wünschen übrig. Der bauliche Zustand wirkt sich auf alle aus - das heißt sowohl auf die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen als auch auf die Gefangenen - und erschwert das erforderliche Miteinander. Der Vollzug soll den Gefangenen befähigen, künftig ein Leben ohne Straftaten in sozialer Verantwortung zu führen. Einen reinen Verwahrvollzug lehnen wir eindeutig ab.

Leider erinnert der Alltag in der Haftanstalten wegen der bestehenden Mängel aber an ein „Aus-dem-Verkehr-Ziehen“. Es ist kaum vorstellbar, dass sich die Ziele des Strafvollzuges unter solchen Bedingungen verwirklichen lassen. Eine Resozialisierung ist angesichts der beschriebenen Zustände kaum möglich, wenn zum Beispiel nicht einmal eine Grundversorgung im hygienischen Bereich gewährleistet ist. Katastrophale sanitäre Verhältnisse führen zu erheblichen Reibereien - auch untereinander. Nach unserer Ansicht könnte eine Verbesserung in diesem Bereich schon für ein bisschen Entspannung sorgen.

Besonderer Anstrengungen bedarf es beim Jugendstrafvollzug. Hier gibt es zwar einen Lichtblick - die Anstalt in Schleswig ist nunmehr in Betrieb genommen -, es ist aber wohl allen klar, dass noch weitere Anstrengungen vonnöten sind.

Neben dem baulichen Zustand spielt vor allem der Aspekt der Überfüllung der JVA's eine zentrale Rolle. Angesichts der Tatsache, dass das Boot seit langem übervoll ist, stellt sich verstärkt die Frage nach Alternativen zu Haftstrafen. Auch wir unterstützen diese Suche nach neuen Wegen, denn die Freiheitsstrafen

(Silke Hinrichsen)

füllen nicht nur die Gefängnisse, sondern sind im Sinne präventiver Zielsetzungen der Haft vielfach auch kontraproduktiv.

Allerdings können wir nicht jede Alternative unterstützen, die in der Not auf den Tisch kommt. Die in dem F.D.P.-Antrag angesprochene so genannte elektronische Fußfessel können wir nicht akzeptieren, nicht zuletzt deshalb, weil sonst die Platzprobleme der JVAS auf dem Rücken von Familien ausgetragen werden könnten, wenn jemand bei ihnen zu Hause verbleibt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es gibt aber noch ausreichend andere Möglichkeiten der **Substitution von Gefängnisaufenthalt** bei Ersatzfreiheitsstrafen, die hoffentlich bald auch hierzulande genutzt werden. Die Ministerin hat vorgeschlagen, bei Ersatzfreiheitsstrafen gemeinnützige Arbeit als Alternative zu nutzen. Dies finden wir sehr gut.

Wir gehen davon aus, dass sich Frau Lütkes jetzt auch auf Bundesebene dafür stark machen wird und die Bestrebungen der Bundesjustizministerin insoweit unterstützt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wir der Presse entnehmen konnten, liegt der Justizministerin jetzt schon der Bericht darüber vor, was an dringenden Investitionen in den nächsten Jahren anliegt. Wir werden nun den von der F.D.P. angeforderten Bericht abwarten, um eine gute Grundlage dafür zu haben, die Bestrebungen der Landesregierung zu bewerten. Sollten in diesem Bereich weitere Sofortmaßnahmen im Interesse aller notwendig sein, müssen diese bei den Haushaltsplanberatungen noch Berücksichtigung finden. Der Bericht wird hierzu hoffentlich eine Hilfestellung geben.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Nun erteile ich dem Abgeordneten Wolfgang Kubicki für einen Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beitrag der Kollegin Irene Fröhlich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt mir Anlass, mich noch einmal zu Wort zu melden.

(Lachen der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Frau Fröhlich! Manchmal ist es wirklich wert, auf Ihre Beiträge einzugehen. Sie haben zu Recht gesagt, im Bereich Innen und Recht seien Sie neu und lernten noch.

(Zuruf des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

- Nein, nein. Wir können nach der Devise verfahren: Wem Gott gibt ein Amt, dem gibt er auch Verstand. Dann brauchen wir immer nur Ämter zu vergeben. Aber wir haben uns mit Justizvollzug und mit Justiz bereits in diesem Hause beschäftigt, da gab es die Grünen noch gar nicht.

(Beifall bei der F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber mich hat es schon gegeben und ich habe mich auch schon damit beschäftigt!)

Insofern müssen Sie nicht alles, was hier passiert, als Reflex auf Ihre Beschäftigungstherapie betrachten.

Ich will noch zu Protokoll geben, dass Sie sehr sorgfältig damit umgehen sollten, wenn wir in der Sache etwas erreicht haben. Das betrifft die Dotierung der Straffälligenhilfe. Frau Fröhlich, ich wäre sehr dankbar gewesen, in den letzten vier Jahren wären Sie die Ansprechpartnerin gewesen. In dieser Zeit war Herr Böttcher hier. Es war ein Genuss! Uns ist es interfraktionell, unter Einschluss der Union, gelungen, diese Dotierung sicherzustellen. Wenn Sie das nicht als Wert akzeptieren wollen, sondern anfangen zu polemisieren, als seien Sie es allein gewesen, dann tun Sie der Sache einen schlechten Dienst.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich will feststellen, dass ich persönlich - wie übrigens Herr Wolter und andere auch - dem gesamten Haus dankbar bin, dass dies interfraktionell und gegen alle Schwierigkeiten gelungen ist. Das festzustellen war mir wichtig.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schade, dass Sie immer das letzte Wort haben müssen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat jetzt die Frau Ministerin!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile jetzt der Frau Justizministerin Lütkes das Wort.

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, ich bin sehr froh, dass Sie noch einmal deutlich gemacht haben, dass Justiz ein langjähriges Thema in diesem Hause ist. Es hätte mich sehr enttäuscht und mich an meinem Job zweifeln lassen, wenn es anders wäre. Denn Justiz ist eine starke Säule der Demokratie. Wenn dieses Haus nicht viele Jahre lang hierüber diskutiert hätte, wäre ich doch sehr entsetzt. Ich glaube, dies ist eine Selbstverständlichkeit.

Sie wissen, dass ich aus der kommunalen Arbeit komme. In den vielen Jahren kommunaler Selbstverwaltungstätigkeit habe ich gelernt, dass urheberrechtliche Probleme in einem Parlament möglichst nicht diskutiert werden sollten. Es steht mir nicht an, als Regierungsmitglied Ratschläge zu erteilen. Für mich ziehe ich auch heute die Konsequenz, nicht zu Ihren Ausführungen Stellung zu nehmen, wie es dazu kommt, dass sich die Landesregierung intensiv mit dem Thema Strafvollzug, Ausübung des Strafvollzugs, aber natürlich auch mit dem materiellen Strafrecht zu beschäftigen hat.

Auf der Basis all Ihrer Debattenbeiträge, meine Damen und Herren, kann ich zusammenfassend festhalten, dass wir nicht jenseits, aber vielleicht trotz der Geschichte eine gemeinsame zukünftige Debatte führen können. So erlaube ich mir, Ihren Antrag zu verstehen und ihn nicht unter der Rubrik „hervorragende Öffentlichkeitsarbeit“ der Freien Demokratischen Partei zu verbuchen, die man natürlich auch kennt und von der wir in dieser Hinsicht eigentlich sehr viel lernen können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann hätten wir es anders angefasst!)

Ich glaube und hoffe sehr, dass dieses Thema eben nicht in Presseveröffentlichungen zerredet wird.

Herr Kollege Geißler, Sie haben auf die letzten Veröffentlichungen hingewiesen. Wir haben seit meinem Amtsantritt versucht, sehr klar und deutlich mit der Situation in den Strafvollzugsanstalten umzugehen und die Debatte über die Situation in den Strafvollzugsanstalten immer mit der Diskussion um das **materielle Strafrecht** und mit der Diskussion um **Haftvermeidungsstrategien** und Veränderungen in den Sanktionsrechten zu verbinden. Wir haben aber auch deutlich gemacht, wie die Situation ist, und haben jeden Besuch in den Justizvollzugsanstalten mit einer Pressekonferenz verbunden, um unmittelbare Beziehung zur Öffentlichkeit herzustellen und auch keine Missverständnisse aufkommen zu lassen.

Die letzten Veröffentlichungen sind nicht in dieser Kette zu sehen. Sie weisen darauf hin, ich hätte von katastrophalen Zuständen gesprochen. Diesen Ausdruck habe ich in den letzten Wochen nicht benutzt. Ich bedauere sehr, dass die Presse Ihre gerade noch einmal vorgetragene Hochrechnung über die Notwendigkeit von Haftplätzen in Schleswig-Holstein, weil sie etwas kompliziert ist, offensichtlich missverstanden hat. Wir brauchen keine 1.200 Haftplätze in Schleswig-Holstein. Das ist eine theoretische Hochrechnung. Wir sollten uns beide einig sein, dass wir uns auf die reale Zahl beziehen,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die - ich sage ausdrücklich: dies ist keine verbindliche Zahl - bei zirka 160 liegt. Wenn wir also von dem, was in der Zeitung stand, eine Null abstreichen, kommen wir der Sache näher.

Ich gehe deshalb so ausführlich auf die letzte Presseveröffentlichung ein, weil sie zeigt, wie schmal der Grat in der Diskussion um den Zustand der Justizvollzugsanstalten und einen humanen Strafvollzug ist, den Sie zu Recht als gesetzliche Aufgabe der Landesregierung bezeichnet haben. Wir müssen alle, insbesondere natürlich die Landesregierung, aufpassen, dass die Akzeptanz des humanen Strafvollzuges in der Gesellschaft nicht dadurch kippt, dass wir in der Öffentlichkeit völlig unverantwortliche Darstellungen haben. Ich hoffe sehr, meine Damen und Herren, dass Sie künftig mit mir dahin gehend konform gehen und dass wir sehr klare Zahlen und Perspektiven formulieren.

Insofern bin ich für Ihren Antrag, Herr Kubicki, sehr dankbar. Seien Sie versichert: Das Ministerium arbeitet sehr intensiv, und zwar - das muss ich jetzt doch urheberrechtlich sagen - nicht aufgrund des Antrages, sondern aufgrund der auch schon vor meinem Amtsantritt sehr bekannten Situation.

Das kann ich mir jetzt nicht verkneifen. Sie wissen alle: Die Haftanstalten sind fast 100 Jahre alt. Ihren aktuellen baulichen Zustand der rot-grünen Koalition anzulasten, ist ein bisschen schwierig.

(Heinz Maurus [CDU]: Regierungszeit beachten!)

Nichtdestotrotz sind wir uns einig: Der bauliche Zustand ist zu verändern. Es sind auch - theoretisch - alle Möglichkeiten zu prüfen, wie diese Situation geändert werden kann. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn Sie alle am Anfang dieser Woche zur Schlüsselübergabe nach Schleswig gekommen wären.

(Zurufe von der CDU)

(Ministerin Anne Lütkes)

- Ich möchte das nicht als Vorwurf werten, sondern nur sagen: Ich hätte mich sehr gefreut, wenn Sie gekommen wären.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir hatten keine Einladung!)

Sie hätten dann besichtigen können - aber das können Sie ja noch nachholen -, wie moderner Strafvollzug auch architektonisch ein Blick in die Zukunft und auch ein Blick in die Freiheit sein kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich lade Sie ein: Nutzen Sie die Gelegenheit, die Jugendanstalt in Schleswig kurzfristig zu besichtigen.

Wenn ich das noch anmerken darf, Herr Präsident: Ich würde es begrüßen, wenn Sie es noch täten, ehe sie bezogen ist. Denn es hat immer einen schlechten Beigeschmack, wenn eine Justizvollzugsanstalt, in der Menschen in schwierigen Situationen leben, besichtigt wird und wenn sozusagen die Menschen besichtigt werden, die dort im humanen Strafvollzug über ihre sehr schwierige Lebenssituation nachdenken und Perspektiven entwickeln wollen. Es wäre also schön, wenn Sie es bald täten. Die Anstalt lohnt sich auch im leeren Zustand.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Kollege Thorsten Geißler das Wort.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung nach Schleswig. Ich hätte mich noch mehr gefreut, wenn wir auch zur offiziellen Eröffnungsfeier eingeladen worden wären. Wir wären dieser Einladung gern gefolgt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Ministerin, natürlich lasten wir es Ihnen nicht an, dass es hier nach wie vor Einrichtungen gibt, die zu Kaisers Zeiten errichtet worden sind. Es wäre unrealistisch zu sagen, dass in der Zeit der rot-grünen Landesregierung alle diese Einrichtungen hätten erneuert werden können. Aber, meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen ein Beispiel.

Als es in Schleswig-Holstein zum Regierungswechsel kam, lagen Baupläne für eine hochmoderne Jugendanstalt vor, abgestimmt mit der Gemeinde, mit Schullungseinrichtungen, mit Werkstätten. Wir hätten in

Schleswig-Holstein längst einen hochmodernen Jugendvollzug haben können. Diese Pläne haben Sie damals in den Mülleimer geworfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Stattdessen haben Sie auf Dezentralisierung gesetzt und in Flensburg eine Einrichtung geschaffen, die zu keinem Zeitpunkt mit jugendlichen Strafgefangenen gefüllt war. Hier erfolgt mittlerweile wiederum die Mischung zwischen Jugendlichen- und Erwachsenenvollzug, die wir nicht haben wollen, die gesetzwidrig ist. Sie haben es in jahrelangen Bemühungen immerhin geschafft, für 73 jugendliche Gefangene eine, soweit ich dies beurteilen kann, vernünftige Einrichtung zu schaffen.

(Klaus-Peter Puls [SPD]: Trotz Ihres Widerspruchs!)

Wir konnten uns die Anstalt in Schleswig bisher noch nicht ansehen, aber wir werden es nachholen. Allerdings, meine Damen und Herren, bleibt die Masse der jugendlichen Gefangenen weiterhin in Neumünster. Es wird ein neues Gebäude bezogen, aber aus den internen Analysen des Justizministeriums wissen wir ja auch, dass die neuen Hafträume nicht wesentlich besser sind als die alten. Das heißt: Für die Masse der jugendlichen Gefangenen gilt in Schleswig-Holstein weiterhin der Armutsvollzug. Das ist das Ergebnis mehrerer Jahre rot-grüner Justizpolitik in Schleswig-Holstein, meine Damen und Herren. Das muss auch einmal festgestellt werden.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Grün hat das nichts zu tun!)

Wenn Sie von Versäumnissen der Vergangenheit sprechen: Wir hatten einmal eine Sozialtherapie in Schleswig-Holstein, eingerichtet von einer CDU-Landesregierung. Sie arbeitete vernünftig und hat gute Ergebnisse gerade im Bereich der Resozialisierung erbracht. Sie ist von der Vorgänger-Landesregierung abgeschafft worden. Gute Personalstrukturen sind aufgelöst worden. Jetzt wird sie aufgrund einer Verpflichtung des Bundesgesetzgebers mit viel Geld wieder errichtet werden müssen. Es macht natürlich keinen Sinn, eine funktionierende Einrichtung zu zer schlagen, und anschließend muss sie mit großem Aufwand wieder errichtet werden - und das in Zeiten knapper Kassen.

Wenn Sie sich anschauen, meine Damen und Herren, was der Landesrechnungshof gerade zum Jugendvollzug, zu Schleswig, vor einigen Jahren bemerkt hat, welche Millionenbeträge dort verschwendet worden

(Thorsten Geißler)

sind, dann kann ich nur sagen: Das ist keine stolze Bilanz.

(Holger Astrup [SPD]: Aber warum denn?
Weil Sie das verzögert haben!)

Frau Ministerin, das ist Ihnen nicht anzulasten. Sie haben diese desolaten Verhältnisse übernommen. Aber ich sage es noch einmal, meine Damen und Herren: Wir werden natürlich sehr genau fragen: Was sagt der Bericht aus, welche konkreten Maßnahmen werden angekündigt und wie werden sie realisiert? Dann werden wir zum gegebenen Zeitpunkt Bilanz ziehen. Frau Ministerin, dann werden Sie dem Parlament darlegen müssen, was es an konkreten Verbesserungen gegeben hat. Daran werden wir Sie messen, nicht an dem, was vor Ihrer Zeit geschehen ist. Das ist desolat, aber Ihnen nicht anzulasten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Berichtsantrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 15/120, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein und sehen uns um 15 Uhr wieder.

(Unterbrechung: 13:22 Uhr bis 15:00 Uhr)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Meine Damen und Herren, wir wollen in der Abwicklung der Tagesordnung fortfahren. Ich denke, wir alle hatten eine angenehme Mittagspause.

Bevor wir mit dem Tagesordnungspunkt 10 fortfahren, begrüße ich auf der Besuchertribüne Besuch vom 4. Panzerflak-Lehrbataillon 610 aus Rendsburg; es sind 50 Soldaten. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Förderung der Biotechnologie

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/119

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Für die F.D.P.-Fraktion hat Frau Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Biotechnologie ist für sich genommen ein alter Hut. Wir haben mehrfach darüber gesprochen. Ich freue mich dennoch, heute diesen Antrag einbringen zu können.

Die Anwendung der Methoden der Gentechnik macht aus dieser Uralt-Technologie von vor 5.000 Jahren eine moderne Technologie mit enormen Zukunftschancen. Völlig richtig wird daher in der Juni-Ausgabe des Informationsmagazins der Technologiestiftung Schleswig-Holstein die Gentechnik als tragende Säule der modernen Biotechnologie beschrieben.

„Sie stellt“

- ich zitiere -

„eine Querschnittstechnologie dar, die weite Bereiche der Medizin, der Chemie, der Landwirtschaft, der Lebensmittelverarbeitung und des Umweltschutzes beeinflusst.“

In der Einleitung des Beitrags heißt es:

„Die Biotechnologie gilt als **Schlüsseltechnologie** des 21. Jahrhunderts.“

Das ist eine Formulierung, die auch die rot-grüne Bundesregierung bei der Beantwortung der Großen Anfrage der F.D.P.-Bundestagsfraktion zur Gentechnik gewählt hatte. Auch diese Formulierung ist richtig - also breite Übereinstimmung!

Damit wird deutlich: Das Zusammenwirken von Gentechnik und Biotechnologie ist von verantwortlichen Politikern begriffen worden. So ist auch die Ankündigung des Landes Rheinland-Pfalz zu verstehen, das in den nächsten Jahren im Zentrum für grüne Gentechnik in Neustadt an der Weinstraße über 8 Millionen DM investieren will.

Unsere Landesregierung wird nicht müde, von den großen Fördermöglichkeiten zum Beispiel auch durch die Programme „ziel“ und „ZAL“ zu schwärmen. Wir haben als F.D.P. immer deutlich gemacht, dass wir in diesen Programmen eine Chance sehen, die Wirtschaftskraft des Landes nachhaltig zu stärken. Das kann nur gelingen, wenn man in Technologien mit Zukunftschancen investiert. Die moderne Biotechnologie unter Einbeziehung der Gentechnik ist eine solche Zukunftschance.

Die rot-grüne Bundesregierung hat dies erkannt und setzte das von der alten Bundesregierung initiierte nationale Forschungsprojekt „GABI“ - Genomanalyse im biologischen System Pflanze - fort. Daran sind Institutionen und Unternehmen des Landes Schles-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

wig-Holstein beteiligt. Dies zeigt den hohen wissenschaftlichen Standard, der in Schleswig-Holstein erreicht wurde, auch ohne dass dies von dieser Landesregierung gefördert wurde. Gleichwohl wollen wir diesen nutzen, um durch eine zügige Überführung von biotechnologischen Forschungsergebnissen in wirtschaftliche Anwendungen die internationale **Wettbewerbsfähigkeit** zu stärken.

Zurzeit sind in Schleswig-Holstein 2.000 Menschen mit biowissenschaftlicher und biomedizinischer Forschung beschäftigt, 9.000 Studenten werden in Biotechnologie ausgebildet, in 68 Biotechnologieunternehmen arbeiten etwa 800 Menschen in Forschung und Entwicklung. Dies sind gute Voraussetzungen, um Schleswig-Holstein als Standort für Biotechnologie weiter auszubauen.

Ein weiteres Anliegen ist es uns, die Züchtung von Pflanzensorten zu unterstützen, die die Nutzungsmöglichkeiten von Pflanzen als nachwachsende Rohstoffe verbessern. Die Agenda 21 hat die Hinwendung zu nachhaltigem Wirtschaften zum Ziel. Dazu kann die vermehrte Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen einen wichtigen Beitrag leisten.

In der Diskussion um die **Freisetzung** transgener Sorten wird immer von Forschungsbedarf gesprochen. Dieser ist unzweifelhaft vorhanden. Allerdings ist eine Ursache dafür die Tatsache, dass die Zerstörung von Feldern mit transgenen Pflanzen die Investitionen in solche Begleitforschung äußerst verlustreich werden lässt. Diejenigen, die solche Begleitforschung fordern, sind aufgerufen, sich auch für ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit einzusetzen und insbesondere auch die Ergebnisse zu rezipieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Bündnisgrünen haben in den verschiedensten Politikbereichen deutlich gemacht, dass sie nicht bereit sind, wissenschaftliche Ergebnisse aufzunehmen, die ihren ideologischen Vorstellungen nicht entsprechen. All denen, die sich mit diesem Politikfeld beschäftigen, ist bewusst, dass die Anwendung gentechnischer Methoden von den Menschen im Land mit **Skepsis** betrachtet wird. Dies ist auch in der Enquetekommission „Gentechnik“ in der vergangenen Legislaturperiode angesprochen worden und es wurde nach Lösungen gesucht.

Die F.D.P. will die vorhandene Skepsis nicht beiseite schieben. Gleichzeitig gibt es aber keinen Grund, weitere Ängste zu schüren. Wir haben mit der Durchführung einer gut dokumentierten Anhörung zur grünen Gentechnik, mit der Durchführung eines Landestage zum Thema Bio- und Gentechnik der Öffentlichkeit ein umfassendes, qualifiziertes Informati-

onsangebot gemacht. Es ist jedoch nicht zu erkennen, dass die Regierung entsprechend ihrem Wissen und ihren Möglichkeiten und ihrer eigenen Einschätzung von der Bedeutung der Gentechnik als Querschnittstechnologie für die Anwendung dieser Technik eintritt. Wenn wir die Chancen nutzen wollen, ist die Regierung aufgefordert, dafür auch öffentlich einzutreten.

Peinlich genau hat die Ministerpräsidentin darauf geachtet, dass in ihrer Regierungserklärung das Wort „Gentechnik“ nicht vorkam. Der Koalitionsvertrag dient in diesem Abschnitt allein der Beruhigung der rot-grünen Klientel. Auf diese Weise wird der von der Enquetekommission „Gentechnik“ nachdrücklich und einvernehmlich geforderte Diskurs verhindert.

Wir als F.D.P. wollen nicht, dass zur Sicherung der Existenz der Grünen die Entwicklung der Gentechnik in Schleswig-Holstein weiter behindert wird. Wir wollen diese Technologie weiter fördern und wir wollen auch weiter darüber sprechen, denn nur so können wir die Akzeptanz der Menschen im Land erreichen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort erhält für die SPD-Fraktion der Herr Abgeordnete Jürgen Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ohne Frage: Es besteht kein Zweifel daran, dass die Biowissenschaften in den kommenden Jahren eine dominante Rolle im wissenschaftlichen und ökonomischen **Innovationsprozess** spielen werden, wahrscheinlich nur vergleichbar dem der Physik vor 100 Jahren. Der Biotechnologie kommt dabei auch in unserem Land eine steigende Bedeutung zu. Es sind vier Punkte, die hervorzuheben wichtig ist, um deutlich zu machen, dass wir als Schleswig-Holsteiner und als Land Schleswig-Holstein gute Startbedingungen dafür haben.

Zum Ersten: In Schleswig-Holstein besitzen die Bereiche Nahrungsmittel, Landwirtschaft, Gesundheit, Meer und Umwelt einen hohen Stellenwert. Gerade dies sind Sektoren, in denen Biotechnologie eine ganze Menge zu leisten vermag. Man kann also ohne Übertreibung sagen, dass moderne biowissenschaftliche Kompetenz in Forschung, Entwicklung und Anwendung in unserem Land einen sehr guten Nährboden hat.

Zweitens: Eine weitere gute Basis für die nutzbringende Anwendung dieser Technologien besteht in der

(Jürgen Weber)

Struktur unserer Wirtschaft, insbesondere in der spezifischen Entwicklung der Branchen wie der Nahrungsmittelherstellung, der Umweltwirtschaft oder auch der Medizintechnik. Auch dies sind positive Anknüpfungspunkte.

Ein drittes ausbaufähiges Potential liegt ohne Zweifel in unseren Hochschulen und in den großen Forschungseinrichtungen. Die Spannbreite ist dort auch deutlich größer, als es oftmals öffentlich wahrgenommen wird. Ich nenne als Beispiel die Forschung an der Fachhochschule Flensburg zu Methoden des Nachweises von gentechnisch veränderten Lebensmitteln bis hin zur Krebsforschung im Bereich der Hämatopathologie an der CAU. Es ließe sich sicherlich eine ganze Reihe zusätzlicher Beispiele nennen.

Nicht zuletzt möchte ich auf eine vierte Säule hinweisen, die nicht oft genug erwähnt werden kann, nämlich darauf, dass durch die Bioinitiative Nord und durch die Beteiligung am Bioregio-Wettbewerb Grundlagen gelegt und Anstöße formuliert worden sind, hier etwas auf den Weg zu bringen. Ich verweise an dieser Stelle auf eine Empfehlung der Enquetekommission, die uns empfiehlt, diesen Bereich auszubauen. Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung dafür ja auch ein Signal gesetzt.

Nun setzen jede Entscheidung und jedes Handeln hinsichtlich der Förderung neuer Technologien eine klare und deutliche **Bewertung von Nutzen und Risiken** voraus, umfassend, transparent, vor allem aber auf höchstem wissenschaftlichen Niveau und unter Einbeziehung eines breiten gesellschaftlichen Diskurses. Für längere Ausführungen zu diesem Komplex ist hier keine Zeit. Ich möchte nur ein paar Stichworte nennen, um klarzumachen, dass wir auch in der Nutzendefinition noch etwas über das hinausgehen müssen, etwas breiter diskutieren müssen, als es im F.D.P.-Antrag steht.

Ich nenne aus dem Bereich der so genannten grünen Gentechnik als Stichworte Möglichkeiten für den Schutz vor Pflanzenkrankheiten, die Verbesserung von Kulturpflanzen mit Inhaltsstoffen von besonderem ernährungsphysiologischem Wert, Nutzpflanzen mit verminderten Allergiepoteentialen, Pflanzen als Bioreaktoren zur Produktion von pharmazeutischen Erzeugnissen und vieles mehr - alles nützliche Entwicklungen unter Anwendung der Option der Biotechnologie, aber gleichzeitig natürlich Herausforderung dafür, Forschungsziele und Anwendungsbereiche, ökonomischen Nutzen und ökologischen Nutzen bei der Förderung differenziert und gemeinsam in den Blick zu nehmen.

(Unruhe)

Nun ist es kein Geheimnis, dass der gesamte Komplex der Biotechnologie vor allem durch einen seiner zentralen Bereiche, die Gentechnologie, höchst umstritten diskutiert wird. Auch darauf möchte ich jetzt nicht im Detail eingehen, sondern deutlich sagen, dass wir eines festhalten sollten: Mindestvoraussetzung - ich betone: Mindestvoraussetzung - für die Förderung von Forschung und Entwicklung des gesamten Spektrums der Biotechnologie sind für uns die Implementierung von **Technikfolgenabschätzung und Begleitforschung** zu allen Aspekten ihrer ökologischen Auswirkungen. Dazu gehört auch die ständige Evaluation der Zulassungsverfahren in Deutschland beziehungsweise der EU, sowohl was Freisetzungsversuche als auch In-Verkehr-Bringung angeht. Wir tun gut daran - das möchte ich unterstreichen -, darauf zu beharren, dass der Fortschritt, des biotechnologischen, des molekularbiologischen und des ökosystemaren Wissens dem Menschenschutz, dem Gesundheitsschutz und dem Schutz der Umwelt tatsächlich zugute kommt. Das sollte Common Sense aller politisch Verantwortlichen sein.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluss ein Zitat aus der gestrigen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vortragen.

(Zurufe)

- Es ist erstaunlich, dass bei der Nennung der „FAZ“ Unruhe auf der rechten Seite des Hauses entsteht. Höchst bemerkenswert!

(Zurufe)

Lassen Sie mich als Letztes folgende Sätze aus dem Aufsatz von Bill Joy hervorheben:

„Meine Hoffnung richtet sich auf eine breite Diskussion (...). Eine Diskussion mit Menschen aus den verschiedensten Lebensbereichen und in einem Klima, das weder durch Technikangst noch durch blindes Vertrauen in die Technik geprägt ist, verlangt es, ernst genommen zu werden. Horrorgemälde nutzen genauso wenig wie vorsätzliche Gedankenlosigkeit.“

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Lassen Sie uns das, was die F.D.P. aufgeschrieben hat, was verbesserungsnotwendig und -fähig ist, zusammen mit der tatsächlichen Auswertung der Ergeb-

(Jürgen Weber)

nisse der Enquetekommission, die in den Ausschüssen bisher noch nicht diskutiert worden sind,

(Widerspruch der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

in den Ausschüssen beraten. Deswegen plädiere ich für die Ausschussüberweisung des F.D.P.-Antrages. Ich freue mich auf die weitere Debatte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Brita Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An der Biotechnologie und ihrem Folgekapitel Gentechnologie scheiden sich in unserem Land noch immer die Geister. Die einen haben längst die Zukunftsbedeutung dieser Technologien für das Wohl der Menschen und ihre Arbeitsplätze erkannt, die anderen beschäftigen sich nach wie vor im Wesentlichen mit den Ängsten, die diese Technologien bei der Bevölkerung hervorrufen können.

(Widerspruch der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Weber, Sie haben eben so hoffnungsvoll angefangen und gesagt, welche guten Startbedingungen in diesem Land angeblich herrschen, im zweiten Teil Ihrer Rede haben Sie sich jedoch im Wesentlichen mit den Ängsten beschäftigt. Das ist bedauerlich und deswegen kommen wir hier leider nicht voran.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Das **Schüren von Ängsten** geht hin bis zur Desinformation. Ein Flensburger Professor erzählte mir vor ein paar Jahren, er habe auf dem Holm eine Gruppe von Gentechnologie-Gegnern gesehen, die ein Transparent dabei hatten mit der Aufschrift „Wir fordern Lebensmittel ohne Gene“.

(Heiterkeit)

Er habe diese Leute erst einmal über die von wenig Sachkenntnis getriebene Forderung aufgeklärt.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Herr Hentschel, der im Moment leider nicht im Raum ist

(Unruhe)

- ich sehe Herrn Hentschel nicht -, besitzt natürlich bessere Kenntnisse in der Bio- und Gentechnologie,

doch auch er übt sich im Schüren von Ängsten: „Die Geschichte der modernen Industrie ist eine Geschichte der Unfälle“, warnte er laut „Kieler Nachrichten“ vom 27. Mai dieses Jahres.

Die Geschichte der Fortschritte der modernen Industrie dagegen ist ihm nicht erwähnenswert: Die moderne Industrie hat zu einem Wohlstand für alle geführt, zu einer Fortschrittsmedizin, die - zumindest in Deutschland - der gesamten Bevölkerung zur Verfügung steht, und zu einer Erhöhung der Lebenserwartung, die allmählich an das 80. Lebensjahr heranreicht, vor allem für die Frauen, die das meiner Meinung nach auch verdient haben - und das, obwohl ein Drittel der Bevölkerung das 60. Lebensjahr nicht erreicht.

(Unruhe)

Trotzdem leugnen die Grünen den technischen Fortschritt für unser Land, der zur Verbesserung der Lebenssituation der gesamten Bevölkerung geführt hat. Sie wollen nicht wahrhaben, dass Bio- und Gentechnologie **Schlüsseltechnologien** für die Entwicklung unseres Landes sind, wie es einst die Chemie gewesen ist. Stattdessen überschreiben sie eine Presseerklärung mit der Überschrift „Gen-Veto für das Land“. Vielleicht kann mir einmal jemand erklären, was das sein soll. Wollen Sie ein entkerntes Schleswig-Holstein, ohne Menschen, ohne Tiere, ohne Bäume, ohne Pflanzen, in dem nichts mehr sein soll, wo Gene drin vorkommen? Was soll so ein Blödsinn? Wie kann man so eine Überschrift über eine Presseerklärung der Fraktion setzen! Das verstehe ich nicht, Herr Nabel.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie fordern weiter eine **Landesaufsichtsbehörde** zur Kontrolle, Risikoabschätzung und Klärung ethischer Fragestellungen. Hier soll eine neue Behörde geschaffen werden, die nur eine Aufgabe hat: Unbequeme Entscheidungen in Bezug auf eine ideologisch negativ befrachtete Technik sollen den von den Parteien aufgestellten und vom Volk gewählten Abgeordneten abgenommen werden. Sie drücken sich damit vor der Verantwortung eines Volksvertreters, repräsentativ für die Bevölkerung Entscheidungen treffen zu müssen. Dafür sind sie gewählt worden. Das gleiche Phänomen hatten wir in der letzten Legislaturperiode schon einmal, nämlich bei der Enquetekommission zur Gentechnologie. Auch da wurde auf Zeit gespielt. Herr Weber, es stimmt nicht, der Abschlussbericht der Enquetekommission ist sehr wohl in den Ausschüssen beraten worden. Im Wirtschaftsausschuss ist

(Brita Schmitz-Hübsch)

der Bericht in der letzten Legislaturperiode behandelt worden.

(Jürgen Weber [SPD]: Das ist der einzige Ausschuss!)

- Ja, der Wirtschaftsausschuss war sich eben seiner Verantwortung bewusst.

Das Land Schleswig-Holstein liegt in der Anwendung der Bio- und Gentechnologie im Vergleich zu anderen Bundesländern weit zurück - weit zurück! Rechtzeitig zu der heutigen Debatte erschien die Ausgabe 30 des Informationsmagazins der Technologiestiftung Schleswig-Holstein, aus der eben schon Frau Hap-pach-Kasan zitiert hat. Dort beschreibt der scheidende Direktor Friebe, wie die Technologiestiftung bereits 1994 - also vor sechs Jahren - eine Studie in Auftrag gegeben hatte, die das Potential für die wirtschaftliche Nutzung der Biotechnologie in Schleswig-Holstein sondieren sollte.

(Anhaltende Unruhe)

In dem Informationsmagazin heißt es wörtlich:

„In ihrer Funktion als tragende Säule der Gentechnik fand die Biotechnologie jedoch kaum gesellschaftliche Akzeptanz. Daher verhielten sich auch Unternehmer und Wissenschaftler einer Projektpräsentation gegenüber zurückhaltend. Die Erhebungen gestalteten sich schwierig. Ein Wandel setzte erst mit dem vom BMBF ausgeschriebenen **Bio-Regio-Wettbewerb** ein.“

Der letzte Satz ist richtig, aber er ist nur die halbe Wahrheit. Zur ganzen Wahrheit gehört auch, dass sich die schleswig-holsteinische Landesregierung erst nach mehrfachen Ermahnungen durch den damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Hennig auf den Weg zur Teilnahme an diesem innovationsfördernden Wettbewerb gemacht hatte. Durch das lange Zögern drohte Schleswig-Holstein den Anschluss zu verlieren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Wir begrüßen den Antrag der F.D.P. und werden ihm zustimmen. Dabei meinen wir, dass er mit seinen sanften Forderungen nach vermehrter Forschung im grünen Gentechnikbereich auch die Zustimmung der Regierungsfaktionen finden müsste. Wir meinen aber, dass wir in Zukunft noch häufiger über dieses Thema diskutieren müssen. Die Frage eines zentralen Gründer- und Innovationszentrums, wie von uns bereits vor zwei Jahren gefordert, von ihnen abgelehnt, ist noch nicht endgültig geklärt. Die Landesregierung will inzwischen drei vorhandene kleine Zentren ausbauen. Die Technologiestiftung befürwortet eher ein großes Zentrum in der

Nähe einer Hochschule. Das entspricht der Forderung der CDU. Wenn wir überhaupt noch den Anschluss an die übrigen Bundesländer wiederfinden wollen, müssen wir heute mutige Entscheidungen treffen und in die Zukunft investieren. „Nicht kleckern, sondern klotzen“, muss die Devise lauten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält jetzt Frau Abgeordnete Irene Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 1996 führt die Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft Hamburg als erste deutsche Forschungsstätte ein **Freisetzungsvorhaben** von gentechnisch veränderten Gehölzen auf dem Gelände des Forstgenetischen Instituts in Großhansdorf durch. 480 genmanipulierte Zitterpappeln und 180 unveränderte Kontrollpflanzen sollen fünf Jahre lang beobachtet werden. In diesem Versuch soll über mehrere Jahre beobachtet werden, ob ein künstlich eingebautes Merkmal in langlebigen Forstpflanzen überhaupt erhalten bleibt. Zwei Jahre zuvor hatte die Universität Hamburg einen Freisetzungsvorhaben mit genetisch veränderten Kartoffeln aufgegeben, weil sie unter anderem die Frage der Hamburgischen Bürgerschaft nicht beantworten konnte, wie sie sich denn das risikolose Nebeneinander von Genkartoffeln und biologischem Landbau auf dem benachbarten Staatsgut Wulfsdorf vorstelle.

Im Bereich der Grundlagenforschung mit gentechnisch veränderten Tieren stellte sich heraus, dass zum Beispiel ein Frostresistenzgen, das Lachsen in norwegischen Zuchtfarmen verabreicht wurde, zu unvorhergesehenem Riesenwuchs führte. Über die gewünschte Frostresistenz wurde nichts berichtet. Selbstverständlich sind diese veränderten Gene nicht mehr rückholbar und bedrohen die genetische Vielfalt der Wildlachse. Im Erbgut von 90 % der norwegischen Wildlachse ließen sich Kreuzungen mit frei gekommenen Mastlachsen nachweisen. Guten Appetit an alle Feinschmecker!

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, dann komme ich mit meiner Zeit nicht aus. Tut mir Leid.

Obwohl Auskreuzungen von Hybridpflanzen immer als höchst unwahrscheinlich eingeschätzt wurden, musste man zur Kenntnis nehmen, dass diese nachgewiesen wurden. Uns allen sind die wider Erwarten blühenden Pappeln in Erinnerung. Auch sonst gibt es immer wieder mehr oder weniger unliebsame Überraschungen, zum Beispiel seinerzeit bei dem Petuniexperiment. Und kürzlich musste die Firma „Monsanto“ einräumen, dass unbeabsichtigt und unerwartet in einem schon seit Jahren freigesetzten gentechnisch veränderten Soja zusätzliche Sequenzen entdeckt wurden. Auf die verunreinigte Saatgutlieferung kommen wir ja noch zu sprechen.

So viel also zu den **Risiken**. Nun sollen wir nach dem Willen der F.D.P.-Fraktion die Landesregierung, die sich bisher mit berechtigter Skepsis im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu warnenden Stellungnahmen veranlasst sah, auffordern, nicht nur Forschungen in Hochschulen zu fördern, sondern auch in Unternehmen. Und Frau Schmitz-Hübsch hat uns noch einmal mit noch mehr Druck die wirtschaftliche Bedeutung und die Expansionsbedürftigkeit dieser ganzen Technologie dargestellt.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich stimme dem natürlich nicht zu, aber ich werde Ihnen jetzt darstellen, warum. Mich wundert, wie eine ernst zu nehmende und wissenschaftliches Arbeiten gewöhnte Politikerin wie Frau Happach-Kasan einen solchen Antrag formulieren kann.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Oh, oh!)

Immerhin sieht die oben angesprochene Freisetzung in Großhansdorf einen Beobachtungszeitraum von fünf Jahren vor und wäre 2001 abgelaufen. Danach könnte man allenfalls die dort gemachten Erfahrungen auswerten und gegebenenfalls zu dem Schluss kommen, dass zu weiteren Befürchtungen kein Anlass bestehe, man also getrost in eine weitere Entwicklung und Förderung einsteigen könne - wohlgerne ein Konjunktiv! Allerdings wäre auch diese Annahme ziemlich euphorisch, denn **Auswirkungen auf das Ökosystem** zeigen sich nach Meinung von Fachleuten erst in längeren Zeiträumen. Ich zitiere dazu aus einer Pressemitteilung des Umweltbundesamtes vom 3. November 1995:

„Spätestens anlässlich der Waldschadensdiskussion ist auch Außenstehenden klar geworden, dass die Komplexität ökosystemarer Zu-

sammenhänge der Lebewesen untereinander sowie mit ihrer unbelebten Umwelt in vielen Fällen nicht einmal ansatzweise erforscht ist. Wie viel weniger kann man verlässliche Vorhersagen über das Verhalten künstlicher neu eingebrachter Organismen treffen.“

Mit den Einzelpunkten des Antrages will ich mich nur ganz kurz beschäftigen. Ich will aber sagen, ich finde, wenn die neue Liberalität darin besteht, bedenkenlos neue Risiken einzugehen und das womöglich mit Freiheit zu verwechseln, dann sind gerade die Zukunftsfragen unserer Demokratie in der Spannung von Freiheit und Verantwortung, von Individualität und gesellschaftlicher Verpflichtung, nicht einmal annähernd erfasst.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sind doch alles Worthülsen!)

Liberalität im Westentaschenformat, so nenne ich das. Und ich kann eine Hildegard Hamm-Brücher verstehen, die sagt, heutzutage würde sie in die Partei der Grünen eintreten und nicht mehr in die der F.D.P.

(Günther Hildebrand [F.D.P.]: Wenn sie Sie kennen würde, würde sie das nicht sagen! - Heiterkeit bei der F.D.P.)

Es erinnert mich an die fatale Diskussion der 70-er Jahre über die Nutzung der so genannten Kernenergie, als uns mit dem Slogan von der friedlichen Nutzung weisgemacht werden sollte, es ginge um nicht mehr oder weniger als um die neue schöne Welt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

Ich kann Ihnen nur raten, diese Generation nicht zu unterschätzen. Wenn selbst ein Thomas Gottschalk angesichts des auch von ihm mit freigesetzten neuen deutschen Humors eher ins Grübeln kommt, dann sollten wir Politikerinnen und Politiker den Versuchen des „Infotainments“ widerstehen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Abgeordnete, ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss. - Frau Abgeordnete Happach-Kasan, die Grundlagenforschung unter unternehmerischer Initiative wird gemacht. Professor Jung betreibt hier in Kiel, mit öffentlichen Mitteln unterstützt, eine entsprechende Forschung. Er sollte seine Erkenntnisse der konventionellen Züchtung zur Verfügung stellen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Abgeordnete, darf ich Sie an die Redezeit erinnern. Ihr letzter Satz bitte!

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss. Dieses alles veranlasst uns, **strenge Auflagen und Grenzen** für die Forschung und Anwendung gentechnischer Verfahren zu fordern, nicht aber deren Erleichterung. Deswegen hat die Ministerpräsidentin unsere volle Unterstützung, wenn sie in ihrer Regierungserklärung lediglich auf die Förderung medizinischer Projekte abstellt. Wir werden allerdings einer Überweisung in den Ausschuss zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Wie großzügig!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem SSW ist nicht verborgen geblieben, dass der Antrag der F.D.P. das widerspiegelt, was die Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ in ihrem Abschlussbericht im letzten Jahr - auch mit Unterstützung des SSW - mehrheitlich angenommen hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Hier hat der SSW unter anderem die Weiterentwicklung des Landes und die Förderung und Forschung im Bereich der Gentechnologie als tragende Säule der Biotechnologie gefordert. Wenn wir bedenken, wie umfangreich die Arbeit der Enquetekommission war, stellen wir fest, dass der uns heute vorliegende Antrag nur einen Teilbereich dieses umfassenden und kontroversen Themenkomplexes berücksichtigt. Angesichts der heute zur Verfügung stehenden Zeit lässt sich das wohl auch nicht anders machen, das gebe ich unumwunden zu.

Wir wissen, dass Gentechnologie nicht alles ist, was unter die Definition Biotechnologie fällt. Biotechnik ist mehr als das. Daher verteufelt der SSW die Biotechnologie auch nicht. Wir müssen uns allerdings klarmachen, dass Biotechnik auch nicht plötzlich und unerwartet vom Himmel gefallen ist, sondern immer da war. Es gibt natürliche Prozesse, die dort eine Rolle spielen. Auch das müssen wir bedenken.

(Beifall bei SSW und F.D.P. sowie vereinzelt bei der CDU)

Und wir müssen uns weiter klarmachen, dass sie künftig in einigen Bereichen eine wichtige **Zukunfts-technologie** sein wird, sofern sie es heute nicht schon ist. Das ist eine Tatsache.

Biotechnologie birgt Marktchancen in sich, denen wir uns nicht verschließen können - ich betone „können“.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und Joachim Behm [F.D.P.]

Der Abschlussbericht der Enquetekommission macht deutlich, dass die positiven Erwartungen, mit Hilfe von Gentechnik krankheitsresistente Pflanzen zu entwickeln, um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft zu minimieren, nicht ganz überzeugend erfüllt werden konnten. Auch das ist eine Tatsache. Andererseits macht der Bericht der Landesregierung zum Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie deutlich, dass noch viel Potential in der so genannten roten Biotechnologie - also in der medizinischen - steckt, die heute schon stark genutzt und auch von der Landesregierung gefördert wird. Darauf hebt ja auch der Antrag ab.

(Unruhe)

Dass Biotechnologie in den verschiedenen Sektoren auf so unterschiedliche Akzeptanz stößt, ist nicht nur in Schleswig-Holstein ein typisches Phänomen, sondern das ist bundesweit und sogar weltweit festzustellen.

Dies bestätigt nicht nur, wie umstritten dieses Thema ist.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit für den Redner bitten.

Lars Harms [SSW]:

Daher ist es für den SSW wichtig, das Für und Wider genau abzuwägen, ohne jedoch die Chancen und auch die Risiken aus den Augen zu verlieren.

Auch wenn ich an die bevorstehende Debatte zur Saatgutverunreinigung denke, die wir gleich führen werden, bin ich der Auffassung, dass wir in einem Land leben, das aufgrund seiner hohen **Technologie-standards** und seiner rechtlichen Rahmenbedingungen eine gute Voraussetzung bietet, die Biotechnik

(Lars Harms)

gesichert weiterentwickeln zu können. Darauf müssen wir Wert legen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aus diesen Gründen wäre es fatal, das Feld ohne weiteres zu räumen und es einfach anderen zu überlassen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Damit würden wir Tür und Tor für Missbrauch öffnen, ohne direkt Eingriffsmöglichkeiten zu haben. Das kann nicht gewollt sein.

Wir alle wissen, dass wir heute schon mehrere Biotechnologieunternehmen in Schleswig-Holstein haben, die in der Biomedizin, Landwirtschaft, Umwelt oder im Ernährungsbereich tätig sind. Es besteht die Chance, ein breites Grundwissen über die Zusammenhänge in der Landwirtschaft zu schaffen, das dazu beitragen könnte, die landwirtschaftlichen Strukturen in Schleswig-Holstein zu sichern.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Jawohl!)

In Niebüll wird demnächst das **Nordfriesische Innovationscenter** ausgebaut, wo man sich dann verstärkt mit nachwachsenden Rohstoffen beschäftigen will. Dies begrüßt der SSW, da hier **Grundlagenforschung** betrieben wird, die für die regenerative Energieversorgung - ein grünes Hobbythema - von großer Bedeutung sein kann.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wichtig ist für den SSW jedoch, dass wir in Zukunft eine breite Diskussion über Gentechnik und Biotechnologie haben. Dies ist auch eine Forderung der Enquetekommission. Wir sehen es auch als notwendig an, im Ausschuss eine umfangreiche Diskussion auf der Grundlage des Abschlussberichts der Enquetekommission und des Landtagsberichts zum **Gründerzentrum Biotechnologie** zu führen. Das ist bisher noch nicht geschehen. Trotzdem sind wir der Auffassung, dass es notwendig ist, die Begleitforschung und gegebenenfalls die Produktion weiter zu stärken, um am Markt bestehen zu können und die Chancen der Biotechnologie für die Menschen nutzbar zu machen. Dort, wo die Chancen für den Menschen höher einzuschätzen sind als die Risiken, muss man handeln und Schleswig-Holstein sollte dabei sein. Wir behalten jedoch unsere Forderung bei, dass verstärkte Kontrollen dringend notwendig sind.

Die Enquetekommission gibt am Ende ihres Berichtes folgende Empfehlung:

„Das Land Schleswig-Holstein sollte prüfen, auf welchem Weg eine Initiative zur Ver-

sachlichung des Diskurses über die Gentechnik ergriffen werden kann.“

Dies gilt meiner Meinung nach für die gesamte Biotechnologie. Dies sollten wir in den Ausschüssen noch einmal beraten.

(Beifall bei SSW, SPD, CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Fröhlich, da Sie die Frage nicht beantworten wollten, möchte ich doch noch einmal auf das Thema zurückkommen. Wir sollten ganz genau wissen, worüber wir sprechen. Es ist schlicht nicht so, dass transgene Pflanzen oder Tiere gentechnisch veränderte Gene enthalten. Das stimmt nicht. Diese Gene sind genauso natürlich entstanden wie alle anderen Gene auch. Sie sind nur auf gentechnischem Weg in einen anderen Organismus eingebracht worden. Dies muss auch nicht unbedingt ein absolutes Drama sein.

Wir wissen zum Beispiel aus der Rapsforschung, dass es Gene gibt, die ebenfalls in anderen Kreuzblütlern vorkommen, die man sowohl auf gentechnischem Wege als auch mit der herkömmlichen Pflanzenzüchtung übertragen kann. Es geht also beides. Von daher ist die Stigmatisierung eines gentechnisch übertragenen Gens inhaltlich einfach falsch.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Wissenschaftszentrum in Berlin hat dazu eine umfangreiche **Technikfolgenabschätzung** durchgeführt. Dieser Prozess lief zwei Jahre lang. Es ist ein dicker weißer Band erschienen. Ich bin gern bereit, Ihnen diesen Band einmal zur Verfügung zu stellen. Darin wird ebenfalls dargelegt, dass für eine bestimmte Eigenschaft einer Pflanze nicht entscheidend ist, in welcher Weise sie gezüchtet worden ist, ob sie mit gentechnischen Methoden oder herkömmlichen Methoden gezüchtet worden ist; entscheidend sind vielmehr die Eigenschaften einer speziellen Sorte. - Frau Fröhlich, schütteln Sie nicht den Kopf. Das ist so. - Gut; das Nicken ist schon besser.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Von daher müssen wir uns nicht über gentechnische Züchtungsmethoden unterhalten, sondern wir müssen

(Dr. Christel Happach-Kasan)

uns über die speziellen Eigenschaften der Sorten unterhalten.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da kann man sich beispielsweise sowohl über den Nutzen als auch über die Risiken unterhalten. Man kann sich dann auch über die Risiken von herkömmlich gezüchteten Sorten unterhalten. Wir sollten in unseren Definitionen etwas genauer sein.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der zweite Fehler in Ihrer Rede war folgender. In **Großhansdorf** haben keine **Pappeln** geblüht. Wider Erwarten ist es zu Blütenknospen gekommen. Diese sind vom wissenschaftlichen Personal sehr sorgfältig beobachtet worden. Sie sind rechtzeitig gefunden worden. Sie sind abgeschnitten worden. Sie sind entfernt worden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Entgegen allen Erwartungen!)

- Frau Fröhlich, ich bin Biologin und kann Ihnen sagen - das wird Ihnen jeder andere Biologe auch sagen -, dass das Verhalten von biologischen Organismen nicht in allen Punkten determinierbar ist. Das sind keine Maschinen, sondern das sind Organismen.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Deswegen machen wir ja in der Biologie tatsächliche Experimente. Wir wollen nämlich wissen, ob bestimmte Erwartungen erfüllt werden. Sonst bräuchten wir bestimmte Experimente gar nicht zu machen; es wäre einfach so.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie sagen, ich setzte mich bedenkenlos ein. Ich möchte erwähnen, dass die F.D.P.-Landtagsfraktion die erste und einzige Fraktion in diesem Haus ist, die allein - weil es dieser Landtag mit Ihrer Stimme abgelehnt hat, eine **Anhörung zur Gentechnik** durchzuführen - eine Anhörung durchgeführt hat. Dabei ist eine sehenswerte Publikation herausgekommen. Ich kann Ihnen kein Exemplar mehr geben, weil die Bevölkerung im Land diese sehr stark nachgefordert hat und wir deswegen keine Exemplare mehr haben.

Ich darf noch ein Wort zu meiner Parteifreundin Hamm-Brücher sagen. Sie hat mir in einem handgeschriebenen Schreiben ihre Solidarität versichert. Ich glaube nicht, dass Sie Ähnliches vorweisen können. Man sollte sie nicht immer wieder missbrauchen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Weber, die Erweiterung des Antrags sehe ich sehr positiv. Ich finde das gut. Ich kann Ihre koalitionspolitischen Rücksichten zwar verstehen, aber wir sollten mit einem solchen Antrag kein weiteres Aufschieben bewirken.

Den Artikel in der „FAZ“ habe ich natürlich ebenfalls gelesen. Ich bewundere Ihre Geduld, die beiden Sätze herauszufinden, die tatsächlich zitierfähig sind. Die Äußerungen über Gene, die über Artengrenzen springen, sind so unsachlich und dumm wie nur irgendetwas. Ansonsten bedanke ich mich für die Unterstützung des Antrags.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Glocke des Präsidenten)

- Ein letzter Satz! - Ich beantrage die Überweisung des Antrags an den Umweltausschuss, den Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei F.D.P. und CDU sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat nun der Herr Abgeordnete Nagel.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das muss ich mir nicht antun! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Nach Informationstechnik jetzt also auch Biotechnik!)

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Präsident, „Nabel“ ist mein Name. Vielleicht sollten Sie sich das einmal merken.

(Heiterkeit)

Ich bin mit dem Kollegen Stritzl seit etwa zwölf Jahren hier im Landtag. Er hat es bisher wohl nicht gemerkt. „Nagel“ ist nun einmal nicht mein Name. Das ist so. Es würde wahrscheinlich auch andere nicht freuen, falsch angesprochen zu werden.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich habe mich spontan zu Wort gemeldet, weil es nicht angehen kann, Frau Dr. Happach-Kasan, dass die Chancen und die Risiken ungleichgewichtig dargestellt werden. Gerade in dieser Zeit, in der es eine sehr geringe **Akzeptanz für gentechnisch veränderte Organismen** insgesamt gibt, kann es nicht angehen, dass Arroganz und Besserwisserie in den Mittelpunkt gestellt werden. Damit

(Konrad Nabel)

wird Akzeptanz bei den Menschen im Land nicht erreicht.

(Beifall bei SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das mache ich einmal an dem Beispiel fest, das Sie hier gebracht haben. Frau Happach-Kasan, es geht in der Diskussion unter anderem um **Herbizidresistenz**. Ich möchte einmal wissen, in welcher natürlichen Pflanze diese Herbizidresistenz vorhanden ist. Wenn Sie die vorfinden, prima. Dann sagen Sie mir das.

Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass die Natur - das müssten Sie mir wirklich nachweisen - eine Pflanze produziert hat, die nur dann erfolgreich wächst, wenn gleichzeitig das Herbizid XY ausgestreut wird.

(Wortmeldung der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] - Glocke des Präsidenten)

- Einen kleinen Augenblick! -

(Unruhe - Reinhard Sager [CDU]: Herr Nabel!)

Außerdem ist diese Pflanze auch noch eine, die nicht fruchtbar ist, sodass der Landwirt, der diese Pflanze anpflanzen will, sich im nächsten Jahr von dem Chemiekonzern nicht nur das Saatgut besorgen muss, sondern gleichzeitig das dazugehörige Herbizid. Das kann ich nicht als natürlich ansehen.

Wenn Sie dann so argumentieren, dass eingekreuzte oder wie auch immer in eine Pflanze gekommene Gene ein Stück des natürlichen Potentials sind, dann stimmt das an dieser Stelle einfach nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Abgeordnete Nabel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan?

Konrad Nabel [SPD]:

Sehr gern, bitte schön!

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Herr Kollege Nabel, ist Ihnen nicht bekannt, dass Herbizidtoleranz in Pflanzen allgemein verbreitet ist? Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, das Sie sicherlich kennen.

- Sie sollen eine Frage stellen!

Ist Ihnen nicht bekannt, dass es Herbizidtoleranz gibt? Ich möchte Ihnen einfach gern ein

bisschen bei der Beantwortung der Frage helfen.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Auch Sie kennen Herbizide, die auf dem Rasen ausgebracht werden und die nur zweikeimblättrige Pflanzen, nur bestimmte Pflanzen vernichten,

(Zuruf von der SPD: Vorlesung im Proseme-ster!)

während beispielsweise die Gräser alle bleiben. Das heißt, diese Gräser sind alle nicht transgen. Ist Ihnen das wirklich nicht bekannt, haben Sie noch nie bei Raiffeisen oder bei einer sonstigen Firma geguckt, welche Herbizide es gibt? Herbizidtoleranz ist in Pflanzen weit verbreitet.

(Lothar Hay [SPD]: Das war ein Beitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung!)

- Die Herbizidtoleranz ist mir wohl bekannt, Frau Kollegin.

(Lachen bei F.D.P. und CDU)

- Meine Damen und Herren von der rechten Seite, es wird der Gesellschaft - darum geht es eigentlich - für die Akzeptanz dieser gentechnisch veränderten Materialien nicht weiterhelfen, wenn Sie in höhnisches Gelächter ausbrechen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das ist erstens die genaue Fortsetzung der arroganten Besserwisserei von Frau Dr. Happach-Kasan vorhin hier am Rednerpult und zweitens überaus unpädagogisch, weil genau dieses überhebliche Gelächter dazu führt, dass sich Menschen, die sich nicht intensiv mit dem Thema beschäftigt haben, weiter verunsichert fühlen.

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich komme gleich zum Schluss. Durch die Zwischenfrage habe ich schon eine Minute verloren.

Es geht bei den **Pappeln** in **Großhansdorf** nicht um Knospen - ob sie nun ausgetrieben sind als Blüten oder nicht -, sondern es geht darum, dass die Angst davor, dass diese Gene, die dort ja eingepflanzt worden sind - für Kleinwüchsigkeit, Farbe und alle diese Dinge -, durch die Blüten auf umliegende Pappeln übertragen werden könnten. Es ist aber so, Frau Dr. Happach-Kasan - auch das können Sie beim Forschungsinstitut in **Großhansdorf** direkt erfragen -,

(Konrad Nabel)

dass diese Eigenschaften in die benachbarten Kontrollpappeln übergegangen sind, ohne dass die Pflanzen geblüht haben. Ja, wie kommt das denn?

(Glocke des Präsidenten)

Es gibt **Bodenbakterien** - auch das wissen Sie -, die diese Materialien und damit auch die Gene übertragen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bitte kommen Sie zum Schluss!

Konrad Nabel [SPD]:

Ich komme zum Schluss. - Von daher bleibe ich dabei, dass **Freisetzung**, solange diese Risiken nicht abgeschätzt worden sind - dazu brauchen wir einen Ausbau der **Technikfolgenabschätzung** -, unverantwortlich ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Biotechnologie** - das schließt die verantwortbaren Teile der Gentechnologie ausdrücklich ein - ist neben den IuK-Technologien eine zweite bedeutende **Querschnittstechnologie** auch für Schleswig-Holstein. Sie kann in vielen unterschiedlichen Lebens- und Anwendungsbereichen zum Fortschritt beitragen - damit meine ich nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Fortschritt - und sie bietet ein hohes Potential für Innovationen, für mehr Lebens- und Umweltqualität und auch neue Arbeitsplätze.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb misst die Landesregierung diesem Bereich hohe Priorität bei, wie dies auch in der Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Heide Simonis zum Ausdruck gebracht worden ist.

Das Potential in Schleswig-Holstein ist beachtlich. Frau Happach-Kasan, Sie haben eine Studie zitiert, die von uns beziehungsweise von der ttz gemacht worden ist; die hat dieses Potential dargestellt. An unseren Biotechnologieschwerpunkorten Kiel, Lübeck und

Borstel werden Forschungen betrieben, die weltweit Anerkennung finden. Dieses wissenschaftliche Potential wird zunehmend auch wirtschaftlich erschlossen.

Wir haben uns vorgenommen, diese Entwicklung künftig noch stärker zu fördern. Dazu werden wir an drei Biotechnologiestandorten in Schleswig-Holstein **Gründer- und Technologiezentren** aufbauen. Dieses Konzept - Frau Schmitz-Hübsch! - ist mit der TSH abgestimmt - da gibt es keinen Dissens - und wir werden eine Unterstützung zu der Infrastruktur für diesen Bereich aufbauen. Dabei bedarf es aber - das möchte ich ausdrücklich betonen, weil es hier nicht um persönliche Meinungen, sondern um ein verantwortungsvolles Vorgehen geht - einer strikten Beachtung der gesetzlichen Vorgaben, einer umfassenden Begleitforschung und Folgenabschätzung und eines offenen gesellschafts- und technologiepolitischen Diskurses.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Nur durch breite Aufklärung über die Möglichkeiten und Chancen, aber auch die Grenzen der Bio- und Gentechnologie erreichen wir eine verantwortungsvolle Nutzung der neuen Technologie. Die moderne Biotechnologie greift mit ihrer tragenden Säule der Gentechnik mehr als jede Technik zuvor an den Kern des Lebens und berührt damit ethische Grenzen. Unverrückbare Grenzen muss es dort geben, wo es um die Würde des Menschen und den **Schutz der Gesundheit** geht.

Biotechnologie kann dort unterstützt werden, wo die Risiken begrenzt und beherrschbar sind und der Nutzen nachvollziehbar ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die Biotechnologie nur durch Vermittlung der mit der jeweiligen Anwendung verbundenen **Chancen und Risiken** voran bringen können.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, CDU und F.D.P. sowie Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nur dann, wenn wir dabei vorhandene Vorbehalte und Befürchtungen ernst nehmen, uns damit auseinandersetzen und wissenschaftlich fundiert den Nachweis der Unschädlichkeit erbringen, schaffen wir die Voraussetzungen für Akzeptanz. Nur dann, wenn wir einen unmittelbaren Nutzen für die Verbraucherinteressen und die Verbraucher sowie natürlich für den Gesundheitsbereich dokumentieren können

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

nen, schaffen wir Offenheit gegenüber neuen Verfahren oder Produkten.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der **Einsatz gentechnischer Verfahren** verspricht große Fortschritte im Kampf gegen bisher nur begrenzt behandelbare **Krankheiten** und macht den Nutzen für den Einzelnen damit klar erkennbar. Hier liegen in Schleswig-Holstein eindeutig die Forschungsschwerpunkte. In der Diagnose und Therapie von Tumorerkrankungen oder in der Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und bakteriellen Infektionen zeichnen sich viele bahnbrechende Entwicklungen ab.

Demgegenüber sind gentechnische Methoden in der **Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion** sehr umstritten. Die bisher entwickelten transgenen Pflanzen weisen zum weitaus größten Teil Herbizidresistenzen auf - wir sprachen eben darüber und müssen das heute auch nicht ausdiskutieren -; dies ist aus meiner Sicht ökologisch fragwürdig und hat jedenfalls die Verbraucher bislang eher verunsichert. Neuere Forschungs- und Entwicklungstrends in der Lebensmittelbiotechnologie gehen in eine Richtung, die allerdings eher Akzeptanz erwarten läßt.

Gesundheitsfördernde Inhaltsstoffe, Reduzierung des allergenen Potentials oder ökologische Verträglichkeit sind Ziele, die dabei durchaus mit im Blick zu haben sind.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Jürgen Weber [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Sinne plädiere ich für eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem vielschichtigen Thema Biotechnologie. Wir sollten auch künftig die Chancen nutzen, ohne dabei die Risiken zu vernachlässigen. Ich freue mich, dass wir jetzt im Ausschuss Gelegenheit haben werden, dieses Thema zu vertiefen. An die Adresse der Opposition sage ich: Sie mussten uns dazu nicht tragen, sondern wir haben bereits - Frau Schmitz-Hübsch, Sie wissen das - von uns aus als Landesregierung die Diskussion in den Wirtschaftsausschuss gebracht, weil wir etwas vorzuweisen haben, was wir weiterentwickeln können. In diesem Sinne hoffe ich weiter auf Ihre konstruktive Unterstützung. Ich bin sicher, dass wir gemeinsam zu Lösungen kommen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei SPD und CDU - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Dann haben wir Herrn Nabel völlig verkehrt verstanden!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragstellerin hat beantragt, die Drucksache 15/109 an den Unterausschuss, den Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Welcher Ausschuss soll federführend sein?

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wirtschaftsausschuss! - Holger Astrup [SPD]: Und an den Bildungsausschuss, Herr Präsident!)

- Bildungsausschuss auch noch? - Gut. Dann mögen wir beschließen. Der Beschlussvorschlag lautet wie folgt - ich bitte zuzuhören! -:

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bildungsausschuss hat die Federführung!)

Federführend - so ist es jetzt von der Antragstellerin beantragt worden - ist der Wirtschaftsausschuss, mitberatend sind der Bildungsausschuss, der Agrarausschuss und der Unterausschuss. Gibt es weitere Vorschläge? - Dem ist nicht so. Dann darf ich fragen, wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10 ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Absentismus/Fernbleiben vom Unterricht

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/126

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/151 (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Drucksache 15/158

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Jost de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im April dieses Jahres wurden die ersten Ergebnisse einer bundesweiten **Schülerbefragung** des niedersächsischen Kriminologen Christian Pfeiffer in acht Großstädten Deutschlands bekannt. Das hinlänglich veröffentlichte Ergebnis: Kiel hatte die bundesweit höchste Rate von unentschuldig fehlenden Hauptschülern in Höhe von 15,1 %, gefolgt von Hamburg. Die niedrig-

(Jost de Jager)

ste Absentismusquote hatte die Stadt München mit 5,9 %.

Die Studie von Herrn Pfeiffer ist zugegebenermaßen nicht unumstritten. Die darin enthaltenen Zahlen werden unter anderem von der Landesregierung bestritten. Wir hätten das **Pfeiffer-Gutachten** allein nicht zum Anlass für einen Berichtsantrag im Schleswig-Holsteinischen Landtag genommen.

(Holger Astrup [SPD]: Da bin ich mir nicht so sicher!)

Jedoch decken sich die Ergebnisse der Pfeifferschen Untersuchung aus dem Frühjahr dieses Jahres, Herr Astrup, mit dem Ergebnis einer davon unabhängig durchgeführten Befragung des **Lübecker Schulamtes** vom November vergangenen Jahres. Darin wird von einer Absentismusrate an den Lübecker Hauptschulen von 16 % ausgegangen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie viel?)

- 16 %! - Weiter wird darin ausgeführt, dass die Prozentzahlen je nach Jahrgangsstufe schwanken und in der Klassenstufe 7 den höchsten Anteil von bis zu 20 % erreichen. Ein weiteres Ergebnis der Lübecker Befragung besteht darin, dass Absentismus beziehungsweise unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht im Wesentlichen ein Problem der Schulart **Hauptschule** und - wenngleich etwas anders gelagert - der **Förderschulen** ist.

Auch dies deckt sich mit dem Ergebnis der Pfeifferschen Studie sowie mit Rückmeldungen, die wir als CDU-Fraktion von Schulleitern und Lehrerinnen und Lehrern aus den verschiedensten Teilen des Landes erhalten haben. Die alarmierenden Zahlen für die Hauptschulen in den beiden größten Städten Kiel und Lübeck haben wir zum Anlass genommen, einen Berichtsantrag im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu stellen, weil wir Hinweise darauf haben, dass bis zu 16 % der Hauptschüler - oder anders ausgedrückt knapp jeder sechste Hauptschüler - mehr oder minder regelmäßig dem Unterricht unentschuldig fernbleibt, und dies nicht einfach so hinnehmen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich begrüße ausdrücklich, dass es heute tatsächlich zu einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen gekommen ist, dem - anders als in der Drucksache ausgewiesen - auch die Abgeordneten des SSW beitreten wollen. Es wird also ein gemeinsamer Antrag aller im Hause vertretenen Parteien sein. Er besteht darin, dass wir die sechs Punkte des Antrages der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernommen und um zwei Punkte des CDU-Antrages erweitert haben.

Das ist insofern unkompliziert, als die sechs Punkte des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eigentlich nur eine Umformulierung unserer Punkte waren. Daher haben wir kein Problem damit, das zu übernehmen.

Ich freue mich umso mehr, dass es zu einem gemeinsamen Antrag gekommen ist, weil es bei den ersten Reaktionen auf unseren Berichtsantrag auch zu Häme gekommen ist, Herr Weber. Umso mehr freue ich mich, dass Sie sich ebenso tatkräftig wie wir für einen gemeinsamen Antrag ausgesprochen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen mit diesem Antrag Ursachen für etwas ermitteln, was offenkundig falsch läuft. Denn eine schulpolitische Variante hat dieses Thema schon. Mit Verlaub, Frau Ministerin, es ist nicht unanständig und es ist auch nicht billig, auf die schulpolitischen Verantwortlichkeiten auch bei einem Thema wie Absentismus hinzuweisen.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Der Pfeiffer-Studie zufolge gibt es ein **Nord-Süd-Gefälle** in den Absentismusraten und das muss seine Gründe haben. Eine der Begründungen, wonach dies unter anderem daran liege, dass Hauptschulen in Schleswig-Holstein zum Teil zu „**Restschulen**“ geworden seien, stammt nicht von mir, sondern von Herrn Pfeiffer.

Deshalb wollen wir unseren Berichtsantrag nicht allein als einen Auftrag zum Sammeln von Daten verstanden wissen, sondern als Auftakt einer schulpolitischen Diskussion aufgrund dieser Daten. Diese Daten zusammenzutragen kann bei einer funktionierenden Schulaufsicht nicht so furchtbar schwierig sein.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Deshalb gehe ich davon aus, dass wir in Kürze Datenmaterial vorliegen haben werden.

Ich bin mir sicher, dass mir im Verlauf der Debatte vorgehalten wird, wir bauschten als Opposition die Zahlen auf und nähmen eine Höhe von Zahlen an, die es gar nicht gebe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Populismus!)

Sie werden unter anderem darauf verweisen, dass es eine Untersuchung des **Kieler Schulamtes** gibt, die allerdings, Frau Ministerin, nicht minder umstritten ist. Wenn wir schon eine verwirrende Datenlage haben, dann sollten wir zumindest eine vernünftige Grundlage haben. Deshalb ist es wichtig, die Daten

(Jost de Jager)

für diesen Bericht über einen längeren Zeitraum zu erfassen, nicht nur an einem Stichtag.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Meine Damen und Herren, drei Aspekte werden von Bedeutung sein. Erstens: Eine der Fragen, die uns die Landesregierung beantworten soll, ist die, ob es ein **Stadt-Land-Gefälle** bei den Absentismusraten an den Schulen gibt. Bislang sind uns Untersuchungen vor allem für die Städte bekannt. Gemeinhin wird in der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft ein solches Stadt-Land-Gefälle angenommen. Ob dies immer noch zutrifft, wage ich zu bezweifeln.

Zweitens: Wir müssen zwischen gelegentlichen Abwesenheitszeiten und regelmäßigem, dauerhaftem Fehlen unterscheiden. Das Thema sind nicht diejenigen, die ab und zu einmal eine Stunde blau machen, Sorgen müssen uns diejenigen bereiten, die der Schule unter Umständen auf Dauer verloren zu gehen drohen, weil sie ihr über längere Zeit fern bleiben. Hier liegt der Ansatz, über pädagogische und über darüber hinausgehende Maßnahmen nachzudenken.

Damit wären wir, Herr Weber, bei den **Ordnungsmaßnahmen**. Unser ursprünglicher Berichtsantrag ist Auslöser für eine zum Teil besonders bemerkenswerte Form der political correctness gewesen. All denjenigen, die jetzt schon das Horrorszenario ausrückender Hundertschaften von Polizeibeamten an die Wand malen, um Schulschwänzer einzufangen, halte ich entgegen: Der Innenminister kann sich zurücklehnen, was er offenbar tut, denn er ist gar nicht da. Wir wollen nicht mit dem Innenminister, sondern mit der Bildungsministerin darüber reden.

Es ist ein hoch politisches Thema. Ich möchte darauf verweisen, dass der Ruf nach verschärften Ordnungsmaßnahmen vor allem auch von Schulleitern kommt. Ich weise auf die Berichterstattung der „Kieler Nachrichten“ und anderer Zeitungen hin, in denen sich anlässlich der Veröffentlichung der Studie Schulleute dahin gehend geäußert haben.

Ordnungsmaßnahmen müssen ja nicht erst erfunden werden, die gibt es schon. Es stellt sich allerdings die Frage, inwieweit in Schleswig-Holstein von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht wird und welche Wirksamkeit diese Maßnahmen haben. Die Antwort darauf findet man nicht in Vorfestlegungen, sondern aufgrund einer ergebnisoffenen Prüfung. Zu klären ist, ob Schulen und Klassenlehrer mit dem Problem nicht allein gelassen werden. Es gibt unseres Wissens keine einheitlichen Reaktionskataloge für anhaltenden Absentismus oder Verhaltensvorschläge der Schulaufsicht. Autonomie ist ja eine gute Sache, schulaufsicht-

liche Rückenstärkung oder Hilfestellung allerdings auch.

Drittens gehört dazu anzuerkennen, dass das Eindämmen von unentschuldigtem Fernbleiben von der Schule und **Prävention** durchaus etwas miteinander zu tun haben. Ich darf in diesem Zusammenhang auf den Kommentar der „Kieler Nachrichten“ vom 12. April dieses Jahres verweisen, in dem darauf hingewiesen wurde, dass Absentismus eines der Frühwarnsysteme für mögliche kriminelle Karrieren sein kann. Es geht darum zu identifizieren, an welchen Punkten Schulsozialarbeit stärker als bisher einsetzen muss.

Wir verstehen unseren Berichtsantrag durchaus als einen Teil unserer Initiative, die **Hauptschulen** wieder zu stärken. Schulsozialarbeit, Ausweitung von Ganztagsbetreuungsangeboten, die stärkere Zusammenarbeit von Schulen, Schulträgern und Jugendhilfeträgern sind wichtige Punkte. Die Grünen denken zum Teil ja ebenfalls in diese Richtung.

Der Ansatz dieser Arbeit beginnt dort, wo der Verweis auf die Elternhäuser nicht mehr hilft, sondern wo wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Schulen den **Erziehungsauftrag** ausführen müssen, den die Elternhäuser zum Teil nicht mehr erfüllen können.

Wenn man den Schulen diese Aufgabe zuweist, muss man sie auch dazu in die Lage versetzen. Das trifft insbesondere auf die Hauptschulen zu. Es gilt in diesem Zusammenhang, den Blick dafür zu schärfen, dass irgendjemand im Zusammenspiel von **Schule und Jugendhilfe** die Initiative in solchen Fällen ergreifen muss, um das zu verhindern, was ein Sozialarbeiter mir gegenüber kürzlich eine „Kettenreaktion der Gleichgültigkeit“ in allen Verantwortungsbereichen genannt hat.

Meine Damen und Herren, ich erwarte von der Landesregierung einen umfassenden Bericht, der nicht allein den Zweck verfolgt, unliebsame Studien zu widerlegen, sondern der eine ehrliche Bestandsaufnahme der Situation in Schleswig-Holstein gibt. Ich freue mich darüber, dass wir in dieser Frage nach anfangs unterschiedlichen Reaktionen insgesamt zu einem Konsens gekommen sind. Ich freue mich auf vernünftige, sachliche Beratungen hier im Hause und später im Ausschuss.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und des SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt in seinem ersten Redebeitrag vor dem Plenum Herr Abgeordneter Dr. Henning Höppner.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Begriff „Absentismus“ scheint das Unwort des Jahres 2000 geboren zu sein. Wenn Sie in einem gängigen Lexikon nachschauen, werden Sie dort die Erklärung finden, **Absentismus** sei die gewohnheitsgemäße Abwesenheit der Großgrundbesitzer von ihren Gütern.

(Heiterkeit bei SPD und SSW)

An anderer Stelle, im Lexikon für Theologie und Kirche, wird erklärt, Absentismus sei die unter Strafe zu stellende Abwesenheit der Kleriker von ihren Kirchendiensten. Eine dritte Quelle besagt, Absentismus sei der dauerhafte Verstoß gegen die Residenzpflicht.

Meine Damen und Herren, Schwänzen ist ein sehr altes Phänomen. Ich denke, das gibt es, seit es Schule gibt. Ich habe einmal in einem Schulprotokoll aus dem Jahr 1865/66 nachgelesen. Es stammt aus einer Gutschule im Kreis Plön. Dort haben nur drei der 53 Schülerinnen und Schüler die Schule alle 111 möglichen Schultage besucht. Zu den Fehlzeiten der anderen Schülerinnen und Schüler gab es in dem Protokoll folgende Bemerkungen:

„Anna. 22,5 Tage versäumt. Hütet angeblich Gänse.“

Elise. Hilft der Herrschaft. Dispens bis Dezember.“

Unter einer Vielzahl von Schülerinnen und Schülern steht: „Fehlte ohne Erlaubnis.“

(Zuruf von der CDU: Wollen Sie das wieder einführen?)

Selbst seit wir die Schulaufsicht eingeführt haben, selbst seit es eine Schulpflicht gibt, begleitet uns dieses Phänomen andauernd, meine Damen und Herren. Die Schulpflicht besteht für Kinder und Jugendliche. Aber die Verantwortung für die Erfüllung des Schulbesuches tragen die Eltern, die Erziehungsberechtigten, solange die Schülerinnen und Schüler nicht volljährig sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie können das in allen Schulgesetzen, die das Bundesland Schleswig-Holstein seit seiner Gründung verabschiedet hat, nachlesen. Unser Kinder- und Jugendhilferecht beschreibt ausdrücklich, dass die Pflege und die Erziehung der Kinder und Jugendlichen zuvörderst eine Pflicht der Eltern ist. Es gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen, folglich keine gesetzliche Verpflichtung etwa der Schulen, der Schulträger oder der Träger der Schülerbeförderung, die Schülerinnen und Schüler einzusammeln und dem Unterricht zuzuführen. Das ist

vielmehr eine Pflicht der Eltern. Ich denke, wir tun alle gut daran, auch weiterhin die Auffassung zu teilen, dass die **Verantwortung für den Schulbesuch eine Elternpflicht** ist.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Anders gesprochen, meine Damen und Herren: Wir werden den Problemen des Schwänzens nicht gerecht, wenn wir dies vorrangig unter kriminologischen oder ordnungsrechtlichen Aspekten betrachten und wenn wir nicht auf die Erziehungsberechtigten eingehen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Sicherlich ist das für Herrn Christian Pfeiffer ein Aspekt seiner Studie gewesen. Warum sollte er als Kriminologe auch andere Aspekte des Fernbleibens bewerten? Wobei ich, offen gesagt, immer noch rätsle ob der Methode und ob der ihm zugeführten Zahlen. Die Verpflichtung der Schulen, unentschuldigtes Fehlen zu vermerken, besteht. Allerdings besteht bislang keine Verpflichtung - auch nicht in den Schulaufsichtsbehörden -, diesbezügliche Statistiken zu erstellen. Ich weiß aus eigener Quelle, dass in den Landkreisen diesbezüglich auch gar keine Erhebungen angestellt worden sind, und ich denke, es wäre gefährlich, anhand eines Ausschnittes eine repräsentative Aussage über das unentschuldigte Fehlen von Schülerinnen und Schülern im ganzen Land zu machen. Denn wir wissen es selbst, entweder aus der eigenen Erfahrung, weil wir früher selbst einmal geschwänzt haben,

(Zurufe von der SPD: Was? - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Sie haben eine Vorbildfunktion!)

oder von unseren Kindern, und wir können auch die Kolleginnen und Kollegen befragen, die hier im Hause sitzen und einst der praktizierende Pädagoginnen und Pädagogen gewesen sind: Die Leistungsverweigerung, etwa bei anstehenden Klassenarbeiten, nicht erledigte Hausaufgaben, Schulängste ganz allgemein, aber auch Kontaktschwierigkeiten wie das Gefühl, nicht zur Klassengemeinschaft dazuzugehören, sind nur wenige und sehr bekannte Gründe, aus denen heraus Kinder und Jugendliche den Schulbesuch verweigern. Meistens - das wissen wir auch - wird **Schwänzen** im Wesentlichen durch elterliche Entschuldigungen gedeckt oder, wenn es massiver aufgetreten ist, häufig sogar durch ärztliche Gutachten bestätigt. In diesem Zusammenhang kommen wir eben nicht mit den Verdachtsmomenten des Einstiegs

(Dr. Henning Höppner)

in die Jugendkriminalität weiter; im Gegenteil. Ich habe es schon betont: Ein ordnungsrechtlicher Ansatz bei der Bewältigung dieser Probleme führt uns in die falsche Richtung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sanktionen werden nichts bringen. Wir müssen Hilfen anbieten. Wir müssen die Hilfen auch deshalb anbieten, weil wir offen beobachten können, dass die Bereitschaft zum Schwänzen unter den sozial benachteiligten Menschen größer ist als bei anderen.

Die schulpolitischen Sprecher der vier Fraktionen haben sich im Hinblick auf die Sensibilität dieses Themas entschlossen, einen gemeinsamen Antrag zu stellen. Ich bitte Sie, diesem Antrag in der Drucksache 15/158 zuzustimmen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das war die Jungfernrede des Abgeordneten Dr. Höppner.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Aus dem Film „Casablanca“ stammt die bekannte Formel: „Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen.“ Die Diskussion zum Thema Fernbleiben vom Unterricht, die vor dieser Landtagsdebatte geführt wurde, hatte eigentlich ein ähnliches Schema als Grundlage.

Die erste Szene: Der Abgeordnete Jost de Jager holt seitens der CDU-Fraktion zu einem schulpolitischen Globalrundschatz gegen die Landesregierung aus.

Zweite Szene: Auftritt des Herrn Staatssekretärs Stegner! Die Landesregierung antwortet durch ihren bildungspolitischen Mann fürs Grobe: Die Studie des Kriminologen Christian Pfeiffer aus Hannover bestehe nur aus „aufgeblasenen Zahlen“.

Folglich ist die rot-grüne Schulwelt wieder in Ordnung und die Regierung kann zur Tagesordnung übergehen, und zwar natürlich in der bewährten Arbeitsteilung: Frau Erdsiek-Rave ist für allfällige wie gute Nachrichten und schöne Events zuständig und der Herr Staatssekretär für die Ablehnung oder hilfsweise für die Beschönigung der unangenehmen Dinge.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Während der Pause könnten die Herrschaften aus dem „Rucksack“ zur Erfrischung noch Rotkäppchen-Sekt

und grünen Wackelpudding reichen. Dann wäre die landespolitische Kleinkunstbühne fast perfekt.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, das ritualisierte Wechselspiel zwischen Schwarzmalerei und Schönfärberei führt in der Sache nicht weiter. Leider hat sich der Kollege de Jager - das muss ich kritisch anmerken - bei seiner durchaus berechtigten Auseinandersetzung mit der Pfeiffer-Studie zu der Behauptung verleiten lassen, die **Hauptschulen** seien in diesem Lande - ich zitiere aus Ihrer Presseerklärung - „zu unattraktiven Restschulen verkommen“. Dieses Pauschalurteil wird den Leistungen und Anstrengungen vieler Hauptschulen in Schleswig-Holstein nicht gerecht.

(Beifall bei F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Solche allgemeinen Aussagen sind in einer Zeit, in der es darum geht, Negativklischees über diese Schulart zu überwinden und positive Beispiele, die es in diesem Bereich auch in diesem Lande glücklicherweise gibt, als Vorbilder in den Vordergrund zu stellen, nicht hilfreich. Im Übrigen gibt es meines Erachtens keine Schulart in diesem Lande, die von Standort zu Standort, von Schule zu Schule ein so unterschiedliches Bild aufweist wie die Hauptschulen. Auch das verbietet eigentlich diesbezügliche Pauschalurteile.

Auf der anderen Seite - das muss ich so sagen - stank die zunächst in Presseerklärungen zu hörende regierungsamtliche Abwiegelei irgendwie zum Himmel. Es mag ja sein, dass die Pfeiffer-Studie methodische Mängel aufweist, so zum Beispiel, wenn in ihr auch Zahlen über entschuldigtes Fernbleiben enthalten sind. Herr Pfeiffer hat selbst eingeräumt, dass im Hinblick hierauf drei bis vier Prozentpunkte in seinen Untersuchungsergebnissen enthalten seien. Gleichwohl bleibt das Faktum, dass diese bundesweite Untersuchung, in die acht Städte mit ungefähr 18.000 Schülern einbezogen waren, ein erhebliches Nord-Süd-Gefälle aufweist und dass die höchsten Zahlen für Kiel, für Hamburg und für Hannover ermittelt worden sind. Diese Untersuchung ist übrigens überall nach dem gleichen methodischen Verfahren angestellt worden. Deshalb besteht das entscheidende Problem, mit dem man sich auseinander setzen muss, in der Frage nach dem Gefälle und nach den sehr hohen Werten im Norden. Jedenfalls kann man daraus keinen Meisterbrief für die heile rot-grüne Schulwelt im Norden der Republik ableiten.

Es gibt folglich gute Gründe, sich mit dem Problem „**unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht**“ auseinander zu setzen. Das hat auch die Landesvor-

(Dr. Ekkehard Klug)

sitzende der GEW in der „Norderstedter Zeitung“ vom 26. Mai zum Ausdruck gebracht, als sie gesagt hat, es handele sich bei dem unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht um ein „ernsthaftes und nicht zu leugnendes Problem“.

Die F.D.P.-Fraktion ist der Ansicht, dass die Auseinandersetzung mit diesem Thema auf der Basis der Pfeiffer-Studie und dem Bericht der Landesregierung mit den zu diesem Thema beizusteuern Daten und höheren Einsichten zunächst im zuständigen Ausschuss erfolgen sollte. Wir vertrauen darauf, dass wir eine Diskussionsgrundlage erhalten, die im Ausschuss Grundlage der Beratung sein kann, und dass wir daraus gemeinsam Konsequenzen ableiten, Konsequenzen, die aus Sicht unserer Fraktion insbesondere im Bereich einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe liegen müssen.

Ritualisierte Formen des Schlagabtausches führen in der Tat nicht weiter. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass sich heute am Ende doch noch alle Fraktionen zu einem gemeinsamen Antrag zusammengefunden haben. Dass auch der SSW sozusagen nicht unentschuldig fernbleibt, ist sehr positiv zu registrieren.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Birk hat das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Kinder und Jugendliche die Schule schwänzen, ist die Zusammenarbeit zwischen **Jugendhilfe und Schule** besonders gefordert, und zwar nicht nur im Einzelfall als Krisenintervention, sondern präventiv, als am Gemeinwesen orientierte Schulorganisation und in kommunaler Sozialarbeit für Kinder und Jugendliche.

Herr Höppner hat darauf hingewiesen, dass wir als Parlament darauf angewiesen sind, Berichte zu erhalten, wie es im Lande steht. Das schleswig-holsteinische Schulgesetz verweist auf diese Zusammenarbeit ebenso wie das Kinder- und Jugendhilfegesetz des Bundes sowie unser Landesjugendförderungsgesetz. Es ist erfreulich, dass Bildungsministerinnen und -minister sowie Jugendministerinnen und -minister sich einig sind, dass diese Zusammenarbeit in allen Bundesländern auf der Tagesordnung zu stehen hat.

Ich möchte an dieser Stelle auf positive Beispiele in Schleswig-Holstein verweisen, denn diese sind viel zu wenig bekannt. Ausdrücklich möchte ich zum Beispiel das Engagement der Haupt- und Realschule in Schafflund loben. Eltern, Schülerinnen und Schüler,

Lehrerinnen und Lehrer haben es in einer gemeinsamen Initiative geschafft, überwiegend männlichen Jugendlichen, die überhaupt keine Lust mehr hatten, zur Schule zu gehen, in einer Kleingruppe in der Schule ein Angebot zu machen. Diese Jugendlichen lernen auf diese Weise, wo ihre Fähigkeiten liegen. Sie arbeiten viel handwerklich, füllen aber auch ihre Lücken in anderen Lernstoffen auf. Ziel ist es, sie wieder in ihren Klassenverband zu integrieren. In dieser Lernphase sind sie nicht aus dem sonstigen Schulleben ausgeschlossen - ganz im Gegenteil.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie gewinnen wieder Zutrauen zu sich selbst, sie kommen wieder gern zur Schule. Das sollte das Ziel sein.

Ein zweites Beispiel ist in Flensburg schon vor einigen Jahren etabliert worden. Hier haben sich das Jugendaufbauwerk und eine Schule einer Gruppe von Mädchen angenommen, die jahrelang nicht mehr regelmäßig zur Schule gingen. In Gesprächen mit der Sozialpädagogin und der Lehrerin wurde herausgefunden, dass häufig Erfahrungen wie sexueller Missbrauch und Ähnliches mehr die Biographie der Mädchen schon so früh zerrüttet hatten, dass der Wille, an sich selbst zu glauben, einfach nicht mehr vorhanden war. Auch diese Mädchen sind wieder gern zur Schule gegangen, was unser Ziel sein sollte.

Hier könnten noch mehr Beispiele angeführt werden. Die Genannten sollen beispielhaft dafür stehen, dass sich in Schleswig-Holstein vielerorts schon sehr viel tut. Wir möchten aber, dass diese Beispiele im wahren Sinne des Wortes Schule machen. Das heißt, dass sich Jugendhilfe und Schule regelhaft besser miteinander verzahnen müssen und dass das, was in den Gesetzen auf dem Papier steht, noch besser als bisher in Realität umgesetzt wird.

Das bedeutet, dass wir uns mit dem Bericht sehr intensiv auseinander setzen, die Lücken feststellen und klären müssen, was zu tun ist. Ich glaube, wir werden nicht darum herumkommen, uns über mögliche Änderungen von Verordnungen und Gesetzen und auch von Finanzströmen zu unterhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, dass wir hierbei zu einer genau so großen Einhelligkeit kommen, wie wir sie nach der Umformulierung des ursprünglichen Antrags, die in nicht unerheblicher Weise von unserer Seite erfolgte, erreicht haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Spoorendonk hat das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung vorweg. Auch der SSW trägt diesen gemeinsamen Antrag mit. Das ist also ein interfraktioneller Antrag.

(Beifall der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass dies nicht aus dem Antrag hervorgeht, ist nur ein Fehler gewesen. Ich hatte den Kollegen Jost de Jager nicht richtig verstanden. Er kam auf mich zu, was ich hier dankend erwähnen möchte. Es ist also ein echter interfraktioneller Antrag.

Aufhänger dieser Debatte ist eine **bundesweite Studie zur Jugendgewalt** der kriminologischen Forschungsstelle Niedersachsen unter der Leitung von Christian Pfeiffer. Als Nebenprodukt dieser Studie wurde im Mai 1998 ein Anteil von 15,1 % fehlenden Schülerinnen und Schüler an Kieler Hauptschulen ermittelt. An dieser Stelle möchte ich mich auf den Kollegen Klug beziehen. Ich fand es in dem Ursprungsantrag der CDU mehr als unglücklich, dass gerade die Vorurteile gegen Hauptschulen und Restschulen noch einmal genannt wurden. Ein differenziertes Bild zum Absentismus kann man also von dieser Studie nicht erwarten, denn das Fernbleiben vom Unterricht war gar nicht Thema der Studie.

(Wortmeldung des Abgeordneten Jost de Jager [CDU] - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten de Jager?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja.

Jost de Jager [CDU]: Frau Abgeordnete Spoorendonk, sind Sie bereit anzuerkennen, dass ausweislich meiner Pressemitteilung der Begriff „Restschule“ ausdrücklich ein Zitat von Herrn Pfeiffer ist?

- Das erkenne ich natürlich an, aber ich meine nicht, dass man alle Zitate zu übernehmen braucht.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf den Absentismus - um bei diesem Wort zu bleiben - geht diese Studie zur Jugendgewalt nur in dem Punkt ein, in dem es um die Frage geht, warum nicht alle Fragebögen der Studie zurückgegeben wurden. Das wird auf wenigen Seiten der umfangreichen Studie kurz erwähnt und kaum näher beleuchtet. Der Anteil von 15 % an fehlenden Schülerinnen und Schülern ist also alles andere als ein wissenschaftlich abgesichertes Ergebnis zum so genannten Absentismus.

Fernbleiben vom Unterricht ist dennoch ein ernstes Thema, zu dem wir verlässliche Zahlen und effektive Konzepte zum Gegensteuern brauchen. Was wir aber überhaupt nicht brauchen, ist eine Stimmungsmache, so wie sie nach dem Ursprungsantrag von Herrn de Jager in einigen Zeitungen zum Ausdruck kam, nämlich ein unreflektiertes Gefühl von: „Da muss man einmal richtig auf die Pauke hauen!“, das in manchen Bevölkerungskreisen Vorurteilen Vorschub leistet. Natürlich ist ein Eingreifen nötig, aber nicht als blinder Aktionismus.

Wir vom SSW werden uns nur für eine Politik einsetzen, die den Betroffenen hilft und die die Probleme sachgerecht angeht.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Eine Politik zur Verfestigung von Vorurteilen und zur Befriedigung von „law and order hardlinern“ ist nicht unser Ziel.

(Beifall beim SSW)

In dem Ursprungsantrag der CDU vermissen wir die Berücksichtigung und stärkere Herausarbeitung von familiären und sozialen Faktoren. Auch in dem Änderungsantrag der Regierungskoalitionen kamen diese nicht explizit zum Ausdruck.

Fernbleiben vom Unterricht ist ein weites Feld und kann sehr unterschiedliche Gründe haben. Es gibt entschuldigtes und unentschuldigtes Fernbleiben, es gibt durch Krankheit bedingte Fehlzeiten oder Fehlzeiten für Behördengänge und Vorstellungsgespräche. Es gibt Eltern, die ihre Kinder häufig zu Hause behalten, um auf kleinere Geschwister aufzupassen. Außerdem gibt es volljährige Schüler, die ihr entschuldigtes oder unentschuldigtes Fernbleiben selbst zu verantworten haben, und schließlich gibt es minderjährige Schülerinnen und Schüler, die Schule ganz einfach schwänzen.

Wenn Kinder und Jugendliche häufig und längere Zeit die Schule schwänzen, dann ist das oft ein alarmierendes Anzeichen für den Verlust von sozialen Bindungen. Zumindest kommen diese Schülerinnen

(Anke Spoorendonk)

und Schüler zumeist aus Familien mit großen sozialen Problemen.

Wenn es der Schule und anderen sozialen Einrichtungen nicht gelingt, diese Kinder und Jugendlichen aufzufangen und positiv einzubinden, dann kann das der Beginn oder die negative Verstärkung eines sozial entwurzelten und auch orientierungslosen Lebens sein. Wir müssen uns also Gedanken machen, was wir dagegen tun können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Ich meine allerdings nicht, dass uns in dieser Frage Sanktionen weiterbringen. Es reicht nicht aus, die Schülerinnen und Schüler lediglich in die Klassenräume zurückzubringen. Daher halte ich den unter anderem in Bayern gewählten Weg, die Polizei auf die Jagd nach Schulschwänzern zu schicken, um sie zurückzubringen, für zu kurz gegriffen und auch für kontraproduktiv.

Ich verkenne nicht - ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin -, dass ein schnelles Eingreifen erforderlich ist, um jene Folgeprobleme zu vermeiden, die entstehen, wenn die Schüler zu lange den Unterricht verpassen. Wenn wir aber über die Symptombehandlung hinauskommen wollen, brauchen wir ein Konzept, wie Schule, Sozialwesen und vielleicht auch Polizei so helfen können, dass auch die Ursachen des Schwänzens ins Blickfeld geraten. Ich denke dabei - das möchte ich hinzufügen - an das mit großem Erfolg praktizierte Konzept der SSP-Zusammenarbeit nördlich der Grenze, also der Zusammenarbeit von Schule, Sozialverwaltung und Polizei.

Zunächst aber bekommen wir einen Bericht und ich denke, dass mit diesem Bericht dann im Ausschuss gut weitergearbeitet werden kann.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn es doch alles so einfach wäre! Da veröffentlicht der Kriminologe - ansonsten von mir eigentlich sehr geschätzt - Christian Pfeiffer die Ergebnisse einer Studie - im Übrigen haben Sie Recht, Frau Spoorendonk, nicht etwa zum Thema „Absentismus“, sondern zum Thema „Gewalterfahrungen von Schülerinnen und Schü-

lern“ -, nennt Zahlen zu der Problematik, die wir ja landläufig als **Schulschwänzen** bezeichnen, es rauscht im Blätterwald und die CDU hat ein Thema. Es wäre klüger gewesen, sich etwas differenziert mit dem Ergebnis dieser Studie zu befassen, einen Blick auf die Zahlen und auch auf die Methodik zu werfen, die dabei angewandt wurde, bevor man so leichtfertig einen Zusammenhang von Schulschwänzen und Schulpolitik herstellt.

Nun ist die Debatte dazu heute ja erfreulich sachlich gewesen. Auch waren Töne nicht zu hören, die zunächst in der Presseerklärung von Ihnen ja laut wurden. Das begrüße ich ausdrücklich.

Ich habe übrigens ebenfalls - wie es hier schon zu hören war - Probleme damit, in diesem Zusammenhang den Begriff des **Absentismus** zu verwenden. Es ist klar, dass dies ein Begriff ist, der sich mittlerweile in der pädagogischen Debatte eingebürgert hat, aber es wirkt auf mich schon befremdend, wenn man hierfür einen Begriff wählt, den diejenigen, die davon betroffen sind, mit Sicherheit nicht verstehen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Dann sei schon lieber der etymologischen Nachsuche des Kollegen Höppner zum Thema „Schwänzen“ hinzugefügt: Das Wort „schwänzen“ kommt ja aus dem Rotwelsch des 16. Jahrhunderts und meint „sich schwingend bewegen“, „herumgehen“, „flanieren“ und war bei den Studenten jener Zeit gebräuchlich, die nämlich die Vorlesungen schwänzten, um sich den Freuden des Studentenlebens hinzugeben. Also, diese Art des Schulschwänzens dürfte allen hier Anwesenden in der einen oder anderen Form bekannt oder vertraut sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte natürlich nicht missverstanden werden: Jede Form des Schulschwänzens muss beobachtet werden und verpflichtet auch die Eltern, die Lehrer wie auch die politisch Verantwortlichen zu angemessenen Reaktionen. Wenn es wirklich so alarmierende Größenordnungen gäbe, wie von Ihnen ja zunächst einmal eins zu eins übernommen - heute auch noch einmal bekräftigt -, dann hätten die Schulämter mit den Schulen gemeinsam in ihren Zuständigkeitsbereichen wirklich allen Grund gehabt, Alarm zu schlagen. Ich kann nur sagen: Welch ein Misstrauen besteht eigentlich bei Ihnen unseren Schulen und unseren Schulämtern gegenüber, wenn Sie diese Zahlen einfach so übernehmen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht in Ordnung.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Eigentlich ist es auch unter dem Niveau eines Parlaments, dass man hier erklären muss, dass das **Fernbleiben von der Schule** - oder so registriertes Fernbleiben von der Schule - mit Schwänzen nicht unbedingt etwas zu tun haben muss, sondern ganz unterschiedliche Ursachen haben kann: dass Abwesenheit auch Unterrichtsbefreiung, Vorstellungsgespräche in Betrieben, eine noch nicht vorgelegte Entschuldigung bedeuten kann. All dies hat übrigens Herr Pfeiffer in seiner Untersuchung überhaupt nicht registriert, sondern er hat selbst gesagt - ich zitiere -: „Am Befragungstag waren 135 Personen von insgesamt 1.452 aus unterschiedlichen Gründen (Krankheit, Schwänzen etc.) abwesend.“ Er hat also überhaupt nicht nachgeprüft: War das Schulschwänzen? Gibt es dafür irgendeinen Beleg?

Ein weiteres Nachgehen im Rahmen dieser Untersuchung war von ihm auch gar nicht beabsichtigt. Das war gewissermaßen ein Abfallprodukt. Ich finde - damit gebe ich bereits eine Antwort auf die erste Frage des Berichtsanspruchs -: Das ist methodisch zumindest zweifelhaft, wenn nicht - aus unserer Sicht - unzulässig, was er da gemacht hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Blick in die Klassenbücher der an der Untersuchung beteiligten Schulen hat jedenfalls die Zahlen von Herrn Pfeiffer nicht bestätigt. Ich kann nur sagen: Von wem die **Nachuntersuchung**, die vom **Schulamts Kiel** durchgeführt worden ist, bestritten oder für unglaubwürdig gehalten wird, der muss mir das dann einmal erklären. Ich finde auch dieses Misstrauen einer Schulin oder einem Schulamt gegenüber nicht angebracht.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was dabei herausgekommen ist, hat nämlich gezeigt, dass nicht 15 % der Schülerinnen und Schüler am Tag der Untersuchung unentschuldig fehlten, sondern nur 3 %. In Lübeck sind die Zahlen auch sehr differenziert zu beurteilen. Ich könnte Ihnen das jetzt genau darstellen, werde das aber dann in dem von Ihnen geforderten Bericht tun. Was hier behauptet wurde, wird dadurch also in höchstem Maße relativiert.

Damit will ich das ganze Thema überhaupt nicht bagatellisieren.

(Caroline Schwarz [CDU]: Also stimmt das alles nicht!)

- Wissen Sie, wenn man den populistischen Erfolg, den man damit beabsichtigt hat, erst einmal erzielt hat,

kann man sich ja hinterher wieder auf der sachlichen Ebene bewegen. Das ist auch eine Methode!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will nicht missverstanden werden. Ich möchte das Problem als solches - das **unentschuldigte Fernbleiben vom Unterricht** aus den unterschiedlichsten, meist ja sozialen oder individuellen Gründen - hier überhaupt nicht verniedlichen. Das ist eine ganz komplexe Problematik und es ist heute viel Richtiges dazu gesagt worden. Dies aber einseitig der Schule, der Schulpolitik, den Lehrkräften in einer solchen Debatte anzulasten, finde ich unzulässig. Und schon gar nicht eignet sich diese ganze Problematik für einen Generalangriff auf die Hauptschule, meine Damen und Herren.

(Lothar Hay [SPD]: Ja, sehr gut!)

Ich bin Herrn Klug dankbar dafür, dass er das hier so deutlich gesagt hat. Ich finde, wir sollten aufhören, hier die Hauptschulen im Lande so schlecht zu reden, wie Sie es wieder gemacht haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer die Hauptschule so schlecht redet, darf sich nicht wundern, wenn die Schüler irgendwann dort gar nicht mehr hingehen. Wer täglich vor Augen gehalten bekommt, dass sein Schulabschluss in dieser Gesellschaft eigentlich nichts mehr zählt, und wer ständig hört, dass der Besuch der **Hauptschule** den Weg in eine sehr unsichere Zukunft vorzeichne, und wer eben nicht auf der Sonnenseite der Gesellschaft steht, der muss schon eine gute Portion Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen mitbringen, um sein Leben eigenverantwortlich und selbstbewußt in die Hand zu nehmen. Gerade Hauptschülerinnen und Hauptschüler, aber auch die Schulen und die Lehrer, die dort arbeiten, brauchen Unterstützung, brauchen Ermutigung, brauchen Motivation. Die gibt man ihnen nicht, wenn man ein solches Thema in dieser Weise diskutiert.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Womit wir Hauptschulen stärken und weiterentwickeln wollen, braucht an dieser Stelle wohl nicht gesagt zu werden. Wir haben das bisher eigentlich immer gemeinschaftlich diskutiert und haben gesagt: Das geht über personelle Verstärkung, über Verbesserung von Schule und Jugendarbeit und deren Zusammenarbeit, über die persönliche Zuwendung von Lehrkräften und auch über eine andere Orientierung des Hauptschulunterrichts mit mehr Praxis, mit mehr Wirtschaftsorientierung. Damit sind wir, was die Stärkung der Hauptschulen angeht, auf einem richti-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

gen, auf einem motivierenden, auf einem positiven Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Ein weiterer Aspekt darf auch bei Ihnen nicht fehlen; das ist die **Verantwortung**, die **Eltern und Erziehungsberechtigte** ebenfalls haben. Es ist in erster Linie auch ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Schulpflicht nachgekommen wird.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Es ist ein erzieherisches Problem, und zwar für alle Seiten, für die Eltern und natürlich auch für die Lehrerinnen und Lehrer, dem nachzugehen. Es gibt viele Fragestellungen, die sich an dieses Thema knüpfen. Aber eines muss ich als Fazit feststellen - und damit nehme ich das Ergebnis eines solchen Berichts ein Stück vorweg -: Eine erste Einschätzung macht deutlich, dass die Ausprägung dieses Phänomens natürlich in den Großstädten anders ist - das liegt doch auf der Hand - als auf dem Lande, wo es sehr viel stärkere Kontrollmöglichkeiten gibt, wo vielleicht auch die „Verführung“ nicht so groß ist wie in einer Großstadt. Deswegen müssen natürlich von den Schulen und den Schulämtern auch unterschiedliche Handlungsstrategien entwickelt werden und es müssen insbesondere Strategien für die **Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe** entwickelt werden, die eine erfolgversprechende Perspektive haben. Ordnungsrechtliche Maßnahmen jedenfalls, Jugendarrest, wie er in Chemnitz - auch in diesem Zusammenhang - vorgekommen ist, Greiftrupps der Polizei - etwa in Nürnberg - oder gar die elektronische Überwachung des Schulbesuchs, zu der man in den USA und in England schon gegriffen hat, ist, wie ich finde, pädagogischer Unfug und kontraproduktiv für die Bereitschaft zum Lernen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum viel gepriesenen Bayern möchte ich sagen: Wenn in Bayern solche Methoden angewandt werden und die Schüler deswegen regelmäßig zur Schule gehen, muss ich sagen: Diesen Effekt wünsche ich mir nicht, sondern ich wünsche mir eine Schule, in die die Schüler gern gehen und nicht, weil sie von Strafe bedroht werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt werden wir den Bericht gern geben. Er gibt Gelegenheit, das Phänomen etwas differenzierter darzustellen, als es im Vorlauf zu der heutigen Diskussion zum Teil der Fall gewesen ist. Ich lade Sie herzlich

ein, in der Diskussion gemeinsam mit uns Lösungsstrategien zu erarbeiten, die dazu führen, dass das, was in diesem Bereich tatsächlich Fakt ist, noch weiter zurückgeführt wird, als es der Fall ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich schlage vor, dass ich zunächst über den interfraktionellen Änderungsantrag, Drucksache 15/158, abstimmen lasse. Darin besteht Einigkeit. Dann bitte ich um Handzeichen, wer für den interfraktionellen Änderungsantrag stimmen möchte. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich frage die Antragsteller, Drucksache 15/126, CDU, und Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/151, ob Sie Ihre Anträge damit für erledigt erklären.

(Zustimmung)

- Das ist der Fall. Gegenstimmen sehe ich nicht. Damit sind diese beiden Anträge erledigt.

Ich begrüße auf der Besuchertribüne die Besuchergruppe der Beruflichen Schule Niebüll und der Frauennunion Schleswig und Umland.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Saatgutverunreinigung mit gentechnisch manipuliertem Rapssaatgut

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/130

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für den Bericht das Wort Herrn Minister Müller.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Besondere, aktuelle Ereignisse haben in der Regel parlamentarische Anfragen zur Folge, so auch die Vorfälle um den Import und die Aussaat von gentechnisch kontaminiertem Saatgut heute hier an dieser Stelle. Aktueller Hintergrund des Berichtsantrages der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Vermarktung und Aussaat mit gentechnisch veränderten Anteilen verunreinigten

(Minister Klaus Müller)

Rapssaatgutes. Wieder einmal hat sich gezeigt, dass die Gentechnik und die durch sie hergestellten Produkte nicht nur Chancen - auch die -, sondern auch ein großes **Risikopotential** in sich bergen, eine Technologie, die uns einerseits Lösungsmöglichkeiten für viele Problembereiche aufzeigt, die bislang als unlösbar galten, wie zum Beispiel die Therapie bisher als unheilbar geltender Erbkrankheiten, eine Technologie aber auch, durch die sich andererseits viele Menschen bedroht fühlen, die breite Ablehnung in der Bevölkerung gegenüber der Einführung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln ist ein Beispiel dafür. Diese Ängste erhalten fast täglich neue Nahrung, wie die aktuelle Berichterstattung zur Saatgutverunreinigung mit gentechnisch manipuliertem Rapssaatgut eindrucksvoll beweist.

Zur Verunsicherung trägt erschwerend bei, dass die zuständige Aufsichtsbehörde und die Landesregierung erst am 18. Mai Kenntnis über die Vorfälle erhalten haben, obwohl nach dem hier bekannt gewordenen Ablauf die Vermutung nahe liegt, dass die Behörden in Baden-Württemberg bereits Anfang April eine Kontamination vermutet haben müssen.

(Jürgen Weber [SPD]: Hört, hört! - Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darüber, warum Informationen nicht weitergegeben wurden, kann nur spekuliert werden; konkrete Hintergründe sind nicht bekannt.

Fest steht, dass die Firma P. H. Petersen Saatzucht Lundsgaard in Grundhof die konventionelle Sommerrapssorte HYOLA 401 nicht züchterisch bearbeitet oder vermehrt hat. Eigentümerin der weltweit geltenden Rechte über diese Sorte ist die Firma Advanta Seeds in Großbritannien. Das Saatgut wurde in Kanada vermehrt und über die Firma Advanta Seeds bezogen. Es gelangten 6.740 kg des verunreinigten Saatgutes über 14 Zwischenhändler in den Handel, 19 kg wurden als **Versuchssaatgut** verschiedenen Forschungseinrichtungen zur Verfügung gestellt. 800 kg des bereits verkauften Saatgutes konnten von der Firma Petersen Saatzucht zurückgerufen werden und sind bereits an Advanta Seeds zurückgegangen.

Nach Auswertung der zwischenzeitlich vorliegenden Empfängerlisten kann davon ausgegangen werden, dass 500 g des verunreinigten Saatgutes als Versuchssaatgut an das Institut für Pflanzenernährung und Bodenkunde der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel geliefert wurden. Nachdem dies bekannt wurde, wurde das Saatgut unverzüglich vom Umweltministerium sichergestellt und zur Untersuchung zur Umweltbehörde nach Hamburg gebracht. Lediglich 1 g des Saatgutes wurde auf einer Versuchsfläche der Kieler Uni-

versität ausgesät; die Fläche hatte eine Größe von einem Quadratmeter. Die Universität Kiel hat in Kooperation mit dem Umweltministerium sofort alle Knospen entfernt, zwischenzeitlich wurde der Versuch beendet, die Pflanzen wurden entfernt und vernichtet.

Welche konkreten Gründe für die Verunreinigung des konventionellen Rapssaatgutes ursächlich sind, kann nur vermutet werden, da der Anbau und die Bearbeitung des Saatgutes in Kanada erfolgten. Infrage kommen zum Beispiel eine Verunreinigung durch Vermischung mit gentechnisch verändertem Raps bei der maschinellen Verarbeitung während der Ernte oder eine Einkreuzung der gentechnischen Veränderungen durch Fremdbestäubung.

Um derartige Unsicherheitsfaktoren künftig auszuschließen, wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass gesetzliche Regelungen getroffen werden, die gentechnisch veränderte Organismen im Bereich des Saatgutes ausdrücklich erfassen und das Risiko von Verunreinigungen ausschließen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Vor dem Hintergrund des bereits 1997 vom schleswig-holsteinischen Umweltministerium nachgewiesenen Transfers von Gensequenzen von Raps auf Raps und nahe verwandte Wildpflanzen und auch aus Gründen des Verbraucherschutzes wird sich die Landesregierung weiterhin auf Bundes- und EU-Ebene für die Entwicklung und Harmonisierung von Ausschlusskriterien für die Freisetzung und das In-Verkehr-Bringen gentechnisch veränderter Organismen einsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Auf jeden Fall müssen Freilandversuche und das In-Verkehr-Bringen transgener Pflanzen wegen der langfristigen Auswirkungen in einem Langzeitmonitoring wissenschaftlich begleitet werden.

Derzeit hat die Landesregierung bei der Genehmigung von Freisetzungen gentechnisch veränderter Pflanzen keine Handlungsmöglichkeiten, um in begründeten Fällen **ökologische und finanzielle Schäden** der Landwirtschaft zu verhindern. Meine Kollegin, Frau Ministerin Franzen, hat in einem Schreiben an das Bundeslandwirtschaftsministerium unter anderem vorgeschlagen, als Sofortmaßnahme eine Übereinkunft mit dem Bundesverband Deutscher Samenkaufleute und Pflanzenzüchter zu treffen, worin sich diese verpflichten, Saatgut mit Herkunft aus Ländern, in denen gentechnisch verändertes Saatgut erzeugt wird, nur dann einzuführen, wenn aufgrund einer

(Minister Klaus Müller)

Untersuchung der jeweiligen Partien kein Verdacht auf einen entsprechenden Besatz besteht. Darüber hinaus wird die Überarbeitung bestehender gesetzlicher Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene angeregt. Ich hoffe, dass diese Maßnahme zu einer Verbesserung der Situation innerhalb der EU führt und die Verbraucherinnen und Verbraucher ihr verloren gegangenes Vertrauen wiedererlangen können.

Das war eine der schnellsten Reden für so ein komplexes Thema in fünf Minuten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Wodarz. - Entschuldigung, es ist guter Brauch, dass nach dem Bericht der Regierung zunächst die Opposition redet. Frau Abgeordnete Scheicht, bitte!

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Das ist in Ordnung!)

Frau Abgeordnete Scheicht wird jetzt ihre Jungferrede halten. Sie haben das Wort.

(Beifall)

Jutta Scheicht [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen oder wie ich gedacht habe, dass wir es alle wissen, gehört das Thema **Gentechnik** zu den sensiblen Themen im 21. Jahrhundert. Um es vorwegzunehmen: Die CDU-Landtagsfraktion steht zu einem verantwortlichen Einsatz von Bio- und Gentechnologie, wobei die Sicherheit des Menschen, der Tiere und der Umwelt an erster Stelle stehen. Das möchte ich ausdrücklich sagen.

(Beifall im ganzen Haus)

Also lassen Sie uns - auch wenn das allen nicht immer leicht fällt, wenn es um Zukunftstechnologien geht - trotzdem sachlich über die Chancen oder wie im vorliegenden Fall der Saatgutverunreinigungen mit gentechnisch verändertem Rapssaatgut über die möglichen Risiken der grünen Gentechnik reden. Wir müssen die berechtigten Ängste der Menschen vor möglichen Gefahren und Risiken, die es bei diesen neuen Technologien immer geben kann und wird, wahrnehmen und nicht ignorieren. Unabdingbar ist dabei jedoch, durch eine verantwortungsvolle Sachinformation zur Aufklärung der Vorgänge beizutragen und unverantwortbare Panikmache zu unterlassen. Das haben wir in letzter Zeit leider auch oft erlebt.

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grund können wir auch dem Berichtsantrag der Mehrheitsfraktionen zustimmen. Obwohl einige Fragen aus dem Antrag bereits durch die Medien überholt sind, bleibt die, wie ich finde, wichtigste Frage weiterhin offen: Wie hält es Rot-Grün in Schleswig-Holstein in der Zukunft mit der Gentechnik? Herr Minister Müller ist ja da, er wird uns das gleich vielleicht beantworten können.

Wie im rot-grünen Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode festgelegt, sollen in Schleswig-Holstein zwar Laborforschungen möglich sein, ein konkreter **Freisetzungsversuch** aber nicht stattfinden. Im Übrigen orientieren sich die Formulierungen im Wesentlichen an den Bedenken, Chancen würden beharrlich ausgeblendet. Dennoch finden auch heute schon kontrollierte Freilandversuche in Schleswig-Holstein, zum Beispiel in Johannisdorf, statt. Von dort aus wurden 1999 positive Ergebnisse des Genversuchs gemeldet. Auch dazu hätten wir gern einmal eine Bemerkung gehört.

Im jetzigen Fall von „HYOLA 401“ handelt es sich nicht um einen Freilandversuch - das müssen wir hier noch einmal klarstellen -, sondern um eine geringfügige, versehentliche Beimengung einer gentechnisch veränderten Rapssorte zum herkömmlichen Saatgut.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist zu beweisen!)

Und auch dieses gentechnisch veränderte Saatgut ist eine konventionell gezüchtete Sommerraps-Hybridsorte einer niederländisch-britischen Saatgutfirma. Diese Firma ist weltweit organisiert und unterhält in Kanada ein Sommerrapszuchtprogramm, aus dem die Sortenfamilie „HYOLA 401“ stammt. In Kanada werden inzwischen zirka 60 % der Sommerrapsanbauflächen mit gentechnisch veränderten Sorten auf zirka 5 Millionen ha Land angebaut. Auch nach Deutschland wurden mehrere Saatgutpartien „HYOLA 401“ ausgeliefert und im Rahmen der Saatgutverkehrskontrolle durch das Regierungspräsidium Tübingen Muster gezogen. Dabei wurde eine Verunreinigung, die wir jetzt nicht unterschätzen wollen, von 0,03 % festgestellt.

Das betreffende Genkonstrukt RT 73 ist seit mehreren Jahren in Kanada, den USA und in Japan als völlig ungefährlich akzeptiert und für die Vermarktung freigegeben. In Europa wurde es für viele **Freilandversuche** genehmigt und in England für die Verwendung als Nahrungsmittel zugelassen. Angesichts dieser Fakten muten einige Aspekte der in Schleswig-Holstein diesbezüglich geführten Diskussion befremdlich an.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

(Jutta Scheicht)

Wir brauchen - und das brauchen wir schnell - klare Aussagen. Die Landesregierung wird sich dazu durchringen müssen zu sagen, wie sie es denn nun künftig in Schleswig-Holstein mit der Gentechnik halten will. Forschen ja, anwenden nein - das macht nach Auffassung der CDU keinen Sinn

(Beifall bei der CDU)

und führt dazu, dass die Zukunftstechnologie in unserem Land verschlafen wird. Während die Entwicklung um uns herum rasant fortschreitet, droht Schleswig-Holstein in einen tiefen Dornröschenschlaf zu versinken.

Die CDU setzt sich für Arbeitsplätze und neue Technologien in Schleswig-Holstein ein. Wenn wir in unserem Land aber nicht bereit sind, diese Technologien auch anzuwenden und umzusetzen und uns stattdessen darauf beschränken zu warten, bis sich andere Länder diese Technologien zum Nutzen machen, werden wir in Schleswig-Holstein nicht nur die Green-Card, sondern die „Golden-Green-Card“ einführen müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wodarz.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zurufe: Oh, oh! Frau Präsidentin!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, ich habe keine Geschlechtsumwandlung gemacht, ich bin immer noch Frau Präsidentin!

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Entschuldigung, das habe ich mir bisher noch nie geleistet. Aber es muss ja auch ein erstes Mal geben.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Raps ist eine 4.000 Jahre alte Kulturpflanze, die in Europa seit dem Mittelalter in größerem Umfang angebaut wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo stand das denn?)

Raps findet eine vielfältige Anwendung als Pflanzenöl, in Eiscreme und Margarine, als Komponente in Waschmitteln oder als Biodieseltreibstoff. Dieses Lebensmittel und dieser Energieträger ist in jüngster Zeit leider in Verruf geraten. Überschriften wie „Schmutziger Raps“, „Kriminelle Rapsodie“, „Heimlichtuerei um Genraps“ trugen einmal mehr dazu bei,

die Verbraucher in ihrem Glauben an die Unbedenklichkeit unserer Lebensmittel zu verunsichern. Was da geschehen ist, brauche ich jetzt nicht noch einmal zu wiederholen, das ist mehrfach von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern dargestellt worden. Frau Scheicht, ich möchte nur noch auf eines hinweisen: Es war keine Beimengung, sondern es war eine Verunreinigung, es war etwas sehr Unabsichtliches. Bei dem Wort Beimengung könnte man ja meinen, man habe da absichtlich etwas beigemischt. Das war nicht der Fall.

Wir wollen mit unserer Anfrage Klarheit schaffen, die für eine Verbraucherentscheidung hinsichtlich der heimischen **Nahrungsmittelprodukte** notwendig ist. Wir wollen auf die Relation der Verunreinigung hinweisen und betonen, dass die verunreinigte Ernte in einigen europäischen Ländern vernichtet, in Deutschland zu Dieselöl verarbeitet wird. Das heißt, sie wird nicht zur Lebensmittelherstellung verwendet. Diese Klarstellung schließt aber nicht aus, dass ich sage: Wehret den Anfängen! Die zögerliche Art, wie einige beteiligte Firmen, aber auch Behörden, die Öffentlichkeit informieren, ist nicht akzeptabel.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Und Herr Minister Müller, Sie haben das unterstrichen, aber eigentlich zur Aufklärung an dieser Stelle auch noch nicht beitragen können. Das zeigt ja, dass da doch noch eine Grauzone besteht.

Der Vorgang erfüllt uns mit Sorge, demonstriert er doch, wie nötig es ist, sich für wirksame Kontrollmechanismen und Kennzeichnungsrichtlinien einzusetzen.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Helmut Jacobs [SPD])

Wir wollen, dass Transparenz im Bereich des Saatgutes und der Lebensmittelherstellung herrscht. Jeder Landwirt in Schleswig-Holstein muss über die Qualität seines Saatgutes Bescheid wissen. Offensichtlich reichen die konventionellen Kontrollen auf der Grundlage des **Saatgutverkehrsgesetzes** nicht aus, um gentechnische Verunreinigungen zu erfassen. Ich halte die angesetzten Gespräche der Ministerin Ingrid Franzen mit den Pflanzenzuchtverbänden für einen ersten und aus meiner Sicht auch sehr richtigen Schritt.

Wir bitten die Landesregierung im Interesse unserer heimischen landwirtschaftlichen Qualitätsprodukte und zum Schutz der Verbraucher, den Vorfall der niederländisch-britischen Herstellerfirma Advanta Seeds sorgfältig zu analysieren und zu bewerten. Und

(Friedrich-Carl Wodarz)

natürlich erwarten wir auch praktische Konsequenzen. Herr Minister Müller hat einige aufgezeigt, das ist gut so.

In der Januar-Tagung 1998 diskutierten wir schon einmal über die Problematik von genmanipuliertem Rapssaatgut. Diese Debatte klang heute Morgen schon an. Ich will sie nicht wiederholen. Erinnern möchte ich aber an die Tatsache, dass Raps eine Kohlpflanze ist, die in Deutschland zahlreiche verwandte Wildpflanzenarten hat. Auch das ist heute Morgen schon angesprochen worden. Nur, liebe Kollegin Frau Happach-Kasan, so, wie Sie heute Morgen über die Folgenabschätzung hinweggegangen sind, so leichtfertig möchte ich das nicht machen. Da muss ich ganz ehrlich sagen, gefällt mir die sehr vorsichtige und distanzierte Haltung der Abgeordneten Scheicht schon besser.

(Beifall bei der CDU)

- Habe ich jetzt den Beifall von der falschen Seite bekommen?

(Heiterkeit - Lothar Hay [SPD]: Das war schon in Ordnung!)

Bezogen auf die Nahrungsmittelproduktion - das möchte ich betonen; in der Medizin ergibt sich meines Erachtens eine ganz andere Fragestellung - sehe ich das wahre Innovationspotential in einer gentechnikfreien - nicht genfreien, so doof bin ich auch nicht! - **Biotechnologie**. Und auch das möchte ich betonen, ohne damit diesen Forschungszweig diffamieren zu wollen. Ich kann mich den Ausführungen des Abgeordneten Harms zur Einschätzung der Biotechnologie durchaus anschließen.

In diesem Zusammenhang von Polemik zu sprechen, ist nicht angebracht. Hier sind Sie wieder ein Stück zu weit gegangen, liebe Kollegin. Schleswig-Holstein als Dunkelland zu bezeichnen, was die Biotechnologie angeht - da sind Sie noch etwas im Wahlkampf verharrt geblieben.

Die SPD-Fraktion schließt sich der Forderung des Deutschen Bauernverbandes an, der die Sicherheit der - -

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

- Kollege Ehlers, der Bauernverband ist manchmal fortschrittlicher, als Sie selber es glauben mögen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Heiterkeit)

Der Bauernverband fordert, die Sicherheit der Nahrungsmittel als das wichtigste Ziel der Landwirtschaft zu definieren: Zum Schutz der Verbraucher, aber auch aus Wettbewerbsgründen müssen wir strenge Quali-

tätsmerkmale und die entsprechenden Kontrollen fordern.

Ich würde es sehr begrüßen - Kollege Ehlers, vielleicht können Sie sich da einsetzen -, wenn sich der Deutsche Bauernverband dem Moratorium des Schweizer Bauernverbandes anschließen könnte. In den nächsten zehn Jahren sollen dort außer zu Forschungszwecken keine gentechnisch veränderten Organismen auf die Felder aufgebracht werden.

Ich gehe davon aus, dass wir dieses Thema in den Ausschüssen - Agrar- und Umweltausschuss - weiter behandeln werden. Wir sollten uns dabei an Tatsachen orientieren, ohne zu verteufeln, aber auch ohne zu verschleiern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werter Kollege Wodarz, ich nehme mit Interesse zur Kenntnis, dass es Herren in der SPD-Fraktion gibt, die es nicht leiden können, wenn Frauen mehr wissen als Sie selber.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Auch Herr Nabel hat darunter schon gelitten.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, es tut mir ja Leid. Man sollte fairerweise einmal sagen - Herr Nabel, reden Sie nicht immer dazwischen! -, Frau Fröhlich hat damit keine Schwierigkeiten. Insofern ist es wohl ein spezielles SPD-Problem.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie versteht ja auch nicht mehr davon!)

Herr Wodarz, Sie wissen offensichtlich auch nicht, dass es Technikfolgenabschätzung gibt, dass ich mich in der Enquetekommission „Gentechnik“ dafür ausgesprochen habe und ich wohl auch die Einzige bin,

(Konrad Nabel [SPD]: Die keine Ahnung hat!)

die die einzige Technikfolgenabschätzung, die es gibt, rezipiert hat.

Insofern bitte ich Sie, doch einfach einmal Ihre Faulheit zu überwinden und in dem entsprechenden Büchlein nachzulesen. Es sind nur 200 Seiten. Machen

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Sie sich daran! Vielleicht schaffen Sie es noch in diesem Jahr.

Die Regierungsfractionen haben mit dem vorliegenden Antrag einen Fragenkatalog vorgelegt, der sich mit der Auslieferung von **Rapssaatgut** der Sorte „HYOLA 401“ in Deutschland beschäftigt, das einen geringen Anteil an Samen mit dem Genkonstrukt RT 73 enthielt. Die Rapssorte ist in Deutschland zugelassen.

Es ist wohl einmalig, dass im Landtag eine solche Kleine Anfrage diskutiert werden soll, denn etwas anderes ist Ihr Fragenkatalog nicht. Es ist weiterhin einmalig, dass Regierungsfractionen von ihrer Landesregierung Informationen erfragen, die diese gar nicht originär haben kann. Unverständlich ist dies besonders deshalb, weil die wesentlichen Informationen über das Vorkommen bereits zum Zeitpunkt der Antragstellung vom Bundesverband der Deutschen Pflanzenzüchter veröffentlicht worden sind, abgedruckt zum Beispiel im „Bauernblatt“ vom 27. Mai. Die Tatsachen sind also bekannt. Die Kollegin Scheicht hat sie - genau wie ich - gelesen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gott sei Dank!)

Das in den Samen vorkommende **Genkonstrukt** wird seit mehreren Jahren in Kanada, den USA und Japan verwendet, die Vermarktung der Ernten erfolgt ohne jegliche Auflagen und ist akzeptiert. In Europa ist das Genkonstrukt für viele Freilandversuche genehmigt und in England ist der Samen von Raps, der dieses Genkonstrukt enthält, zur Verwendung als Nahrungsmittel zugelassen.

Vor diesem Hintergrund hat Bundeslandwirtschaftsminister Funke - übrigens SPD, Herr Wodarz, falls Sie es nicht wissen - völlig zu Recht in einer Presseerklärung deutlich herausgestellt, dass durch die Aussaat dieses Rapses keine Gefährdung der Gesundheit der Menschen oder der Ökologie besteht. Herr Minister Müller, ich hätte mir eine ebensolche Presseerklärung auch von Ihnen gewünscht. Das will ich einmal sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir stimmen Bundesminister Funke in dieser Einschätzung ausdrücklich zu.

In der EG-Saatgutverkehrsrichtlinie von 1996 sind artenspezifische Standards für die **Sortenreinheit** festgelegt worden. Es gibt keine spezielle Regelung hinsichtlich der unbeabsichtigten Präsenz von GVO-Bestandteilen im Saatgut nicht transgener Sorten. Damit gilt die allgemeine Regelung für die Sortenreinheit. Die Einfuhr der Rapssaat wie auch ihre Aussaat erfolgte somit völlig legal. Wer irgendwelche Maßnah-

men von Landwirten haben will, muss sie bezahlen - eindeutig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Die deutsche und die europäische Saatgutwirtschaft hat von der EU-Kommission artenspezifische Schwellenwerte gefordert, da unbeabsichtigte Verunreinigungen nicht transgener Sorten durch Genkonstrukte nie ganz auszuschließen sind. In dieser Hinsicht müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen, Herr Minister Müller: Man kann Risiken eindämmen - wir treten dafür ein -, aber man kann sie nicht ausschließen. Der Saatgutwirtschaft ist in dieser Frage keinerlei Vorwurf zu machen.

Zu fragen ist natürlich, ob wir denn wirklich einen speziellen Schwellenwert für erprobte und als unbedenklich bekannte Genkonstrukte brauchen oder ob sie nicht unter die allgemeinen Bedingungen des Saatgutverkehrsgesetzes fallen. Ich kann zurzeit ein solches Erfordernis nicht erkennen. Herr Minister a. D. Steenblock, ich kann mir auch keinen Grund - von Ihnen hier genannt - vorstellen, der dies tatsächlich erforderlich machen würde. Verdächtigungen ja; konkrete Gründe sind hier nicht genannt worden.

Vor dem Hintergrund, dass die Aussaat der Rapssorte in Kanada ökologisch unbedenklich ist, keine Gesundheitsgefährdung vorliegt und auch gegen keine Gesetze verstoßen wurde, ist der Antrag der Regierungsfractionen als überflüssig zu bewerten. Auch die Darstellung durch den Umweltminister dieses Landes, dass 1 m² Raps vernichtet sei, kann ich eigentlich nur als Balkonkastenpolitik bewerten und nicht als eine ordentliche inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

(Beifall bei der F.D.P.)

Politisch hat der Antrag das Ziel, die vorhandene Skepsis der Menschen gegenüber der Gentechnik zu verstärken. Angesichts der Einschätzung der Chancen, die die Gentechnik bietet, die im Informationsmagazin der Technologiestiftung Schleswig-Holstein betreffend dargestellt werden und die auch Minister Rohwer in einem vorigen Beitrag betreffend dargestellt hat, ist dies völlig irrational. Die Stiftung wirbt in verschiedenen Publikationen um Akzeptanz für eine neue Technologie; die Regierungsfractionen machen mit ihren Anträgen und Presseerklärungen die erzielte **Akzeptanz** wieder kaputt.

Wo, wer te Damen und Herren auf der linken Seite des Hauses, stehen Sie eigentlich? Ist die Technologiestiftung eine Alibiveranstaltung für Technikfreundlichkeit oder sind Sie hier auf der linken Seite die Alibiveranstaltung in diesem Haus? Wollen Sie die Bevölkerung über das, was in Sachen Gentechnik

(Dr. Christel Happach-Kasan)

wirklich im Lande passiert, täuschen, sozusagen Opium fürs Volk sein, oder wollen Sie die Arbeit der Stiftung konterkarieren? Einigen von Ihnen fehlt jegliche Fähigkeit, in dieser Frage politische Führung zu beweisen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan, ich habe Sie sicherlich richtig verstanden, dass Sie kein Mitglied dieses Parlaments meinten mit Ihrer Aufforderung, die Faulheit zu überwinden.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:
Was?)

- Mit Ihrer Aufforderung, seine Faulheit zu überwinden, meinten Sie sicherlich kein Mitglied dieses Parlaments.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:
Nein!)

- Dann haben wir uns richtig verstanden.

(Klaus Schlie [CDU]: Allgemeine Bemerkung!)

Herr Abgeordneter Steenblock, Sie haben das Wort.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es geht in dieser Debatte zuvörderst natürlich nicht um die Gentechnik, ja oder nein, es geht nicht um die Technologiediskussion, sondern es geht in erster Linie darum, ob wir **Vertrauensschutz** für die Bürgerinnen und Bürger herstellen können, die - ob nun zu Recht oder zu Unrecht; das ist in diesem Hause umstritten - sich ängstigen, weil sie gerade in den letzten Jahren nicht nur im Bereich der Gentechnik, sondern auch in vielen anderen Bereichen der **Nahrungsmittelindustrie** mit Skandalen überzogen worden sind, die das Vertrauen in den unbeschwernten Genuss von Lebensmitteln nicht gestärkt, sondern eher zerstört haben.

Deshalb ist es die Aufgabe von Politik, diese Befürchtung ernst zu nehmen. Gerade wir als landwirtschaftlich hoch qualifiziertes Land müssen ein großes Interesse daran haben, dass die Menschen in diesem Land Vertrauen in die Produkte, die hier hergestellt werden, haben. Deshalb brauchen wir eine Sicherung für Verbraucher, aber auch für Landwirte. Es sind ja auch Landwirte, die veralbert worden sind - wenn man unterstellt, es ist bewusst gemacht worden -, die auf jeden Fall getäuscht worden sind - wenn man unterstellt, dass sie anderes Saatgut als das, was sie aussäen wollten, ausgesät haben.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Vertrauen ist es, worum es hier geht, nicht um eine aufgesetzte Debatte „Gentechnik - ja oder nein?“. Die haben wir heute schon geführt. Deshalb brauchen wir ein Instrumentarium. Ich halte nichts davon - wie auch Herr Funke das gemacht hat -, das Problem herunterzuspielen. Das, was dahinter steht, ist tatsächlich ein sehr verbreitetes Problem.

Frau Happach-Kasan, ich schätze Sie ja nicht unbedingt wegen aller Positionen, die Sie vertreten, aber deswegen, weil Sie sich sehr kompetent und intensiv mit diesen Sachen beschäftigen. Deshalb noch einmal ein Hinweis. Vielleicht lesen Sie das selber im „New Scientist“ nach, in der Ausgabe 2240 auf Seite 4.

Dort wird das Ergebnis einer Untersuchung von Saatgut dargestellt, die in Amerika einmal im größeren Stil durchgeführt worden ist. Über die Hälfte des Saatgutes, das dort untersucht worden ist, hat gentechnische Verunreinigungen - so sage ich jetzt einmal - aufgewiesen. Das heißt, dieses Problem ist gerade in Ländern wie Amerika und Kanada, aus denen wir viel Saatgut beziehen, durch die große Anwendung von **gentechnisch verändertem Saatgut** massiv vorhanden. Wir müssen uns um **Instrumentarien** kümmern, dass diese Massen von Saatgut, die auf uns zukommen, zumindest so behandelt werden können, dass wir auswählen können: Ist dieses Saatgut gentechnisch verunreinigt, gentechnisch gewollt manipuliert oder ist es gentechnikfrei? Dafür brauchen wir ein Instrumentarium.

Ich halte an dieser Stelle nichts - um das deutlich zu sagen; Sie haben das auch angesprochen; das ist für mich der Kern dieser Debatte - von Grenzwerten, von Schwellenwerten, Toleranzwerten. Ich halte das für falsch. Wir brauchen eine klare, eindeutige Kennzeichnung von Saatgut als „gentechnikfrei“ oder eben mit dem Hinweis versehen, welche gentechnischen Verfahren angewandt worden sind. Toleranzwerte, die deutlich machen, dass hier eventuell Beimischungen von gentechnisch verändertem Saatgut gegeben sind, schädigen das Vertrauen von Verbraucherinnen und Verbrauchern, aber auch von Landwirten massiv.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb brauchen wir hier ein eindeutiges Ja oder Nein. Diese Debatte muss kommen, sie wird kommen.

(Rainer Steenblock)

Vielleicht zum Schluss noch ein Beispiel, das auch Sie von der Opposition nachdenklich machen sollte. Im Dezember vergangenen Jahres hat die Kantine der Londoner Zentrale von Monsanto - Sie kennen die Firma; das ist eines der weltweit führenden Agrarchemieunternehmen, das auch mit Saatgut befasst ist - beschlossen, in Zukunft nur gentechnikfreies Essen anzubieten. Das ist eine mutige Entscheidung - Frau Schmitz-Hübsch, Sie haben das eingefordert -, eine Entscheidung, die auch alle unkritischen Befürworter von Gentechnik nachdenklich machen sollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Fall von unkontrollierter **Saatgutverunreinigung**, den wir unter anderem in Schleswig-Holstein in den letzten Wochen verfolgen konnten, ist wieder einmal - das sehen wir auch hier im Parlament - Auslöser für eine Diskussion um Gentechnik und gentechnisch manipulierte Pflanzen geworden. Dass unsere Kontrollorganisationen und -institutionen in dieser Angelegenheit versagt haben, ist äußerst bedauerlich und auch bedenklich. Das fordert von der Politik Überlegungen, diese **Kontrollen** zu verbessern. Was hier geschehen ist, ist nach meiner Auffassung nicht mit geltendem Recht zu vereinbaren. Daher muss auch rigoros eingegriffen werden; denn das Ganze war - wohl gemerkt - unkontrolliert.

Es kann nicht angehen, dass unsere Landwirte unwissentlich Gefahr laufen, genbehandeltes Saatgut auszubringen, weil Kontrollmechanismen versagt haben.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Dadurch wird unserer Landwirtschaft Schaden zugefügt und das Vertrauen der Verbraucher in die Landwirtschaft aufs Spiel gesetzt. Das, was wir jetzt brauchen, sind genaue Informationen, um die Problematik transparent zu machen und um sie dann als Entscheidungshilfe nutzen zu können. Die offenen Fragen müssen beantwortet werden, damit wir uns vorurteilsfrei weiter mit der Gentechnik auseinandersetzen können. Das trifft gerade auf diesen konkreten Fall zu, bei dem wir es mit unkontrolliert ausgebrachtem genmanipuliertem Saatgut zu tun haben.

Der SSW hat sich immer dafür eingesetzt, dass Nahrungsmittel, die gentechnisch behandelt sind oder in

denen gentechnisch behandelte Lebensmittel vorkommen, ausführlich gekennzeichnet sind. Darüber hinaus ist es dringend notwendig, dass sich Pflanzenzüchterverbände erkundigen und prüfen, ob sie Saatgut aus Ländern beziehen, in denen gentechnisch behandeltes Saatgut produziert wird. Ungeachtet dessen sollte auch hier eine **Kennzeichnungspflicht** eingeführt werden. Hier gebe ich sowohl Herrn Steenblock als auch Herrn Wodarz ausdrücklich Recht.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir wissen mittlerweile, dass deutsche Behörden - laut Presseberichten sind dies Behörden in Baden-Württemberg - von der Saatgutverunreinigung seit Anfang April gewusst haben. Ich frage mich daher: Warum wurde kein anderes Bundesland rechtzeitig informiert? Hat man es nicht für wichtig erachtet oder sind die länderübergreifenden **Informationsstrukturen** einfach nur unzureichend? Sind wir schlecht vorbereitet?

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bei unserer Landwirtschaftsministerin dafür bedanken, dass sie sich so schnell nach Bekanntwerden der Angelegenheit beim Bundeslandwirtschaftsminister dafür eingesetzt hat, die Kontrollen zu verstärken. Das ist der erste Weg in die richtige Richtung.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW], vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass von der Landesregierung eine Initiative gestartet werden soll, um eine EU-weite einheitliche Regelung zu finden, wird von uns natürlich auch begrüßt.

Es geht jetzt vordringlich darum, diesen Fall so schnell wie möglich aufzuklären, und es müssen entsprechende Schlüsse gezogen werden, damit so etwas nicht wieder passieren kann. Wir dürfen die Risiken, die in der Gentechnik liegen, nicht unterschätzen. Gerade das Wissen, dass heute in Deutschland acht bis zwölf Jahre geforscht wird, bis es zur Einführung eines gentechnisch behandelten Produktes kommen kann, zeigt uns, wie heikel und auch unerforscht die Gentechnik ist. Es verdeutlicht aber auch, dass die Forschung bei uns genau und ausführlich ist, und das ist auch gut so.

Was den Bürger - nebenbei gesagt - auch interessiert, ist die Frage, ob es sich hierbei um Saatgut handelt, das schon in Deutschland erforscht ist und ob es im konkreten Fall Auswirkungen auf die menschliche

(Lars Harms)

Gesundheit hat. Auch wenn diese Fragen simpel erscheinen mögen, so sind es doch Fragen, auf die die Bürgerinnen und Bürger eine klare Antwort erwarten dürfen. Diese Antworten müssen öffentlich gemacht werden. Da reichen auch einzelne Presseberichte, Frau Happach-Kasan, nicht aus, sondern es ist ganz wichtig, dass der Staat diese Verantwortung übernimmt. Dieser Bericht, der kommen soll, entspricht genau dieser staatlichen Verantwortung, die dann auch angenommen wird.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW], Friedrich-Carl Wodarz [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nur so können wir das Vertrauen der Bevölkerung wiedergewinnen und die möglichen Gefahren dieses Vorfalls auch richtig einschätzen. Deshalb können wir dem Berichtsantrag nur nachdrücklich zustimmen.

(Beifall beim SSW, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt Frau Ministerin Franzen. Ich weise darauf hin, dass die angemeldete Redezeit der Regierung abgelaufen ist, sodass danach den Fraktionen nach § 58 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung wieder zusätzliche Redezeit zusteht. Sie haben das Wort, Frau Ministerin!

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Ich bedanke mich. - Meine Damen und Herren, ich will versuchen, mich kurz zu fassen. Ich will noch einmal auf die aktuelle globale Situation hinweisen und die Sache ein bisschen aus meiner Sicht gewichten. Wir haben im Ausland einen zunehmenden Anteil gentechnisch veränderter Sorten. Das ist gesagt worden. Allein beim Sommerraps in Kanada - der ist hier ja interessant - sind es 50 bis 60 %. Wir können nicht alle Importe im Detail kontrollieren. Das wird nicht möglich sein. Da muss man ehrlich sein. Das heißt, wir haben eine objektive **Gefahr** durch die Zunahme solcher **Verunreinigungen**, wie wir sie hier erlebt haben.

Wofür ich plädiere - gerade auch in der Rolle als Landwirtschaftsministerin, die auch für den Verbraucherschutz zuständig ist -, ist Folgendes. Ich möchte keine schleichende Einführung gentechnisch verunreinigten Saatgutes. Das kann nicht sein. Ich möchte, dass wir einen offenen Diskurs haben, dass wir in diesen Diskussionen Transparenz haben, und ich

möchte, dass wir die Verbraucher überzeugen und nicht übertölpeln. Das könnte dabei nämlich sonst passieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will auf die rechtlichen Rahmenbedingungen hinweisen; mein Kollege Müller hat das auch schon getan. Nach dem **Gentechnikgesetz** ist das - es gibt dieses schreckliche Wort - In-Verkehr-Bringen solch gentechnisch veränderten Saatgutes nicht erlaubt. Das ist eine Ordnungswidrigkeit. Das Saatgutrecht kennt dazu gar keine Regelung.

So kann man sagen, Frau Happach-Kasan: Alles in Butter, schöne Situation! Man kann aber auch sagen: Wir haben eine Gesetzeslücke. Für diese Feststellung will ich nachdrücklich plädieren.

Ich komme Ihnen einmal mit einem Land, das relativ unverdächtig ist, sehr viel zu normieren und zu regeln und kein Geld verdienen zu wollen, und zwar mit der Schweiz. Laut Presse - „Neue Zürcher Zeitung“ vom 6. Juni; also ganz neu - hat die Schweizer Bundesregierung einen Grenzwert von 0,5 % für gentechnisch veränderte Organismen auch für Saatgut eingeführt. Das ist weit über dem, was wir gefunden haben. Darüber kann man sich auch streiten. Aber die Schweizer haben es getan, und zwar mit Wirkung vom 1. Juli dieses Jahres. Sie hatten dort Erfahrung mit Mais, sie haben reihenweise untergepflügt, sie haben also das mitgemacht, was wir mit Raps erleben. Dazu kommt, dass sie die Saatgutbetriebe verpflichten, grundsätzlich auf eine Verunreinigung „zu Null“ zu achten. Das ist ihre Selbstverpflichtung - das finde ich ganz wichtig - und wenn es dort doch passiert - wir haben die Problematik ja hier geschildert -, gibt es diese Toleranzgrenze.

Die Diskussion in der Schweiz lautet: Greenpeace sagt, das sei zu hoch, WWF Schweiz und ProNatura sowie andere sagen, das sei okay. Da will ich mich gar nicht einmischen. Ich möchte nur betonen, andere Länder sind ein Stück weiter. Die Schweiz ist - wie gesagt - kein Staat, der nur reguliert.

Ich möchte ein paar Worte zur Bedeutung von Raps sagen und darüber, dass ich - wie wir alle - im Markt ein bisschen getroffen war, weil es nun gerade einem Händler bei uns widerfahren ist.

Raps - allerdings der Winterraps - spielt bei uns mit 91.000 ha eine sehr große Rolle. Ihm kommt auch eine wichtige Rolle in der Fruchtfolge, in der Veredelung, in der Verwertung und in der zunehmenden

(Ministerin Ingrid Franzen)

Inbetriebnahme verschiedener Produkte zu. Das muss ich hier nicht weiter ausführen.

Ich sage einmal ganz emotional - da setze ich mir den Hut der Tourismusministerin auf -: Wir sind ein wunderschönes Land in den Medien, in der Werbung und in unserer Selbstwahrnehmung aufgrund unserer Rapsfelder. Jetzt haben die Menschen Fernsehen in der Tagesschau, haben irgendetwas von Verunreinigung des Rapses gehört - hängen geblieben ist: Mit Raps stimmt etwas nicht. Das können wir nicht gut finden und ich finde es auch nicht gut.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich möchte auf eines hinweisen, was mir ganz wichtig ist, gerade weil der Saatgutbetrieb in unserem Land liegt. Die Landesregierung wird nach dem Motto handeln: „Reden mit und nicht reden darüber“. Wir haben daher Gespräche mit dem Zuchtunternehmer vor Ort sowie in meinem Hause geführt. Wir werden weitere Unternehmen aus der Saatgutwirtschaft - er ist ja nicht der Einzige - noch im Juni mit dem Ziel einladen, eine freiwillige Vereinbarung in diesem Lande zu treffen. Das, was ich dem Kollegen Funke geschickt habe und was ihn sehr gefreut hat - ich habe ihn hier persönlich getroffen, es gab keinen Dissens zwischen uns -, wird dauern. Darüber müssen wir uns im Klaren sein.

Wir waren so verblieben, Herr Kollege Müller, dass wir den Ausschüssen, denen der Antrag überwiesen wird, den Bericht schriftlich nachliefern. Wir haben das als Kabinettsvorlage nicht geschafft. Wir haben dann eine gute Grundlage für eine weiterhin notwendige Diskussion.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort nach § 58 Abs. 1 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich trage hier eine persönliche Ansicht vor, die nicht durch einen Fraktionsbeschluss gedeckt ist.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Das möchte ich vorweg sagen. Ich habe das Recht als gewählter Abgeordneter, dies zu tun.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das finde ich sehr vernünftig!)

Die Diskussion über die gentechnisch veränderte Rapssaat und deren Beimischung oder Verunreinigung zu anderem Saatgut hat weitergehende Folgen als die, die in den bisherigen Beiträgen der Mitrednerinnen und -rednern dargestellt wurden. Es ist meine Pflicht darauf hinzuweisen, weil ich glaube, dass uns diese Diskussion noch eine ganze Weile beschäftigen wird.

Das technisch Machbare hat nicht nur in dieser Frage weitreichendere Folgen, deren Auswirkungen auf das gesamte **Ökosystem** viel gravierender sein können als die des dann wirklich technisch Gemachten. Ich sage „können“, weil wir es alle nicht besser wissen. Aber die Biologen könnten und müssten es besser wissen. Wenn sie es nicht wissen, müssen sie dafür sorgen, dass sie es wissen. **Technikfolgenabschätzung**, bevor eine Technik umgesetzt wird - das ist die Forderung, die ich hier stelle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum verändert sich der Magen einer Biene, nachdem sie von gentechnisch verändertem Raps gegessen hat? Warum bekommt ein Zuckerkranker einen allergischen Schock, nachdem er gentechnisch produziertes Insulin zu sich genommen hat? Welche Folgen hat es, wenn die Saatsorten, die durch transgene Herbizidresistenz privilegiert sind, andere Sorten zurückgedrängt haben, wenn dadurch die Artenvielfalt gefährdet wird? Drei von Tausenden ungestellten und unbeantworteten Fragen, die sich an die **Naturwissenschaften** richten.

Es gibt aber auch Fragen, die sich an die **Sozialwissenschaften** und an die Politik richten. Diese müssen gestellt werden. Es gibt nämlich grundlegende Veränderungen im Leben der Menschen, in ihren Traditionen, in ihren Strategien, Leben zu bewältigen. Weltweit gibt es tausende Strategien bezogen auf die Landschaft, auf das Klima, auf die Umgebung, auf die dort lebenden Menschen, Tiere, Pflanzengesellschaften, Strategien, die darauf abzielen, die Ernährung sicherzustellen.

Diese **Strategien** sind bei uns in Mitteleuropa anders als im westlichen Afrika oder in Südamerika. Alle reden doch von Standortfaktoren. Dort sind die **Standortfaktoren** eben anders als bei uns. Deshalb müssen die Strategien, Lebensmittel zu erzeugen, auch anders sein, nämlich an die Standortfaktoren angepasst. Denn es kann nicht angehen, dass mit einer Sorte Saatgut - Weizen Nr. 87, 3 - alle Ernährungsprobleme dieser Welt überall mit der gleichen Strategie, mit der gleichen Herbizidmischung gleich-

(Konrad Nabel)

artig gelöst werden. Das geht nicht. Es wird nicht klappen und es ist ein Irrweg, auf dem wir uns da bewegen.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Viele der Strategien, die über Tausende von Jahren von den Menschen vor Ort entwickelt worden sind - angepasst, wie ich gesagt habe -, gehen verloren. Nicht nur die Arten gehen verloren, sondern auch diese Strategien der Menschheit, das kulturelle Wissen um die Ernährung. Wir verarmen auf dieser Welt. Immer breitere Bevölkerungskreise lehnen es ab, sich wiederum in die Abhängigkeit einer weitgehend unerforschten Großtechnologie zu begeben wie seinerzeit die der Kernenergie.

Die Menschen fühlen sich ohnmächtig, wenn sie Getreide anbauen, von dem sie wissen, es wird keine Saat bringen. Sie müssen wieder das gleiche Getreide kaufen, die gleiche Herbizidmischung, obwohl sie wissen, dass ihr Boden dadurch kaputtgeht, weil sie darauf angewiesen sein werden, weil standortangepasste Saaten entweder zu teuer oder aber später nicht mehr verfügbar sind.

Es ist bekannt, dass Leute, denen die Argumente ausgehen, zu Mitteln greifen, die oft an Perfidie grenzen. Ich will das hier nicht unterstellen, aber wenn ich die „Frankfurter Rundschau“ vom 19. Mai 2000 lese - schaler Geschmack -, die mit der Überschrift anfängt: „Versehen, Irrtum oder Absicht?“, dann reicht das eigentlich, um dies zu klassifizieren, was ich annehme.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Konrad Nabel [SPD]:

Ich komme zum Schluss. - Dieses Saatgut ist nämlich nicht mehr aus der Welt zu schaffen, auch wenn es sich nur um 0,038 % handelt. Das ist da. Wir müssen damit leben. Es ist in diesem Fall vielleicht nicht so schlimm. Aber es gibt andere Saaten - ich habe von Weizen und von Gerste gesprochen, von Maniok oder von was auch immer -, die weltweit andere Notwendigkeiten als Raps haben. Es ist ein großes Problem, wenn Akzeptanz durch die Macht des Faktischen hergestellt wird. Das ist eine Zermürbungsstrategie, auf die wir uns einstellen müssen.

Meine Damen und Herren, wir müssen diese Diskussion nicht nur unter naturwissenschaftlichen, sondern auch unter sozialwissenschaftlichen, auch unter kulturellen Gesichtspunkten führen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD], Günter Neugebauer [SPD], Renate Gröpel [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

(Zurufe von der CDU: Doch!)

- Das habe ich übersehen. Entschuldigen Sie bitte. Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan hat das Wort. - Wer ist zunächst dran? - Herr Abgeordneter Jensen-Nissen hat nach § 58 Abs. 1 der Geschäftsordnung das Wort.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme die Worte des Herrn Kollegen Nabel sehr ernst, weil es seine persönliche Meinung ist. Aber Sie als Sozialdemokraten und Grüne müssen schon die Fragen beantworten, die man an Sie stellt. Sie reden hier nämlich mit gespaltener Zunge.

(Zuruf von der SPD: Was? - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn der Bundeslandwirtschaftsminister sagt, dieser **Produktionsfortschritt** könne ohne die Biotechnologie und Gentechnik nicht erreicht werden, wenn es um die Welternährung geht, dann müssen Sie den Leuten den Widerspruch erklären: **Gentechnologie** in Asien und Afrika ja, aber in Deutschland nein. Diese Fragen müssen Sie beantworten. Das können Sie sich nicht so einfach machen.

Wenn hier Herr Müller und im Grunde genommen Frau Franzen die Thematik in Fragestellungen sehr deutlich problematisieren, dann frage ich mich, was mit dem Aufsatz im „Agrarreport Schleswig-Holstein 2000“ ist, in dem Sie unkommentiert die **Biotechnologie** als eine Chance für mittelständische Unternehmen in der **Pflanzenzucht** in Schleswig-Holstein darstellen, in dem Sie dies sehr gut, präzise aufarbeiten und damit vorgeben, dass das Ihre Meinung sei. Da darf man doch schon einmal fragen - wenn da steht, die teilweise dramatisch geschilderten Vorkommnisse wie Auskreuzungen seien natürliche Ereignisse -, welche beim transgenen Material in gleicher Weise vorkämen wie bei traditionellem Zuchtmaterial. Warum wird das hier nicht gesagt? Aber in Ihrem „Agrarreport“ erwecken Sie den Eindruck, als

(Peter Jensen-Nissen)

sei dies Ihre Meinung. Hier wird mit doppelter Zunge geredet. Das ist unerträglich!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn es um die grüne Gentechnologie geht, so bin ich dafür. Wir sind uns einig: Klare Kennzeichnung, Herr Steenblock, damit jeder weiß, womit er es bei Nahrungsmitteln und Saatgut zu tun hat. Unbeabsichtigtes oder fehlerhaftes Beimengen sind nicht zu tolerieren. Darin sind wir uns einig. Aber sie sind auch nicht zu dramatisieren, wenn sie weit unter den Grenzen liegen, die beispielsweise - wie Sie es dargelegt haben, Frau Franzen - in der Schweiz gelten. Deshalb muss man mit diesen Dingen verantwortungsvoll umgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein weiterer Punkt! Wie halten Sie es denn, wenn in diesem Artikel, im Rahmen des Leitprogrammes „NABUS 2000“ steht: „Gesunde Lebensmittel aus transgenem Raps“? Hier wird mit Förderung des BMFT an einer Zukunftstechnologie geforscht. Sagen Sie Ja oder sagen Sie Nein dazu? Ich bleibe bei dem, was meine Kollegin Scheicht gesagt hat. Forschen ja, anwenden nein? Wie wollen Sie diese Fragen beantworten und wie wollen Sie dies verantwortungsvoll vor der Bevölkerung darstellen?

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Erlauben Sie mir den Hinweis darauf, dass Meinungsäußerungen von der Regierungsbank vielleicht verständlich, aber nicht zulässig sind.

Frau Dr. Happach-Kasan, Sie haben das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Nabel, ich möchte Ihren Beitrag nicht kommentieren, weil ich finde, dies gebietet die Fairness. Sie haben das Recht, hier eine ganz persönliche Meinung zu äußern. Ich finde es gut, dass solche persönlichen, nachdenklichen Meinungen in diesem Hause Platz finden. Deshalb begrüße ich Ihre Stellungnahme.

(Beifall bei SPD und SSW)

Frau Franzen, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie noch einmal die besondere Bedeutung von **Raps** für Schleswig-Holstein herausgestellt haben, und zwar im Hinblick auf den agrarischen Aspekt, auf den touristischen Aspekt und so weiter. Dies ist richtig. Herr Kollege Wodarz, wir sollten Raps nicht schlecht reden. Das kann sich dieses Land überhaupt nicht leisten.

Auf eines möchte ich gern hinweisen: Die Auskreuzung von Raps findet statt. Das wissen wir. Das hat auch nichts damit zu tun, ob er gentechnisch verändert ist. Raps kreuzt immer aus. Das ist einfach so.

Der Kollege Steenblock möchte keine **Schwellenwerte** haben und sagt, er möchte Raps haben, der völlig gentechnikfrei ist. Aber wir müssen letztlich feststellen, dass ein total gentechnikfreier Raps nur in solchen Gegenden produziert werden kann, in denen auf keinem Versuchsfeld, auf keinem Quadratmeter Acker auch nur ein bisschen transgener Raps angepflanzt wird. Das heißt, wenn man eine solche Kennzeichnung haben will, kann dies nur bedeuten: Land X gentechnikfrei oder Land Y nicht gentechnikfrei. Das ist die einzige Möglichkeit.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies würde aber letztlich bedeuten - ich frage mich, ob dies in der EU durchzusetzen ist -, dass wir weder aus Kanada noch aus den USA Saatgut mit der Kennzeichnung „gentechnikfrei“ einführen könnten. Angesichts der EU-weiten Verflechtungen und der EU-Richtlinien ist allerdings auch zu sehen, dass wir keinen Landwirt in Schleswig-Holstein oder in irgendeinem anderen Land daran hindern können, Saatgut, das von der EU-Kommission freigegeben ist, anzubauen. Insoweit ist Ihre Stellungnahme fundamentalistisch verständlich, aber auch illusorisch.

Insofern müssen wir uns fragen, ob man nicht doch sagt: Wir nehmen Genkonstrukte unter das allgemeine Saatverkehrsgesetz, wobei ich keine Probleme damit habe, statt 1 % Verunreinigung, wie es im Augenblick festgelegt ist, nur noch 0,5 % vorzusehen. Das ist nicht das Problem dabei. Denn wir sind uns alle darüber einig, das Saatgut möglichst sortenrein sein muss. Das gilt in gleicher Weise natürlich für herkömmlich produziertes Saatgut. Wer Doppelt-00-Raps anbaut, möchte eben keine Erucasäure, und wer Erucasäure produzieren will, möchte eben keinen Doppel-00-Raps. Das Interesse, eine möglichst große Sortenreinheit zu haben, ist also identisch. Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass dem Verhindern des Auskreuzens von Raps Grenzen gesetzt sind. Darüber sollten wir im Ausschuss diskutieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schließe ich die Beratung endgültig.

Ich schlage vor, dass der mündlich gegebene Bericht zur Kenntnis genommen und der angekündigte schriftliche Bericht zur abschließenden Beratung

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

federführend dem Umweltausschuss und dem Agrarausschuss überwiesen wird. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Fünfter Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Drucksache 15/100

In der Loge begrüße ich die Bürgerbeauftragte Sigrid Warnicke.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Qualität der **Arbeit der Bürgerbeauftragten** wie auch die hohe Akzeptanz ihrer Arbeit wird erneut an den Zahlen der Eingaben deutlich. So hat sich die Zahl der Eingaben im Zeitraum von Januar bis Dezember 1999 erneut erhöht. 2.380 Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein haben bei der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten um Unterstützung und um Hilfe nachgesucht. Von diesen 2.380 Eingaben wurden 2.091 als zulässig bearbeitet und in sage und schreibe 89 % der Fälle konnte durch Beratung, Auskunft oder durch Abänderung von Verwaltungsentscheidungen den Hilfesuchenden direkt geholfen werden.

(Beifall bei der SPD)

Dies sind **Qualitätsmerkmale** der Arbeit der Bürgerbeauftragten, die für sich sprechen. Diese Qualitätsmerkmale veranlassen mich und meine Fraktion, Ihnen, Frau Warnicke, und Ihrem Team auch in diesem Jahr herzlich für Ihre erfolgreiche Arbeit zu danken.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Der Erfolg der Arbeit der Bürgerbeauftragten beruht aber nicht nur auf einer hohen Zahl abgearbeiteter und gelöster Fälle, sondern die **Akzeptanz** der Bürgerbeauftragten spiegelt sich auch in einer direkten und offenen Präsentation wider. Gut angenommene Dienstleistungsabende, Telefonsprechstunden, Außensprechstage in der Region und Präsenz auf öffentlichen Veranstaltungen zeigen nicht nur Bürgernähe, sondern machen den Bürgerinnen und Bürgern auch Mut, sich an die Bürgerbeauftragte zu wenden.

Auch der Fünfte Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten spiegelt ein Stück gesellschaftlicher Realität wider. Sie ist ein Gradmesser für die soziale Lage in unserer Gesellschaft, für den Umgang mit in Not geratenen Menschen und mit den Hilfebedürftigen. In diesem Sinne ist die **Arbeit der Bürgerbeauftragten** nicht nur von großer Bedeutung, sondern sie ist auch Vertrauensarbeit in unsere **Gesellschaft** und in unsere **Demokratie**. Menschen, die Beratung und Hilfe suchen und Hilfe brauchen, können sich vorbehaltlos an die Bürgerbeauftragte wenden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Aus dem Bericht der Bürgerbeauftragten wird aber auch deutlich, dass nach wie vor der Umgangston den um Hilfe und Unterstützung nachsuchenden Bürgerinnen und Bürgern häufig nicht gerecht wird. Wenn zum Beispiel einer älteren Frau die Wohnung aufgekündigt werden soll, weil die Mietobergrenze um 42 DM überschritten ist, so stellt sich die Verhältnismäßigkeit nicht mehr eindeutig dar, und wenn die Begründung des zuständigen Sozialamtes hierfür lautet, die Obergrenze werde zwar nur um 42 DM pro Monat überschritten, aber im Laufe der Zeit ergebe dies doch eine größere Summe, als man zunächst denke, so ist dies oberlehrerhaft und arrogant.

(Beifall bei SPD und SSW)

Nur gut, dass auch in diesem Falle der um Unterstützung nachsuchenden Bürgerin geholfen werden konnte, allerdings dadurch, dass der Vermieter die Miete rückwirkend um 42 DM senkte, sodass die Mietobergrenze nicht mehr überschritten wurde. Dass dadurch nun auch noch Gerichtskosten für die Hilfesuchende entstanden sind, ist bitter; aber der Erfolg ist, dass nach der Intervention der Bürgerbeauftragten die Hilfesuchende in ihrer Wohnung, in der sie seit vielen Jahren lebt, und damit in ihrem vertrauten Lebensumfeld bleiben kann.

Ich will es dabei belassen, die erfolgreiche Arbeit der Bürgerbeauftragten an diesem Beispiel aufzuzeigen. Wir sollten uns die Gelegenheit nehmen, im **Sozialausschuss** des Landtages den Fünften **Tätigkeitsbericht** der Bürgerbeauftragten vertiefend mit Frau Warnicke zu diskutieren. Der Bericht der Bürgerbeauftragten macht deutlich: Sozialhilfe, Pflegeversicherung, Renten- und Krankenversicherung sind wichtige und notwendige Bestandteile unserer sozialen Sicherung. Aber sie müssen immer auch auf ihre Wirksamkeit und auf ihre soziale Gerechtigkeit für den Einzelnen hin überprüft werden. Die Bürgerbe-

(Wolfgang Baasch)

auftragte für soziale Angelegenheiten gibt den Bürgerinnen und Bürgern die notwendige Unterstützung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geerds.

Torsten Geerds [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Fünfte **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten** für soziale Angelegenheiten macht erneut gravierende Mängel in der Arbeit von Behörden deutlich. Dabei unterbreitet die Bürgerbeauftragte auch konkrete Vorschläge, um die Missstände abzubauen. Insbesondere im Bereich der Sozialhilfe, aber auch in der Renten- und Krankenversicherung gibt es Anlass zur Kritik.

Der Bericht macht deutlich, wie weit wir in Teilen der Sozialverwaltung noch von einem modernen Dienstleistungsbetrieb entfernt sind. Häufig ist man - trotz einer großen sozialpolitischen Regelungsdichte - nicht in der Lage, bei der Berücksichtigung einzelner Paragraphen den Einzelfall mit seinen individuellen **Problemstellungen** zu erkennen.

Daher zeigt der vorgelegte Bericht auch auf, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach dem Gesetz korrekt gehandelt haben, der Bürger aber trotzdem das Gefühl einer falschen Behandlung haben muss. Daher sollten wir als Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages gemeinsam mit den Kommunalpolitikern darauf achten, dass die Beschäftigten in den Verwaltungen - insbesondere in den **Sozial- und Jugendämtern** - kontinuierlich fortgebildet werden.

(Beifall bei CDU, SPD, F.D.P. und SSW)

Einen großen Teil des Berichts nimmt erneut der Bereich der Pflegeversicherung in Anspruch. Dabei ist die Aussage der Bürgerbeauftragten besonders erschütternd, dass aus ihrer Sicht die vom **Medizinischen Dienst der Krankenversicherung** getroffenen Feststellungen hinsichtlich vorhandener **Qualitätsmängel** in vollem Umfang zutreffend sind. Erschütternd ist, dass es zu diesen schlechten Ergebnissen gekommen ist, obwohl die Überprüfungen mit Voranmeldung des MDK stattgefunden haben. In diesem Bereich - das wird deutlich aufgezeigt - liegt auch in Schleswig-Holstein weiterhin ein großer sozialpolitischer Handlungsbedarf.

(Beifall des Abgeordneten Andreas Beran [SPD])

Die CDU-Landtagsfraktion wird daher die Pflegeoffensive der Sozialministerin konstruktiv, aber auch sehr kritisch begleiten. Unser eigener Antrag zur **Qualitätssicherung in der Pflege** aus der letzten Wahlperiode unterstreicht das gemeinsame politische Ziel. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Bürgerbeauftragte sich davon überzeugt zeigt, dass aus ihrer Sicht nur die Schaffung von Rechtsgrundlagen für eine Überwachung der Qualität der Pflegeleistungen durch eine Art „Pflege-TÜV“ Abhilfe schaffen kann. Wir stellen fest, dass es in der Vergangenheit bereits ähnliche Vorschläge gegeben hat, und freuen uns auf die Stellungnahme der Sozialministerin zu diesem Vorschlag aus dem Hause der Bürgerbeauftragten.

Mit Sorge nehmen wir erneut die Situation von dementsprechenden Pflegebedürftigen zur Kenntnis. Gerade für diesen Personenkreis gibt es weiterhin Handlungsbedarf. Wir sind daher für konkrete Hinweise auf Mängel in der Pflegeversicherung dankbar. Bedrückend ist die Tatsache, dass nur manuelle Verrichtungen der Grundpflege Berücksichtigung finden können, wenn die jeweiligen Verrichtungen ausdrücklich im Gesetz genannt worden sind.

Im wahrsten Sinne atemberaubend ist dann die Tatsache, dass auf der Grundlage dieser Bestimmungen die lebensnotwendige Versorgung mit Sauerstoff einer pflegebedürftigen Person danach keine Grundpflege ist und bei der Einstufung in eine Pflegestufe keine Berücksichtigung finden kann. Bei solchen Schilderungen müssen wir gemeinsam initiativ werden. Ich glaube, hier spielen Partei- und Fraktionsgrenzen keine Rolle.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht zeigt aber auch Beispiele für Verwaltungshandeln außerhalb von gesetzlichen Regelungen auf. Hier ist die **Einbehaltung von Sozialhilfe** zu nennen. Überzahlungen aufgrund von Rechenfehlern in den Ämtern werden in der Form teilweise wieder eingetrieben, dass der Sozialhilferegelsatz bis zum Ausgleich auf 75 bis 80 % reduziert wird. Ein solches Verhalten ist aber nur dann zulässig, wenn es sich um Leistungen handelt, die der Hilfeempfänger durch vorsätzlich und oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben erhalten hat. Hier teilen wir den Appell der Bürgerbeauftragten an die betroffenen Sozialämter im Land, derartiges Verhalten abzustellen, um Klagen abzuwenden.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Innerhalb von fünf Minuten ist es mir nicht möglich, auf weitere Sachverhalte einzugehen. Die Diskussion

(Torsten Geerds)

über diesen Bericht sollten wir im Sozialausschuss vertiefen und den einen oder anderen Kritikpunkt auch mit den kommunalen Spitzenverbänden diskutieren. Diesen Vorschlag mache ich auch nach den Erfahrungen der letzten Tage mit diesen Verbänden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie vereinzelt bei der SPD)

Am Schluss verweise ich auf ein Gespräch mit dem Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz im Sozialausschuss. Ich halte es nach wie vor für lohnenswert, dass wir uns nochmals ernsthaft mit dem in diesem Bundesland praktizierten Modell befassen.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und SSW)

In Rheinland-Pfalz ist der Geschäftsführer des Eingabenausschusses gleichzeitig Bürgerbeauftragter des Landes. Die CDU-Landtagsfraktion hält diese Aufgabenzusammenführung für einen möglichen Weg, um Reibungsverluste abzubauen. Eine Fortsetzung der Diskussion in dieser Frage halten wir für dringend geboten.

Frau Warnicke danken wir für den vorgelegten Bericht. Ihre Hinweise werden wir in unserem Fraktionsarbeitskreis aufnehmen, dort aufarbeiten und das Gesamtthema im Sozialausschuss vertiefen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Dr. Garg hat das Wort.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der für mich zurzeit vorbildlichste Bürgerbeauftragte ist an sich der Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller. Der hat sehr konsequent bürgerfreundliche Vereinfachungen des Regierungs- und Verwaltungshandelns zu seiner Richtschnur gemacht, indem er verfügt hat, dass mit jeder Verabschiedung eines neuen Gesetzes und dem Erlass jeder neuen Verordnung mindestens zwei bestehende Regelungen aufgehoben werden müssen. Verwaltungshandeln wird nämlich nur dann besonders bürgernah, wenn wir konsequent den Regierungsdschungel lichten und administratives Handeln für die Bürgerinnen und Bürger wieder transparent machen.

(Lothar Hay [SPD]: Am besten gar keine Gesetze!)

Wenn wir uns den Bericht von Frau Warnicke anschauen, dann zieht sich genau das wie ein roter Faden

durch die **Arbeit der Bürgerbeauftragten**, und zwar nicht nur im vergangenen Jahr. Wir haben doch ganz offensichtlich nicht nur zu viele, sondern oft auch zu komplizierte Gesetze und Verordnungen. Lassen Sie mich ein Beispiel herausgreifen: Die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Frau Warnicke steht hier ganz bestimmt nicht in dem Verdacht, der F.D.P. einen Gefallen erweisen zu wollen. Frau Ministerin Moser, keine Sorge, ich nutze die Gelegenheit auch nicht zu einer neuerlichen Debatte um die 630-DM-Jobs. Völlig unabhängig davon, wie man inhaltlich zu dieser Neuregelung steht, ist unstrittig, dass sie geradezu ein Paradebeispiel dafür ist, wie man Gesetze besser nicht macht. Das Gesetz erinnert mich ein bisschen an schlecht übersetzte südkoreanische Bedienungsanleitungen für Videorecorder.

Lieber Kollege Baasch, dass die **Zahl der Eingaben** im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr abermals leicht gestiegen ist, ist weniger ein Beleg für die Qualität der Arbeit der Bürgerbeauftragten als vielmehr eine Ohrfeige für diejenigen, die die Regelungsdichte und den Grad der Kompliziertheit der einzelnen Regelungen weiter erhöht haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich brauche niemandem zu sagen, wer in den vergangenen Jahren hierfür federführend die Verantwortung trug. Dass aber 80 % der Rat- und Hilfesuchenden geholfen werden konnte, ist Beleg für die Qualität der Arbeit von Frau Warnicke und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür sage ich für die F.D.P.-Fraktion ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Frau Warnicke, ich kann mir gut vorstellen, dass diese Arbeit ganz gewiss nicht immer lustvoll war. Ich kann mir Schöneres vorstellen als die hartnäckige Auseinandersetzung mit einer Krankenkasse, die sich weigerte, einem Pflegebedürftigen einen so genannten geländegängigen Rollstuhl zu finanzieren, damit sich dieser Mann wenigstens ab und zu an der frischen Luft bewegen konnte. Die Ablehnung erfolgte mit der Begründung, dass aufgrund der Schwere seiner Pflegebedürftigkeit eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht mehr notwendig sei. Lassen Sie es mich einmal salopp ausdrücken: Dieser Mann sollte nicht auf Partys mitgenommen werden, sondern hin und wieder etwas anderes als die weiß gestrichenen Wände seines Zimmers sehen. Vermutlich wissen die meisten von Ihnen, dass die Kosten für den geländegängigen Rollstuhl mittlerweile von der Kasse übernommen wurden, und zwar nicht aus Einsicht

(Dr. Heiner Garg)

dieser Krankenkasse, sondern aufgrund des hartnäckigen Einsatzes der Bürgerbeauftragten.

(Beifall bei F.D.P., SPD, CDU, und SSW)

Meine Fraktion hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass wir uns eine andere Struktur beziehungsweise Organisation der Beratung und Hilfe für die Bürgerinnen und Bürger wünschen würden, zum Beispiel nach dem Vorbild des Landes Rheinland-Pfalz. Mich jedenfalls überzeugt das rheinland-pfälzische Modell, bei dem der **Bürgerbeauftragte** vorgeschaltetes Organ des **Petitionsausschusses** ist.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Auch wir haben engagierte Kolleginnen und Kollegen im Eingabenausschuss, die nicht nur mit viel Sachverstand, sondern vor allem mit viel Herz die Interessen Hilfe suchender Bürgerinnen und Bürger vertreten. Es ist deshalb keineswegs eine Geringschätzung der Arbeit von Frau Warnicke, wenn ich die Auffassung vertrete, dass es im Interesse der Petenten selbst wäre, wenn beide Strukturen zu einer gemeinsamen noch schlagkräftigeren Struktur zusammengeführt würden. Letztlich muss es in jedem Fall darum gehen, dass Verwaltungshandeln so wenig wie möglich Anlass zu Beschwerden gibt; denn nicht die jährlich steigende Zahl von Eingaben ist der Beleg für bürgerfreundliche Politik, sondern genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Birk hat das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren und - ich darf mir das in diesem Fall erlauben - sehr verehrte Frau Warnicke! In nahezu allen Sozialversicherungszweigen reduziert sich nach und nach der Leistungsumfang und die Unsicherheit über die eigene soziale Absicherung beängstigt viele Menschen. Die Sparzwänge in den **Sozialversicherungszweigen** selbst, aber auch in den einzelnen Verwaltungsinstanzen tun ihr Übriges dazu. Besondere Brennpunkte wurden hier schon benannt: Pflegeversicherung, Krankenversicherung, die Sozialhilfe, die Altersversorgung insgesamt und das Schwerbehindertengesetz.

Gerade weil dies so ist, sind wir Grünen sehr wachsam, wenn pauschal - wie heute Morgen - über die Absenkung von Standards spekuliert wird. Eine Instanz wie die Bürgerbeauftragte ist deshalb wichtig und ein effektives Instrument, um Bürgerinnen und Bürgern in jedem Einzelfall zu ihrem Recht zu ver-

helfen. Dies bestätigt die **Erfolgsbilanz** von Frau Warnicke und ihrem Team. Eine Abschaffung solcher Instanzen, wie sie bisweilen von der rechten Seite des Hauses immer wieder mal gefordert wurde, ist aus unserer Sicht falsch, strukturelle Veränderungen aber sind durchaus diskussionswürdig.

Beauftragte bieten die Möglichkeit der parteilichen Einmischung und Vermittlung und geben vor allem den Betroffenen ihre Würde zurück, die ihnen häufig durch unvorsichtiges, überhastetes oder auch schlicht ignoranten Behördenhandeln - man muss auch solches einmal aussprechen können - verloren gegangen ist.

Der Bericht der Bürgerbeauftragten zeigt, dass es ihr und ihrem Team durch die tägliche Arbeit aber auch gelungen ist, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und deren Anliegen durchzusetzen. Eine Steigerung der Fallzahlen um rund 12 % bezogen auf das Jahr 1997 und insgesamt 2.380 Eingaben im Jahr 1999 machten deutlich - das müssen wir eingestehen -, dass das Zutrauen der Bürgerinnen und Bürger in **Verwaltungsentscheidungen** nicht gerade gestiegen ist. Das **Misstrauen** ist ja nicht unbegründet, wenn wir auf Seite 18 des Berichts nachlesen, dass in fast allen Fällen des Berichtszeitraums, in denen sich Bürgerinnen und Bürger wegen unrechtmäßiger Einbehaltung von Sozialhilfeleistungen an die Bürgerbeauftragte gewandt hatten, tatsächlich festgestellt werden musste: Die Bürgerinnen und Bürger hatten mit ihrer Klage Recht. Sie bekamen ihr Geld zurück oder es wurde eine andere Lösung zu ihren Gunsten gefunden. Das heißt, wir müssen ganz deutlich sehen, dass die Bürgerbeauftragte auch die Gerichte entlastet. Stellen Sie sich einmal vor, alle diese Petentinnen und Petenten hätten den Instanzenweg durch die Gerichte gehen müssen. Auch hier liegt also ein Stück Verwaltungsvereinfachung und Bürger- und Bürgerinnenfreundlichkeit durch das Amt der Bürgerbeauftragten!

Die Inanspruchnahme der Außensprechstage und Dienstleistungsabende sowie die Radiosprechstunde beweisen darüber hinaus, wie kundenorientiert Frau Warnicke und ihr Team gearbeitet haben. Dies entlastet uns allerdings nicht davon, die Verwaltung selbst zum kundenorientierten Dienstleister weiterzuentwickeln und natürlich Gesetze dort, wo sie umständlich sind, zu entschlacken. Aber die Verständlichkeit darf nicht die Ausrede dafür sein, Rechtspositionen von Bürgerinnen und Bürgern zu verschlechtern.

Wenn nun Frau Warnicke auf die Mischarbeitsplätze im Zusammenhang mit dem Umzug zu sprechen kommt, so möchte ich an dieser Stelle noch einmal

(Angelika Birk)

daran erinnern, dass wir Grünen uns darüber hinaus gern mehr **Synergieeffekte** von einem **Bürgerrechtsbüro** versprechen. Alle diejenigen nämlich, die in den unterschiedlichen Funktionen tätig sind - sei es der Beauftragte für die Menschen mit Behinderung, sei es das Thema des Kinderbeauftragten oder auch der Gleichstellung von Schwulen und Lesben, für alle weiteren Themen, bei denen es um Diskriminierung, um strukturelle Probleme geht -, könnten in einem Bürgerrechtsbüro gebündelt werden, ohne dass die einzelnen Beauftragten damit Rechte verlieren.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man könnte vielmehr alles das, was hier gemeinsam genutzt werden kann - Personal und Sachmittel -, auch tatsächlich gemeinsam nutzen, gemeinsame Sprechstunden einrichten und damit auch verwirrende Instanzenwege zwischen den Beauftragten abkürzen.

Die rheinland-pfälzische Lösung wurde hier ebenfalls in diesem Zusammenhang bereits angesprochen, was die Synergieeffekte mit dem Eingabenausschuss angeht. Auch diesen Gedanken finden wir noch beratenswert. Wir sollten das Thema, wie wir zukünftig das Büro der Bürgerbeauftragten organisieren, aus Anlass des Berichts im Sozialausschuss besprechen. Allerdings möchte ich keinen Zweifel daran aufkommen lassen: Die gute Zusammenarbeit mit Frau Warnicke, die ich auch ganz persönlich erfahren konnte, erfüllt mich mit großem Dank. Ich darf das hier auch für die Fraktion der Grünen insgesamt sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Wir wissen ja, Frau Warnicke, dass kein Amt ewig währt und dass Sie uns hiermit wahrscheinlich auch den letzten Bericht aus Ihrer persönlichen Feder vorgelegt haben. Ich möchte mich an dieser Stelle umso herzlicher bedanken und Ihnen die Gewissheit geben: Vonseiten der Grünen wird das Amt der Bürgerbeauftragten vielleicht verändert, aber keineswegs geschwächt, sondern gestärkt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hinrichsen.

(Unruhe)

Vielleicht darf ich darum bitten, die relative Ruhe, die wir bis jetzt bewahrt haben, auch noch bis 18:00 Uhr durchzuhalten.

Sie haben das Wort, Frau Hinrichsen!

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Fünfte **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten** für soziale Angelegenheiten ist für mich zwar der erste Bericht von Frau Warnicke, den ich gelesen habe, aber ich habe mir erzählen lassen, dass die vorherigen genauso gut waren. Für mich als neues Mitglied hier im Hause war und ist dieser Bericht eine echte Bereicherung. Er versteht es nämlich in hervorragender Weise, die generellen Probleme in den speziellen Sachverhalten zu erkennen und hervorzuheben.

Die Aufgabe der Bürgerbeauftragten ist es, bei konkreten Problemstellungen konkrete Hilfe zu leisten. Unsere Aufgabe aber ist es, die grundlegenden Probleme hinter den Einzelfällen zu erkennen und gegebenenfalls Abhilfe zu schaffen. Dafür ist nach unserer Ansicht der vorliegende Bericht eine ganz tolle Vorlage. Dafür sei Ihnen, Frau Warnicke, persönlich, aber auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich gedankt!

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Es ist jetzt am Landtag - vor allem am **Sozialausschuss** -, die **Konsequenzen** aus dem Bericht zu ziehen und gegebenenfalls Weiteres zu veranlassen. Das müssen nicht unbedingt gleich Gesetzesinitiativen sein, sondern das kann auch auf anderen Ebenen stattfinden. Die Hinweise der Bürgerbeauftragten auf rechtswidrige Einbehaltungen bei der Sozialhilfe zum Beispiel sollten nach unserer Ansicht den Sozialämtern des Landes mitgeteilt werden, damit es zukünftig nicht mehr zu solchen Fehlentscheidungen kommen kann.

Häufig wäre auch viel gewonnen, wenn es uns gelänge, ein Stück Aufklärungsarbeit zu leisten, um die falsche Behandlung der Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden. Dies scheint nicht zuletzt für den Gesundheitsbereich zu gelten.

Erschreckend ist es eigentlich, dem Bericht zu entnehmen, dass bei den Krankenversicherungen die Leistungseinschränkungen den Versicherten nicht vorab mitgeteilt werden, sondern dass Veröffentlichungen hierfür ausreichend sind. Erst nach Inanspruchnahme von ärztlicher Hilfe oder anderer Hilfe wird dem Versicherten ab und zu bekannt gemacht, dass diese Leistungen nicht mehr von der Krankenversicherung bezahlt werden. Außerdem zeigt der Bericht, dass zuletzt der Versicherten auch versucht wird, Leistungen nicht weiter zu erbringen. Hier sollten wir alle einen Beitrag leisten, indem wir das

(Silke Hinrichsen)

Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für ihre Rechte stärken.

(Beifall beim SSW)

Die bereits von meinen Vorrednern genannten Beispiele aus dem Bericht und die im Augenblick hier noch nicht erwähnten Fälle werden wir im Ausschuss näher erläutern.

Der vorliegende Bericht hat wieder einmal deutlich gemacht, wie sehr wir Sie, Frau Warnicke, beziehungsweise eine Bürgerbeauftragte benötigen. Der SSW ist nach wie vor der Ansicht, dass ein Ausbau der Position der Bürgerbeauftragten notwendig ist, um bestehende Möglichkeiten zur Unterstützung der Bürger auszuschöpfen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Unsererseits sehen wir aber auch noch weiteren dringenden Bedarf, die Arbeit des **Eingabenausschusses** des Landtages mit der Tätigkeit der **Bürgerbeauftragten** besser zu verzahnen.

Der Fünfte Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten war zugleich der offiziell letzte Bericht, den Frau Warnicke vorlegen darf. Sie hat vorhin erzählt, dass sie im Februar nächsten Jahres ihre Tätigkeit voraussichtlich einstellen wird. Der SSW möchte Ihnen deshalb gern für Ihre ganz tolle Arbeit danken und wir wünschen Ihnen auch für die Zukunft alles Gute, Frau Warnicke!

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch der Fünfte **Bericht**, sehr geehrte, liebe Frau Warnicke, zeigt deutlich, wie wichtig die Institution „Bürgerbeauftragte“ ist - zum einen für die Bürgerinnen und Bürger selbst, zum anderen aber auch für die Verwaltung. Durch Ihre Tätigkeit, liebe Frau Warnicke, ist es nicht nur möglich, in Einzelfällen zu helfen - davon gibt der Bericht beredtes Zeugnis -, sondern es ist auch möglich, Regelungsbedarf zu entdecken und den Gesetzgeber oder die Verwaltung darauf aufmerksam zu machen.

Dafür bin ich Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie in den letzten Jahren besonders dankbar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sollten vielleicht auch dankbar dafür sein, dass diejenigen, die gewisse Defizite und Fehlentwicklungen zum Beispiel im Rahmen der Pflegeversicherung mit zu verantworten haben, jetzt Abhilfe anmahnen. Ich hoffe, es fühlen sich einige angesprochen.

(Beifall des Abgeordneten Andreas Beran [SPD])

Lassen Sie mich noch einen Hinweis geben: Ich bitte um etwas mehr Ehrlichkeit - jeder mit sich selbst und wir alle miteinander. Wenn wir hier Leistungsbereitschaft, größeren Leistungsumfang von Sozialverwaltung und -versicherung anmahnen und einfordern, müssen wir uns darüber auch im Klaren sein, wenn wir uns bei der nächsten Rede hier hinstellen und sagen: Hier muss gespart werden und der Sozialstaat ist in dieser Form nicht mehr finanzierbar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So viel Ehrlichkeit sind wir insbesondere auch der Bürgerbeauftragten schuldig.

Ich möchte konkret auf einige Punkte in Ihrem Bericht eingehen. Sie fordern mein Haus auf, eine Bundesratsinitiative zum **Bundeserziehungsgeldgesetz** zu starten. Für die Forderung wäre zwar eigentlich das Jugendministerium Adressat gewesen. Wichtig ist aber, dass sich inzwischen etwas getan hat. Im neuen Bundeserziehungsgeldgesetz ist der entsprechende Paragraph geändert worden. Um den Erziehungsgeldbescheid bei Einkommensverminderung gab es immer wieder Streit; die Regelungen waren unklar. Jetzt ist klar geregelt, dass bei einer Einkommensminderung von mindestens 20 % das Erziehungsgeld auf Antrag neu zu ermitteln ist. Damit wissen alle, woran sie sind.

In einem weiteren Punkt weisen Sie auf ungerechtfertigte Einbehaltung bei vom Empfänger nicht zu verantwortenden **Überzahlungen der Sozialämter** hin. Wir teilen Ihre Rechtsauffassung und die Sozialämter haben - wie wir schon hörten - ihre Bescheide ja auch zurückgenommen, korrigiert. In Zukunft müssen solche Fehlentscheidungen vermieden werden. Deshalb haben wir dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der Sozialamtsleiterinnen und -leiter gesetzt, um hier ein einheitliches und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln im Lande sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, liebe Frau Warnicke, auf dem Feld der **Pflegequalitätssicherung** und auf dem Feld der Stärkung der Betroffenen streiten wir gemeinsam. Ich glaube, wir sind da ein gutes Stück vorangekommen, übrigens auch mit Hilfe der öffentlichen Debatte, die zu diesem Thema geführt worden

(Ministerin Heide Moser)

ist. Die Referentenentwürfe für ein Pflegequalitätssicherungsgesetz und ein Heimbewohnerschutzgesetz liegen inzwischen vor. Sie enthalten die von Ihnen und auch von uns hier im Hause häufiger beredeten Regelungen, die unter anderem auch einen Pflege-TÜV ermöglichen. Im Sinne der Pflegebedürftigen muss uns allen daran liegen, dass Prävention und Beratung Vorrang vor Intervention und Kontrolle erhalten, die erst greifen, wenn die Zustände schon eingetreten sind.

(Beifall)

Hier setzt auch das **Aktionsprogramm** des Landespflegeausschusses und die Pflegequalitätsoffensive meines Hauses - ich denke, dass ich das so sagen kann - Maßstäbe, Maßstäbe auch deshalb, weil sie schnell zu konkreten Verbesserungen führen, und zwar ab sofort, wenn alle konstruktiv daran mitarbeiten. Deshalb bin ich auch für die Ankündigung konstruktiver politischer Begleitung seitens der Opposition dankbar.

Die Bürgerbeauftragte hat ein weiteres Thema angesprochen, das immer wieder auch in der Öffentlichkeit behandelt wird, nämlich die unzureichende Unterbringung von Pflegebedürftigen in Einzelzimmern. Auch wir beurteilen diesen Zustand als unbefriedigend und wir werden prüfen, inwieweit eine Änderung der **Landespfleugesetzverordnung** hier zu einer Verbesserung führen kann.

Ein letzter Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der häufige Streitfall, wer für die **Kosten** bei der **Beschulung von Kindern**, Schülerinnen und Schülern mit **Behinderung** zuständig ist, der Schulträger oder der Sozialhilfeträger. Hier haben wir gemeinsam mit dem Bildungs- und Jugendministerium Kriterien entwickelt, die in Zukunft zumindest die Zahl der Streitfälle reduzieren sollen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, liebe Frau Warnicke, diese wenigen Punkte sollten zeigen, wie viel auch und vor allem dank des Einsatzes der Bürgerbeauftragten in Bewegung gesetzt wird, gesetzt werden kann, im Sinne bürgerfreundlicher Regelungen und der entsprechenden Verwaltung. Die Institution der Bürgerbeauftragten hat sich nicht nur bewährt, sie hat erfolgreichste

Arbeit geleistet und das hängt natürlich auch mit der Person zusammen, die diese Institution mit Leben erfüllt hat. Liebe Frau Warnicke - wir haben es schon mehrfach gehört -, das war vermutlich der letzte Bericht aus Ihrer Feder; deshalb ein ganz besonderer Anlass, einen ganz besonderen Dank heute von dieser Stelle an Sie und Ihr Haus zu richten.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wird Mitberatung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, Tagesordnungspunkt 19 heute nicht mehr zu behandeln.

(Zurufe: Oh, schade!)

- Wenn jetzt nicht die Ausstellungseröffnung wäre, würde ich Ihre Reaktion als Aufforderung nehmen, weiterzumachen. Herr Abgeordneter Hay, wir werden Tagesordnungspunkt 19 morgen nach Tagesordnungspunkt 9 aufrufen.

(Lothar Hay [SPD]: Um 9 Uhr! - Unruhe)

Ich weise darauf hin, dass der Landtagspräsident um 18 Uhr die Ausstellung „Segel und Leinwand - die norddeutschen Realisten und die Gorch Fock“ im Schleswig-Holstein-Saal eröffnen wird. Sie alle sind dazu herzlich eingeladen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Wir beginnen morgen mit Tagesordnungspunkt 15, Reform des Föderalismus.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:58 Uhr